ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 20. Juni 2013 | 64. Jahrgang | Nummer 12

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Nach der Hochwasser-Katastrophe in Bayern:

Erste Konsequenzen

Zwei Wochen nach Beginn der bereits als neue Jahrhundertflut bezeichneten Hochwasser-Katastrophe in Bayern entspannt sich die Lage nunmehr. Die Wasserstände der Flüsse haben sich normalisiert, die Pegel entlang der Donau erreichten die Meldestufe 1 (Stand: 15. Juni) und sind weiter fallend. Die Hochwasserschäden alleine im Freistaat werden auf viele hundert Millionen Euro geschätzt. Doch nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser: Die Staatsregierung verdoppelt die finanziellen Mittel für den Hochwasserschutz. „Wir wollen Gas geben", erklärte Ministerpräsident Horst Seehofer.

Deggendorf, Passau, Rosenheim, Donauwörth, Dillingen, Traunstein, Berchtesgadener Land: Die Liste der betroffenen Regionen im Freistaat ließe sich (beinah) beliebig fortsetzen. Allein in Deggendorf und Umgebung standen die Häuser bis zu drei Meter tief im Wasser, ragten viele Häuser nur noch mit ihrem Dach aus den Fluten. In dem bayerischen Landkreis mündet die Isar in die Donau. Nach zwei Dammbrüchen mussten mehrere Ortsteile und Gemeinden evakuiert werden. Die Bewohner wurden mit Booten und Hubschraubern in Sicherheit gebracht, nach Angaben der Feuerwehr herrschte zwischenzeitlich „absolute Lebensgefahr".

Gigantische Seenplatte

Die Region glich einer gigantischen Seenplatte. Insgesamt mussten mehr als 4.000 Menschen in der Krisenregion ihre Häuser verlassen. Dank einer auch im Landkreis Deggendorf bestens funktionierenden Kommunikation zwischen den Behörden, den Hilfsorganisationen, den betroffenen Städten und Gemeinden sowie dem Krisenstab im Landratsamt war eine reibungslose Koordination der Einsätze rund um die Uhr gewährleistet.

Die zahllosen Einsatzkräfte im Deggendorfer Katastrophengebiet, die rund um die Uhr Hilfe bis zur Erschöpfung leisteten, müssen voraussichtlich noch mehrere Wochen lang Gebäude auspumpen, ausgelaufenes Öl binden und Straßen vom Schlamm befreien. Die Schäden im Landkreis werden vom Landratsamt auf 500 Millionen Euro geschätzt.

Um lebensnotwendige Gebrauchsgüter und Dinge des täglichen Lebens schnell wieder anschaffen zu können, hat die Staatsregierung ein umfangreiches bayernweites Hilfspaket geschnürt. So erhalten vom Hochwasser betroffene Privathaushalte ein Sofortgeld von 1.500 Euro - und in einem zweiten Schritt für Hausratsschäden zusätzlich noch einmal bis zu 5.000 Euro. Gewerbebetriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern, Freiberufler und Landwirte bekommen in einem ersten Schritt bis zu 5.000 Euro, um neue Geräte und Maschinen anzuschaffen und den Betrieb so schnell wie möglich wieder zum Laufen zu bringen.

Die Auszahlung dieser Gelder durch die jeweiligen Landratsämter und Gemeinden läuft allerorten reibungslos, die Hilfen kommen direkt und unmittelbar bei den Betroffenen an. 42 Millionen Euro hat Finanzminister Dr. Markus Söder den vom Hochwasser betroffenen Kommunen für eine erste Soforthilfe ausbezahlt.

Für geschädigte Betriebe, die nicht versichert werden konnten, stehen bis zu 100.000 Euro zur Verfügung. Ist der Schaden derart groß, dass die Existenz des gesamten Unternehmens auf dem Spiel steht, wird bis auf 200.000 Euro aufgestockt. Zusätzlich wird ein „Härtefonds" bereitgestellt, aus dem Privathaushalte, Unternehmen, Selbständige sowie Land- und Forstwirte bedient werden, deren Existenz akut bedroht und gefährdet ist.

Schäden rasch beseitigen

Auch die Gemeinden selbst haben erste finanzielle Hilfen bekommen, um Schäden rasch beseitigen zu können. Zusätzliche Erleichterungen sind bei den Hilfen für geschädigte Infrastruktur in den Gemeinden vorgesehen. Die Schwellenwerte werden für freihändige Vergaben bei Bauleistungen auf 100.000 Euro und für beschränkte Ausschreibungen auf 1 Million Euro angehoben. Außerdem wird die Antragsfrist von einem halben Jahr auf zwei Jahre und die Abwicklungsfrist von zwei auf vier Jahre verlängert.

Kommunale Hilfe für die hochwassergeplagten Gemeinden und Städte im Freistaat organisiert

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Besuch in Bayern im Gespräch mit Hochwasserhelfern des THW.
Bild: Bundesregierung/Jan Philipp Eberstein

Service GmbH des Bayerischen Gemeindetages:

Informatives Repertoire

43. Seminar für Führungskräfte der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft in Bad Wiessee

Erneut abwechslungsreich gestaltete sich die Themenpalette des längst zur Tradition gewordenen Seminars für Führungskräfte der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft in Bad Wiessee. Bei der von der Service GmbH des Bayerischen Gemeindetags ipse durchgeführten fünftägigen Veranstaltung standen Fachleute aus Ministerien, Ämtern und der privaten Wirtschaft zu aktuellen technischen, rechtlichen und organisatorischen Fragen der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft Rede und Antwort. Eingebettet in die Fachtagung war ein Bayerisch/Tiroler Wasserwirtschaftstag im österreichischen Stans. Die Seminarleitung lag letztmals in den bewährten Händen von Direktor Dr. Heinrich Wiethe-Körprich.

Auf der Tagesordnung standen unter anderem das Beschaffungsmanagement für kleine und mittlere Unternehmen und die Nachwuchsakquise in der kommunalen Wasserwirtschaft, zudem die Themen Risikomanagement, Vergaberecht, EU-Förderprogramme, kommunale Finanzausstattung und Kommunalwirtschaft sowie Energiewende und Wasserschutz.

Aktuelle wasserwirtschaftliche Entwicklungen aus Sicht des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) präsentierte Gunnar Braun, Geschäftsführer der VKU-Landesgruppe Bayern. Mit Blick auf die derzeitige Entwicklung bei der gesetzlichen Neuregelung zum Thema „Fracking" (Tiefenbohrungen nach Schiefer- oder Kohleflözgas) sehen die vorliegenden Entwürfe von Bundesumweltminister Altmaier und Bundeswirtschaftsminister Rösler zur Änderung des gesetzlichen Rahmens Braun zufolge grundsätzlich ein Bohrverbot in Wasserschutz- und Heilquellengebieten vor.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vormerken! 17. Juli 2013

Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim ersten Bayerischen Wasserkraftforum am 17. Juli 2013 auf der Festung Marienberg in Würzburg. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für Besucher ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse. ❐

Deutscher Kommunalkongress 2013 in Berlin:

Vom Vater Staat zum Bürgerstaat

Rund 500 Bürgermeister und Oberbürgermeister diskutierten auf dem Deutschen Kommunalkongress 2013 in Berlin über kommunale Zukunftsperspektiven. Bei dieser hochkarätigen Veranstaltung kommen alle vier Jahre kommunale Führungskräfte aus ganz Deutschland zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen. Die zweitägige Konferenz stand unter dem Motto: „Vom Vater Staat zum Bürgerstaat". Begleitet wurde der Kongress von einer großen Kommunalausstellung.

Themenspezifische Fachforen, beispielsweise zu den Themen „Energie", „Zukunftsinfrastrukturen" oder „demografischer Wandel", bildeten für die Teilnehmer Plattformen zur Diskussion ausgewählter kommunaler Herausforderungen, Entwicklungsperspektiven und Reformerfordernisse. Am zweiten Kongresstag nahmen die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen an der zentralen Podiumsrunde zum Thema „Agenda 2020 – Der Weg zum Bürgerstaat" teil.

Grundlegende Reformen

DStGB-Präsident Christian Schramm, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, mahnte eingangs grundlegende Reformen an und stellte die Bedeutung der Kommunen im Staatswesen heraus. „Was wir vor Ort nicht lösen, gelingt uns auch nicht im gesamten Staat. Ist die Schule schlecht, wird aus der Bildungsrepublik wahrscheinlich nichts. Wenn es vor Ort nicht gelingt, die ausländischen Mitbürger zu integrieren und mit ihnen gemeinsam zu leben, hilft auch kein Integrationsgipfel in Berlin."

Wie Schramm weiter ausführte, geht es Deutschland im europäischen Vergleich sehr gut. „Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote in Europa, mit 41 Millionen Personen die höchste Beschäftigungsquote aller Zeiten und sprudelnde Steuerquellen, auch wenn die letzte Steuerschätzung gewisse Eintrübungen signalisiert hat." Trotz dieser positiven Bilanz sei die Situation der Städte und Gemeinden in vielen Teilen Deutschlands jedoch durchaus dramatisch", räumte der Präsident ein.

Nach wie vor stiegen die kommunalen Ausgaben immer schneller als die Einnahmen. So hätten die Sozialausgaben im Jahre 2012 erstmals die 45 Mrd. Euro Grenze erreicht. Das geringfügige Plus der Kommunen insgesamt sei durch das Unterlassen dringend notwendiger Investitionen teuer erkauft worden. Bei Schulen, Straßen und öffentlichen Gebäu-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Für eine Kapitulation vor dem Schicksal ist kein Platz, meint der Bürgermeister, der sichtlich beeindruckt aus dem Hochwassergebiet an der Donau zurückgekommen ist. Es muss schließlich weitergehen. In höchsten Tönen schwärmt er von überwältigender Hilfsbereitschaft und enormem Zusammenhalt vor Ort. **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Hochwasserschutz: Aktionsprogramm 2020plus 2
Landesausstellung: Leuchtturm im Kulturland Bayern 2
GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Kommunale Wohnungsbaupolitik 3
Museumstag: Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten . . 3
GZ-Fachthemen:
Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge 5-6
EDV · IT für die Kommunalverwaltung 7-8
Wasser · Abwasser 9-11
Kommunaler Bau 12-13
Aus den bayerischen Kommunen 14-16

Unmittelbare Hochwasserhilfe angelaufen

Milliardenprogramm gestartet
Dank und Anerkennung an alle Helfer und Kommunen

Angesichts der zweiten Hochwasserkatastrophe im gerade begonnenen Jahrhundert wollen Bund, Länder und Kommunen allen Geschädigten rasche und umfassende Hilfe leisten. In Bayern, der neben Mittel- und Norddeutschland am stärksten betroffenen Region, haben Staatsregierung und Landtag einhellig verkündet, den betroffenen Menschen und Unternehmen in einer Weise zu helfen, „die Maßstäbe setzen wird." So Wirtschaftsminister Martin Zeil in einer Regierungserklärung unter allgemeiner Zustimmung des Plenums. Es geht um Milliardensummen. Zunächst hat die Staatsregierung 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ob das reicht, wird sich bei genauer Feststellung noch zeigen. Ministerpräsident Horst Seehofer zeigte sich befriedigt von der weitgehenden Übereinstimmung mit den anderen Bundesländern auf einer Berliner Konferenz.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat einen nationalen Acht-Milliarden-Aufbaufond angekündigt und dabei auch Seehofers Forderung bedacht, den Ländern bei jedem Hilfsprojekt im Verhältnis 1:1 der Erfordernisse zu helfen. Was daraus wird, hängt von den tatsächlichen Kosten ab. Der Fond beruht auch auf den Beteiligungen der Länder, je nach eigenen Schäden und Finanzen. Für den Bund schloss die Kanzlerin neue Schulden nicht aus, was Bayern laut Erklärungen von Seehofer, Finanzminister Markus Söder und Wirtschaftsminister Martin Zeil dank guter Politik nicht zu machen braucht. Ob die bislang in Aussicht gestellten 500 Millionen Euro Nothilfe ausreichen, konnte noch keiner sagen.

Großartiger Einsatz

Im Landtag versicherte Zeil, „keiner wird mit seinem Schicksal alleingelassen". Er hatte eine längst geplante Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Situation am Ende der fünfjährigen CSU-FDP-Koalition auf die aktuellen Ereignisse umgestellt, ging auf die schlimmen Ereignisse ein und dankte allen Helfern für ihren großartigen Einsatz. Das bereits aufgestellte bayerische Hilfsprogramm werde ab sofort in die Tat umgesetzt. Entschädigungsanträge können demnach ohne große Formalitäten bei den Städten und Gemeinden eingereicht und als Soforthilfe ausgezahlt werden. Zunächst geht es um Schäden zwischen 1.500 und 50.000 Euro für Einzelfamilien und insbesondere mittelständische Unternehmen.

Im Landwirtschaftsausschuss berichtete Agrarminister Helmut Brunner (CSU), 60.000 Hektar Nutzfläche standen unter Wasser. Erste Schätzungen kamen auf rund 115 Millionen Euro. Beim Wald sei mit etwa 15 Millionen Euro zu rechnen. Ernte- und Flurschäden sollen zu 50 Prozent mit 50.000 Euro, in Härtefällen bis 100.000 Euro, reguliert werden. Unabhängig vom aktuellen Großschaden, aber als deren Konsequenz, hat Umweltminister Marcel Huber (CSU) eine Verdoppelung der Mittel für neue Uferschutzmaßnahmen, Polder und Ausgleichsflächen, auf 235 Millionen Euro angekündigt.

Nachbarschaftshilfe

Der Dank an alle ehrenamtlichen und berufsmäßigen Helfer, vor allem aber an die Menschen in Nachbarschaftshilfe, war im Landtag genau so einhellig, wie bei Merkels Konferenz in Berlin. Großes Lob wurde übereinstimmend aber auch den (Ober-)Bürgermeistern und Mitarbeitern ausgesprochen, die sofort zur Stelle gewesen seien. Auch Landratsämter und Bezirksregierungen arbeiteten ganz im Sinne unbürokratischer schneller Dienstleistung mit.

Der Tadel der Opposition richtete sich gegen die mangelhaften Initiativen nach vergangenen Katastrophen, zuletzt 2002. Thomas Beyer (SPD) verwies auf Unterlassungen und Versäumnisse zum Beispiel beim Donauausbau. Zeil habe „viel Rhetorik" hören lassen. Martin Runge (Grüne) stieß nach: Der Begriff „Ankündigungsminister" sei für Zeil „relativ milde". Es gebe zum Beispiel große Defizite bei der Sicherstellung von Waldflächen und Hochwasserausgleichsgebieten. Alexander Muthmann (FW) verband die uneingeschränkte Anerkennung für alle Helfer mit dem Vorwurf, die Staatsregierung habe beim Landesentwicklungsprogramm „keine nachhaltigen Positionen gesetzt" und alle Anträge der Freien Wähler abgelehnt.

Die Kritik galt auch Zeils Amtsvorgänger Erwin Huber (CSU), jetzt Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Der wies die Angriffe zurück. Was Rot-Grün in Land und Bund wollten, ruiniere eine Volkswirtschaft. Karsten Klein (FDP) befand, Zeils „Kompass" in der Wirtschafts- und Landesentwicklungspolitik gebe Antwort auf alle Fragen und Vorhaltungen. Dietrich von Gumppenberg (FDP) vergaß nicht, darauf hinzuweisen, seine Fraktion habe „sehr stark mitgewirkt", dass es Bayern insgesamt so gut gehe und nun Hilfe möglich sei.

Zeil verzichtete auf ein Schlusswort. Er hatte im ursprünglichen Teil seiner Regierungserklärung darauf verwiesen, Bayern stehe wirtschaftlich an der Spitze in Deutschland und in der Europäischen Union. Man habe Sicherheit für Krisenzeiten geschaffen. „Anderswo wachsen die regionalen Unterschiede. Bayern hingegen ist als Innovationsland ein Land im Gleichgewicht." **rm**

Neuer Leuchtturm im Kulturland Bayern

Ministerpräsident Seehofer eröffnet Landesausstellung 2013 „Main und Meer"

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat bei der feierlichen Eröffnung in Schweinfurt die Bayerische Landesausstellung 2013 „Main und Meer" als „neuen Leuchtturm im blühenden Kulturland Bayern" bezeichnet. Der Ministerpräsident zeigte sich überzeugt, dass die Ausstellung zum wahren Publikumsmagneten werden wird.

Seehofer führte aus: „Die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ist für die Menschen in Bayern ein wahres Herzensanliegen. Zukunftsverantwortung aus Liebe zu Land und Leuten - das macht Bayern so besonders. Früher als andere haben wir in Bayern Nachhaltigkeit zum Lebensprinzip gemacht, von der Umwelt bis zu den Finanzen. Diese Landesausstellung zeigt auf großartige Weise: Gesunde Umwelt, sozialer Zusammenhalt, kultureller Reichtum, wirtschaftlicher Erfolg - das alles gehört in Bayern untrennbar zusammen."

Der Ministerpräsident ging in seiner Ansprache auf die Vielzahl der kulturellen Höhepunkte ein, die Franken zum Kulturland Bayern beisteuert: „Die Bachwoche Ansbach, die Internationale Orgelwoche Nürnberg, die Bayreuther Festspiele und der Kissinger Sommer, das Mittelalterliche Bürgerfest oder jetzt die Landesausstellung hier in Schweinfurt - das sind Glanzlichter, die weit über die Grenzen Bayern hinausstrahlen." Seehofer betonte: „Seit mehr als 200 Jahren ist Franken Motor der Zukunft Bayerns. Gewerbe und Handel, Unternehmertum und Kunsthandwerk, das Industriezeitalter, die erste Eisenbahn - Franken war und ist Wegbereiter der Moderne für ganz Bayern." ❐

Fachtagung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt:

Energiewende gemeinsam gestalten – wie der Funke überspringt

Das Bayerische Landesamt für Umwelt richtet am 25. Juli in Bamberg eine Fachtagung zum Thema Energiewende aus. Die Veranstaltung richtet sich an Multiplikatoren in Kommunen, Verbänden, Bürgerinitiativen und alle, die sich für die Energiewende in Bayern einsetzen. Damit wird die erfolgreiche Fachtagung in Augsburg vom März wiederholt.
Viele Bürgerinnen und Bürger Bayerns befürworten den Ausbau erneuerbarer Energien. Doch es gibt auch Widerstände bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort. Welche Befürchtungen stehen hinter dieser Skepsis? Wie gelingt es, Menschen in Bewegung zu setzen? Wie gewinnt man sie dafür, andere und neue Wege zu gehen? Diesen und weiteren Fragen widmet sich die - vor allem im Format – etwas andere Veranstaltung des Bayerischen Landesamts für Umwelt gemeinsam mit dem Expertenteam von LandSchafftEnergie. Details zur Veranstaltung im Internet unter: www.lfu.bayern.de/veranstaltungen/termin_detail.htm?id=75 ❐

Etat der bayerischen Bezirke:

Positiver Ausblick

Verbandspräsident Hölzlein: „Weitere Finanzierung der sozialen Aufgaben noch zu lösen"

Die Steuereinnahmen der bayerischen Städte und Gemeinden haben im Jahr 2012 trotz der schwierigeren wirtschaftlichen Entwicklung zum Jahresende nochmals um 0,5 Mrd. Euro (+ 3,8 Prozent) zugenommen. Damit steigt auch die Umlagekraft als Einnahmebasis der Bezirke im Jahr 2014 erneut erfreulich. Verhalten positive Nachrichten gibt es auch vom Arbeitskreis Steuerschätzung, der für die Kommunen (West) einen Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen im Jahr 2013 von 3,6 Prozent voraussagte.

Demgegenüber stehen jedoch die stetig steigenden Belastungen der Bezirke durch die Leistungen der Sozialhilfe, insbesondere in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und der Hilfe zur Pflege. Hier ist durch die Fallzahlenentwicklung weiterhin mit durchschnittlichen Steigerungsraten von 5 - 6 Prozent jährlich zu rechnen, die einem durchschnittlichen Anstieg der Steuereinnahmen von gut 3 Prozent in den kommenden Jahren gegenüberstehen.

Die Bezirke werden dies 2014 durch die Erhöhung des Bundesanteils an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 75 Prozent auf 100 Prozent der Kosten noch etwas abfangen können. Da die Grundsicherung ab dann voll vom Bund finanziert wird, schlägt die Ausgabensteigerung in den übrigen Leistungen der Sozialhilfe danach wieder voll auf die Bezirksumlagen durch, was die Hebesätze erneut unter Druck bringen könnte.

Die Bayerischen Bezirke fordern daher nach wie vor eine finanzielle Beteiligung von Bund und Freistaat von je einem Drittel der Kosten der Eingliederungshilfe: „Wir werden den Bund aus seiner Zusage, in der nächsten Legislaturperiode ein Leistungsgesetz für behinderte Menschen umzusetzen – mit anteiliger Finanzierung des Bundes – nicht mehr entlassen." ❐

Aktionsprogramm 2020plus

Hochwasserschutz im Freistaat wird intensiviert und beschleunigt

Das aktuelle Hochwasserereignis mit enormen Schäden hat südlich der Donau an zahlreichen Stellen das sogenannte HQ 100 (ein Hochwasserereignis, welches statistisch einmal in 100 Jahren auftritt) übertroffen und neue Rekordmarken gesetzt, beispielsweise an der Salzach (größer als HQ 300) und in Passau, wo ein höherer Wasserstand als im Jahr 1501 erreicht wurde. Der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber betonte: „Auf dieses Extremereignis werden wir entschlossen reagieren. Dazu haben wir mit dem neuen Aktionsprogramm 2020plus das bisher größte wasserbauliche Infrastrukturprogramm Bayerns beschlossen. "

Das bestehende bayerische Hochwasserschutzkonzept wird dazu fortgeschrieben und das finanzielle Volumen noch einmal kräftig aufgestockt. „Hochwasserschutz gehört zu den elementaren Aufgaben des Staates zum Schutz der Bevölkerung und von Wirtschaftsgütern. Das in die Sicherheit angelegte Geld ist hoch rentabel: Mit einem Euro Investition können sieben Euro an Schäden verhindert werden", so Huber. Das neue Aktionsprogramm 2020plus basiert auf drei Handlungsfeldern:

1. Verdoppelung des Bauprogramms

Das Kabinett hat eine Anhebung der Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen pro Jahr auf 210 bis 235 Millionen Euro beschlossen. Hierzu werden die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel von derzeit etwa 115 auf 150 Millionen Euro erhöht.

Hinzu kommen die Mittel, die für die Hochwasserschutzmaßnahmen an der Donau zur Verfügung stehen. Der Finanzrahmen des Programms liegt damit insgesamt, einschließlich der Vorhaben an der Donau, bei 3,4 Milliarden Euro. Huber: „Das Aktionsprogramm 2020 wird massiv erweitert und noch schneller umgesetzt, um volkswirtschaftliche Schäden und menschliches Leid nach Kräften zu verhindern." Damit können über die bereits laufenden Projekte hinaus weitere Hochwasserschutzvorhaben beschleunigt oder früher begonnen werden, wie zum Beispiel an der Donau, Mangfall, Mindel und Günz.

Um Planung und Bau neuer Anlagen bayernweit voranzutreiben, wird befristet bis 2022 das Personal im Wasserbau um 150 Stellen aufgestockt.

2. Beschleunigung der Verfahren

Zur Beschleunigung der Maßnahmen des Hochwasserschutzes sollen die vorhandenen rechtlichen Spielräume ausgeschöpft werden. Huber: „Unser Ziel ist ein Hochwasserschutz im gesellschaftlichen Konsens.Wir wollen die Menschen vor Ort bei der Umsetzung der Maßnahmen mitnehmen und damit langwierige Gerichtsverfahren vermeiden."

Bei den vom Freistaat Bayern geplanten Projekten soll deshalb versucht werden, bevorzugt öffentliches Eigentum zu nutzen, bevor private Flächen in Anspruch genommen werden. Ebenso sind vorrangig die Möglichkeiten des Flächentausches zu prüfen. Das Eigentumsrecht des Einzelnen ist streng zu beachten, wenngleich es aus übergeordneten Gründen des Allgemeinwohls besonders in Anspruch genommen werden kann. Ob und inwieweit das Eigentum in Anspruch genommen wird, bedarf einer Prüfung im konkreten Einzelfall.

„In Anbetracht der aktuellen Ereignisse sind sich alle ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Wir wollen jetzt gezielt die Bereitschaft steigern, private Grundstücke für Maßnahmen des Hochwasserschutzes zur Verfügung zu stellen sofern es zwingend erforderlich ist, um beispielsweise Flutpolder anzulegen. Mögliche Einschränkungen, die sich aus Gründen des Hochwasserschutzes ergeben können, sollen über Entschädigungen ausgeglichen werden. Zudem fordert Bayern den Bund auf, sicher zu stellen, dass beim Ausgleich für Hochwasserschutzmaßnahmen landwirtschaftliche Flächen für die Kompensation möglichst ausgeschlossen werden", so Huber.

Schlussendlich müssten aber auch Kriterien entwickelt werden, um im Einzelfall eine saubere und rechtssichere Gewichtung des Allgemeinwohls gegenüber Einzelinteressen zu ermöglichen. Kern der Neuausrichtung ist eine Beschleunigung der Planfeststellungsverfahren für Maßnahmen des Hochwasserschutzes. Dazu prüft der Freistaat eine gesetzliche Initiative auf Bundesebene. Außerdem soll zukünftig eine sofortige Anordnung der vorläufigen Sicherung von Gebieten durch die Behörden vor Ort möglich sein, die zur Hochwasserentlastung und zum Wasserrückhalt benötigt werden.

3. Fortschreibung strategisch-technischer Eckpunkte

Basis des Hochwasserschutzes ist weiterhin die Kombination der Handlungsfelder „Natürlicher Rückhalt", „Technischer Hochwasserschutz" und „Hochwasservorsorge". Huber: „Nur die Verbindung von natürlichen und technisch hoch effizienten Retentionsräumen bringt der Bevölkerung optimalen Schutz. Wir werden jetzt insbesondere den Bau von gesteuerten Flutpoldern vorantreiben. Außerdem werden etwa durch Rückverlegungen von Deichen die Flussräume dort aufgeweitet, wo natürliche Retentionsräume zu gewinnen sind."

Auch eine Optimierung der Rückhaltefunktion staatlicher Wasserspeicher ist vorgesehen. Dabei stehen der Ausbau und die Optimierung der vorhandenen Speicher sowie ein vernetztes Betriebsmanagement im Mittelpunkt, beabsichtigt ist aber auch der Bau neuer Wasserspeicher. Auch eine Aus- bzw. Nachrüstung aller wichtigen Deichanlagen mit einer gegen Erosion widerstandsfähigen Innendichtung wird erfolgen. „Das erweiterte Hochwasserschutzkonzept umfasst ganz Bayern. Wir wollen zukünftigen Naturgefahren bestmöglich begegnen", so Huber.

Basis der Fortschreibung ist das Hochwasseraktionsprogramm 2020, das von der Staatsregierung bereits 2001 aufgelegt wurde. Im Rahmen der Umsetzung wurden bereits Investitionen von 1,6 Milliarden Euro in Hochwasserschutzmaßnahmen vorgenommen. So wurden zwischen 2001 und 2010 beispielsweise 277 Kilometer Deiche saniert, 107 Kilometer Deiche neu gebaut, ca. 28 Kilometer Flutmulden angelegt und ca. 8,5 Millionen Kubikmeter Rückhalteraum geschaffen. Dadurch werden ca. 400.000 Einwohner zusätzlich vor einem 100-jährlichem Hochwasser geschützt. Das aktuelle Hochwasser hat gezeigt, dass die in letzten Jahren errichteten neuen Schutzmaßnahmen den Fluten standgehalten haben. Allein in Rosenheim konnte damit ein Schaden von über 500 Millionen Euro vermieden werden. ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Röslmair
82266 Inning
am 1.7.

Bürgermeister
Karlheinz Denninger
97496 Burgpreppach
am 24.6.

Bürgermeister Rolf Zeitler
85716 Unterschleißheim
am 27.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Heiß
85135 Titting
am 30.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Jung
82223 Eichenau
am 21.6.

Bürgermeister Christian Wiesner
89358 Kammeltal
am 25.6.

Bürgermeister Arthur Arnold
97502 Euerbach
am 27.6.

Bürgermeisterin
Ingrid Krämmel
89429 Bachhagel
am 29.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Dengler
93167 Falkenstein
am 29.6.

Bürgermeister Heinz Martini
95709 Tröstau
am 29.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernd Reisenweber
96237 Ebersdorf
am 3.7.

Bürgermeister Peter Schmitt
63916 Amorbach
am 28.6.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

In der Ausgrabungsstätte des rund 2.000 Jahre alten Römerlagers „Abusina“ bei Bad Gögging wurde den Besuchern zum Internationalen Museumstag ein ganz besonderes Highlight geboten: Historisch gekleidete Legionäre entführten die Gäste in die Zeit der alten Römer. Bild: OBX

Internationaler Museumstag:

Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten

Bayerische Sparkassenstiftung als Partner

Unter dem Motto „Vergangenheit erinnern – Zukunft gestalten: Museen machen mit!“ wurde in Deutschland, Österreich und der Schweiz der 36. Internationale Museumstag begangen. Dass dieses Motto ernst genommen wird, sah man auch heuer wieder an der hohen Beteiligung der Museen – bundesweit über 1.500 mit mehr als 10.000 unterschiedlichen Angeboten. Allein in Bayern öffneten 363 Museen ihre Pforten. In Deutschland wird der Internationale Museumstag bundesweit von den Sparkassen unterstützt. Dieses Engagement macht die Veranstaltung erst möglich.

„Deutschlands Museen befinden sich im Wandel“, so der Präsident des Deutschen Museumsbundes, Dr. Volker Rodekamp, bei der zentralen Auftaktveranstaltung in Ludwigsburg. Sie müssten sich immer wieder neu erfinden und unter Beweis stellen, dass die Gesellschaft sie braucht. Die Auseinandersetzung mit neuen Medien und den Rezeptionsgewohnheiten einer jüngeren Erlebnisgesellschaft biete neue Chancen. Digitale Medien könnten die Idee des Museums verstärken und das dort angehäufte Wissen viel breiter zur Verfügung stellen, betonte Rodekamp.

Mit besonderen Aktionen haben die Museen im Freistaat vielfältige Einblicke in ihre Arbeit gewährt. Mit Blick auf den ersten Teil des Museumstags-Mottos 2013 „Vergangenheit erinnern“ zeigte beispielsweise das Museum der Stadt Wasserburg am Inn, wie es in seinem Depot Kleidungsstücke fachgerecht inventarisiert, verpackt und aufbewahrt.

Noch nie gezeigte Objekte

Im Heimatmuseum Mindelheim in Schwaben konnten Besucher im Rahmen einer Führung noch nie gezeigte Objekte aus dem Depot der Sammlung kennenlernen. Wie man Schaubilder aus dem Klassenzimmer durch Reinigung und Konservierung auch für künftige Schülergenerationen erhält, demonstrierte das Stadtmuseum Freilassing.

Zum zweiten Teil des Museumstags-Mottos „Zukunft gestalten“ befasste sich das Historische Museum in der Alten Hofhaltung Bamberg mit der Frage „Wie könnte ein Museum der Zukunft überhaupt aussehen?“ Besucher wurden eingeladen, einen „ausstellungswerten“ modernen Gegenstand mitzubringen und eine Objektbeschriftung zu erstellen. Außerdem standen Museumsrallyes für Kinder und Kurzführungen in der Sammlung Ludwig im Alten Rathaus und in der Bamberger Stadtgalerie auf dem Programm.

Virtuelle Führungen

Dass Vergangenheit und Zukunft besonders in der Archäologie eng beieinander liegen, demonstrierte das Museum für Abgüsse Klassischer Bildwerke im Rechenzentrum Garching. Dort wurde aufgezeigt, wie man derzeit mit computergestützter Forschung die Geheimnisse der Vergangenheit zu entschlüsseln versucht und wie die Forschung in Zukunft aussehen könnte. Im Rahmen der Vorführungen konnte man virtuell in eine antike Grabkammer aus dem 5. Jh. v. Chr. eintauchen, virtuelle Modelle von Statuen sowie einen Terrakottakrieger betrachten.

In München beteiligte sich u. a. das Staatliche Museum Ägyptischer Kunst mit dem Workshop „Hieroglyphen-Schreiben auf echtem Papyrus“ am Museumstag. Im Bayerischen Nationalmuseum wurden Einblicke in das Handwerk der Silberschmiede gegeben und im Jüdischen Museum fand ein Workshop für Kinder über duftende Schabbat-Gewürze statt.

In Bamberg wiederum standen zum Beispiel Museumsrallyes für Kinder und Kurzführungen in der Sammlung Ludwig im Alten Rathaus und in der Bamberger Stadtgalerie auf dem Programm. Auch das Historische Museum hatte Rallyes und Führungen im Gepäck, bot zusätzlich aber noch verschiedene andere Mitmachaktionen an, wie zum Beispiel den Malworkshop „Apfelweibla goes popart“. Und wer Ideen zu einem „Museum der Zukunft“ hatte, konnte ein Bild von seinem persönlichen Zukunftsmuseum mitbringen, das im September in der Jubiläumswoche ausgestellt wird.

In der Städtischen Galerie im Leeren Beutel in Regensburg zeichneten Kinder speziell zum Muttertag Disney-Motive, während die Mütter bei einer Führung durch die Ausstellung: „Ente gut - alles gut“ die spannende Geschichte der drei großen Disney-Zeichner kennen lernen. In vielen Museen wie z. B. im Diözesanmuseum Eichstätt, im Ziegel und Kalk Museum im niederbayerischen Flintsbach, im Coburger Puppenmuseum oder im Museum Nostalgie der 50er Jahre im unterfränkischen Burgpreppach gab es darüber hinaus für die Mütter kleine Geschenke und Überraschungen.

Angebote für die ganze Familie

Im Kunsthaus Kaufbeuren wurde der ganzen Familie unter dem Motto „Familygami“ die Gelegenheit geboten, gemeinsam Origami zu falten. Im Schwäbischen Bauernhofmuseum Illerbeuren konnte man einer Traktorsegnung beiwohnen oder dort bei der offenen Themenführung „Lieber verstunka wia verfrora“ Neues über Gerüche in Haus, Hof und Dorf erfahren.

Das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth in Oberfranken offerierte kostenlose Rundfahrten mit US-Jeep und Trabant-Kübelwagen der DDR-Grenztruppen. Zudem konnten sich die Besucher im Stadtmuseum im Zehentstadel im oberpfälzischen Nabburg unter dem Titel BIERmuda-Dreieck auf eine Spurensuche zu den verschwundenen Brauereien in der Umgebung begeben. DK

GAB-Altlastensymposium am 9./10. Juli in Regensburg

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) veranstaltet am 9. und 10. Juli 2013 ihr diesjähriges Altlastensymposium im Kolpinghaus in Regensburg.

Im August 2012 startete bei der GAB das neue Förderprogramm „Alte Lasten – Neue Energien“ mit großer Nachfrage. Entsprechend widmet sich ein Themenschwerpunkt des diesjährigen Symposiums dem Thema Erneuerbare Energien bei Altlasten und Deponien.
Als weitere Themenschwerpunkte werden aktuelle Informationen zu neuen rechtlichen Entwicklungen vorgestellt und sich vertiefend mit Sanierungsverträgen als Alternative zur Sanierungsanordnung befasst. Übersichtsvorträge zum Entwicklungsstand innovativer Sanierungsverfahren und Beiträge über Sanierungen und Sanierungskonzepte von Altlasten, insbesondere von Altablagerungen bieten einen umfassenden Überblick über den derzeitigen Stand der Altlastensanierung in der Praxis.
Das Altlastensymposium 2013 führt als Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen.
Das Tagungsprogramm mit dem Anmeldeformular kann im Internet unter www.altlasten-bayern.de abgerufen werden. ❐

GZ Kolumne
Gabriele Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,

die Frage, wie die Städte für ihre Bürgerinnen und Bürger auch auf Dauer bezahlbaren Wohnraum in angemessener Qualität und in ausreichendem Umfang bereitstellen können, nimmt in der politischen Diskussion breiten Raum ein.

Der Blickwinkel einer oberbayerischen Oberbürgermeisterin auf das Aufgabenfeld der kommunalen Wohnungsbaupolitik unterscheidet sich von manch anderen regional geprägten Beurteilungsmaßstäben: Wir leben in der Europäischen Metropolregion München (EMM) in einer der stärksten und attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas. Dem Regierungsbezirk Oberbayern

Kommunale Wohnungsbaupolitik

wird in der regionalisierten Bevölkerungsentwicklung 2011 bis 2031 als einzigem Regierungsbezirk Bayerns eine Bevölkerungszunahme mit einem Plus von 6,5 % prognostiziert – eine Ausgangssituation mit besonderen Chancen, aber auch großen Herausforderungen.

Der Ballungsraum München spürt den Nachfragedruck auf dem Wohnungsmarkt derzeit am deutlichsten. Einen besonderen Stellenwert erhalten die Herausforderungen des Wohnungsmarktes durch das Zusammenwirken mit der wirtschaftlichen Entwicklung: Zur Sicherung der wirtschaftlichen Dynamik der EMM ist eine weitere Bindung von qualifizierten Fachkräften an die Region unabdingbar – und diese wird maßgeblich gewährleistet durch ausreichende, für junge Familien geeignete Wohnraumangebote.

Mit den nur noch begrenzten Entwicklungspotenzialen für die Stadt München stellt sich die Frage, wie das Bevölkerungswachstum besser in die Fläche der EMM verteilt und dabei die Wohnungsbau- mit der Gewerbeflächen- und der Infrastrukturpolitik verzahnt werden kann. In einer insgesamt tragfähigen Antwort auf diese Frage sehe ich eine der zentralen Zukunftsaufgaben der EMM. Die Lösung muss weit über die unmittelbar an die Landeshauptstadt angrenzenden Planungsregionen hinausreichen.

Rosenheim sieht sich im zukünftigen Entwicklungsprozess in mehrfacher Hinsicht als Partner Münchens. Die Stadt und ihr Umland tragen als attraktiver Wirtschaftsstandort zur Wirtschaftskraft der EMM maßgeblich bei: Allein sechs mittelständische Unternehmen aus der Region sind auf ihren Märkten Weltmarktführer.

Stadt und Landkreis Rosenheim wollen den bereits jetzt starken Wirtschaftsstandort stetig, aber mit Augenmaß weiterentwickeln. Damit bieten wir verlagerungswilligen Unternehmen aus dem engeren Ballungsraum München interessante Perspektiven.

Auch in Rosenheim prägt ein erheblicher Nachfragedruck den Immobilienmarkt. Der vorausberechnete Bevölkerungszuwachs in Verbindung mit den demografischen Faktoren führt zu einem zusätzlichen Wohnflächenbedarf von rund 10 % bis zum Jahr 2030! Erschwert wird die wohnungswirtschaftliche Lage durch die geringe Flächenausdehnung der Stadt; mit nur 37 km² weist Rosenheim die zweitkleinste Fläche aller kreisfreien Städte in ganz Bayern auf. Die für den künftigen Bedarf notwendige Nachverdichtung und auch die Neuausweisung von Wohnbauland müssen einhergehen mit einer gleichgewichtigen Entwicklung gewerblicher Flächenpotentiale. Rosenheim will seine Stellung als wirtschaftliches Zentrum Südbayerns gezielt weiterentwickeln, aber nicht „Schlafstadt“ im weiteren Umfeld Münchens mit allen damit einhergehenden gesellschaftlichen Verwerfungen werden.

Wenn Rosenheim die Rolle als südostbayerisches Zentrum in der EMM spielen soll, müssen die Verkehrsinfrastrukturen in Richtung München bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Das gilt für leistungsfähige Straßenanbindungen, noch mehr für den ÖPNV und speziell den Schienenverkehr. Hier sehe ich ein zweites großes Betätigungsfeld für die EMM: Im Zusammenwirken aller politischen Kräfte und den Verbänden der Wirtschaft muss es gelingen, mit entsprechendem Nachdruck für die Verbesserung der Infrastruktur in der EMM zu kämpfen.

Der Ballungsraum München hat eine Größe und wirtschaftliche Dynamik erreicht, die es erforderlich machen, in größeren Zusammenhängen zu denken. Es muss gelingen, die Entwicklungsdynamik stärker in die Fläche der EMM zu drücken – dies kann auch im Sinne einer ausgewogenen Entwicklung der verschie-denen Teilräume der EMM in Oberbayern, Schwaben und Niederbayern nur wünschenswert sein.

Ihre Gabriele Bauer
Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim

Kinder, Jugendliche und Familien noch besser stärken

Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms der Staatsregierung

Auf Vorschlag von Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer hat das Kabinett das neue Kinder- und Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung beschlossen. Unter dem Titel „Potenziale entfalten – Gesellschaftliches Miteinander gestalten – Brücken bauen“ werden zentrale Herausforderungen identifiziert und Lösungsansätze für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern aufgezeigt.

Damit bildet das Kinder- und Jugendprogramm die Grundlage für die Fortführung des umfangreichen und bewährten Gesamtangebots für Kinder, Jugendliche sowie Familien in Bayern und gibt neue Impulse für die Weiterentwicklung.

Steigende Qualität

Haderthauer: „Sowohl der Bericht der Enquete-Kommission ‚Jungsein in Bayern - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen’ als auch der 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung bestätigen die Schwerpunktsetzung der bayerischen Kinder- und Jugendhilfepolitik der vergangenen Jahre. Die bayerischen Konzepte werden wegen ihres Erfolgs oft von anderen Ländern oder sogar bundesweit nachgeahmt.“ Die Familienministerin weiter: „Durch unsere staatliche Förderung konnten die Kommunen und die freien Träger der Jugendhilfe die Kinderbetreuung bei steigender Qualität intensiv ausbauen und verlässliche Strukturen insbesondere im Bereich Familienbildung und ‚Früher Hilfen‘, des Kinderschutzes, der Jugendarbeit, des Jugendschutzes sowie der Jugendsozialarbeit aufbauen. Die Begleitung, Unterstützung und Förderung von Kindern und jungen Menschen ist eine wichtige politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit der Unterstützung des Freistaates ist es in Bayern gelungen, ein umfangreiches Gesamtpaket an Kinder- und Jugendhilfeangeboten zu verankern.“ Oberstes Ziel des Kinder- und Jugendprogramms, so Haderthauer weiter, sei die Stärkung von Kindern und Jugendlichen und ihre möglichst weitgehende Einbeziehung in alle sie betreffenden Angelegenheiten. Darüber hinaus betone das Programm stets die Verbindung von Eltern und Kind und fördert die Kompetenzen beider Seiten. Im Zentrum der Jugendhilfe steht daher neben dem jungen Menschen immer auch das gesamte Familiensystem.

Eigenverantwortlichkeit

Leitlinien des Kinder- und Jugendprogramms sind vor allem, die Eigenverantwortlichkeit von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern zu stärken, Partizipation zu ermöglichen und Engagement zu fördern sowie Teilhabechancen zu sichern. Darüber hinaus arbeitet das Programm zentrale Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe heraus, stellt hierbei die bestehenden Herausforderungen und den Stand der Angebote dar und formuliert für jedes Handlungsfeld Zielvorstellungen.

Gemeinsamer Schulterschluss

Das Kinder- und Jugendprogramm wurde von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Familien- und des Kultusministeriums erarbeitet, an der Vertreter der öffentlichen und freien Jugendhilfe ständig beteiligt wurden. „Der gemeinsame Schulterschluss der Verantwortlichen aller Ebenen bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung bedarfsgerechter Angebote ist ein Markenzeichen bayerischer Kinder- und Jugendhilfepolitik. Zur optimalen Förderung junger Menschen muss deren Wohl und Interesse auch in allen anderen politischen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern noch besser mitgedacht und berücksichtigt werden!“, so die Ministerin abschließend. ❐

Erste Konsequenzen...

(Fortsetzung von Seite 1)
auch der Bayerische Gemeindetag. Laut Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl wird dazu ein Spendenkonto eingerichtet, über das Hilfsgelder an die Gemeinden und Städte ausgezahlt werden soll, deren Infrastruktur, wie Straßen, Brücken oder Schulgebäude, durch die Wassermassen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Brandl appellierte an die Mitglieder des Gemeindetags, zu spenden. Es sei ein Akt der gelebten Solidarität zwischen den Gemeinden und Städten. „In der Not stehen Bayern zusammen und helfen sich gegenseitig. Wir als Gemeindetag organisieren das Ganze und werden für einen raschen Geldfluss sorgen“, versprach er.

Schäden an der Infrastruktur der Gemeinden und Städte, aber auch die Kosten für Straßensäuberung, Kanalreinigung, Containergestellung und Entsorgung kontaminierten Materials sind dem Gemeindetag zufolge nicht vom bayerischen Katastrophenschutzfond gedeckt. Auf diesen Kosten bleiben die hochwassergeschädigten Kommunen sitzen. Der Verband will hier Abhilfe schaffen. An die betroffenen Gemeinden sollen Spenden ausgezahlt werden, die sich nach dem Volumen der eingegangenen Spenden bis zum 30. Juli 2013 bemessen.

Einrichtung eines nationalen Aufbaufonds

Wenn das Spendenvolumen ausreicht, sollen die Gemeinden bis 5.000 Einwohner 5.000 Euro, Gemeinden bis 10.000 Einwohner 8.000 Euro und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohner 10.000 Euro erhalten. Die Verwaltungskosten für die Durchführung der Spendenaktion trägt der Bayerische Gemeindetag.

Auch die von Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Ministerpräsidenten der Länder auf den Weg gebrachte Einrichtung eines nationalen Aufbaufonds werde dazu beitragen, den Menschen in den Flutgebieten rasche und unbürokratische Hilfe zuteil werden zu lassen, betonte der Präsident des Deutschen Städtetages, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly. „So wird Solidarität über die weiter wichtige Nothilfe hinaus spürbar. Das ist für die Betroffenen eine gute Nachricht, aber auch für die unter Hochwasser leidenden Kommunen.“ Die Details zur Umsetzung müssten nun schnell geklärt werden, um den Wiederaufbau direkt angehen zu können und Straßen, Gebäude und Versorgungsleitungen instand zu setzen.

Zinsgünstige Förderkredite

Ab sofort können hochwassergeschädigte Unternehmen und freiberuflich Tätige in Bayern auch auf zinsgünstige Förderkredite mit besonderen Erleichterungen zugreifen. Wie die LfA Förderbank Bayern mitteilt, gelten die Verfahrenserleichterungen und Ausnahmeregelungen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms, das die LfA über die Hausbanken an betroffene Unternehmen ausreicht. Laut Finanzminister Söder „flankieren die Sonderhilfen der LfA das staatliche Hilfsprogramm optimal“. Und LfA-Chef Dr. Otto Beierl betont: „Wir gewährleisten eine rasche Bearbeitung der Anträge, damit die Hilfe gezielt und unbürokratisch bei den Betroffenen ankommt.“ Auskünfte zur Sonderhilfe erhalten geschädigte Unternehmen im Kundencenter der LfA unter der kostenfreien Rufnummer 0800/2124240.

Möglicherweise können Hauseigentümer und Gemeinden in Bayern, die von Überschwemmungen bedroht sind, in Zukunft per Handy oder Computer vorgewarnt werden. Forscher von der Universität Erlangen-Nürnberg entwickeln derzeit ein regionales Hochwasser-Frühwarnsystem, das durch eine Software Gefahr erkennen und Alarm schlagen soll. Vor allem bei heraufziehendem Starkregen soll die Methode effektiv sein. Noch ist das Projekt in der Erprobungsphase. Etwa eineinhalb Jahre dürfte es noch dauern, bis das System einsetzbar ist. Getestet wird demnächst in Franken. **DK**

Vom Vater Staat...

(Fortsetzung von Seite 1)
den werde seit Jahren eher geflickt als grundlegend renoviert. Die KfW beziffert den Investitionsrückstand in den Kommunen auf 128 Mrd. Euro. Gleichzeitig wachse die Erwartung der Bürger, die bessere Schulen, mehr Ganztagsbetreuung, mehr Polizisten und einen besseren Bus- und Bahnverkehr erwarten. „Deswegen ist es jetzt Zeit, grundlegende Reformen anzugehen und den Weg vom Vater Staat zum Bürgerstaat einzuschlagen. Wir erwarten Einnahmenverbesserungen für die Städte und Gemeinden, Aufgabenreduzierungen und mehr Eigenverantwortung und mehr Eigenvorsorge für die Bürger“, betonte Schramm.

So sollte z.B. die Finanzierung der Eingliederungshilfe für Behinderte (14,4 Mrd. Euro pro Jahr) in ein Bundesleistungsgesetz überführt werden, weil es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Notwendig sei eine Investitionsoffensive für die kommunale Infrastruktur, die auch deshalb erforderlich ist, weil die zerfallene Infrastruktur eine Gefahr für den Standort Deutschland darstellt.

Entbürokratisierung

„Mit einer Agenda 2020 sollten wir das Dickicht der sozialen Leistungssysteme in Deutschland reformieren, eine stärke Orientierung an der Bedürftigkeit der Betroffenen sicherstellen und Entbürokratisierung und Transparenz endlich umsetzen“, fuhr Schramm fort. Bei der Energiewende erwarte man mehr Marktwirtschaft im Fördermechanismus und eine bessere Beteiligung von Kommunen und Bürgern an der Wertschöpfung, damit dieses Jahrhundertwerk akzeptiert wird und am Ende gelingt. Diese wichtigen Reformansätze seien nur dann umzusetzen, wenn im Zuge einer Föderalismusreformkommission III auch das Grundgesetz diesen neuen Herausforderungen angepasst wird „und endlich Schluss damit gemacht wird, dass eine Ebene in die Kasse der anderen bucht“. „Der Grundsatz ‚Wer bestellt, der bezahlt’ sollte nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch im politischen Alltag gelten“, meinte Schramm abschließend.

Die europäische Union darf ihre Zukunft nicht nur unter dem Aspekt der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs sehen. Gerade vor dem Hintergrund der dramatischen Finanz- und Wirtschaftslage in vielen europäischen Staaten wollen die Bürgerinnen und Bürger ein soziales Europa. Dazu gehört insbesondere, dass die Menschen selbst entscheiden wollen, wie und auf welche Weise die für sie wichtigen Leistungen der Daseinsvorsorge wie z. B. die Wasserversorgung, der Rettungsdienst oder andere soziale Einrichtungen betrieben werden. „Wir warnen die EU davor, hier ausschließlich unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten den Versuch zu unternehmen, durch rechtliche Vorgaben letztlich Privatisierung zu erzwingen“, erklärte der 1. Vizepräsident des DStGB, Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen.

Große Chance

Laut Schäfer ist es durchaus bemerkenswert, dass z. B. das erste europäische Bürgerbegehren gegen die Dienstleistungskonzession, soweit sie die Wasserversorgung betrifft, in wenigen Monaten das erforderliche Quorum europaweit erreicht hat. Das zeige zugleich, dass Europas Bürger nicht politikverdrossen sind. Dies sei eine große Chance und sollte nicht als Belastung angesehen werden. „Aus unserer Sicht muss deshalb die Wasserversorgung aus der EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie herausgenommen werden. Gerade in Deutschland haben wir eine erfolgreiche dezentrale Wasserversorgung, die Wasser in hoher Lebensmittelqualität zu akzeptablen Preisen produziert. Wir wollen auch die Privatwirtschaft nicht ausschließen, was sich schon daran zeigt, dass 44 Prozent der Wasserversorgungsbetriebe schon heute unter Beteiligung von privaten Unternehmen arbeiten“, machte Schäfer deutlich.

Der Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg verwies auf die Schlüsselfunktion der Kommunen für den Integrationsprozess in Europa. Insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien und Italien lasse die jüngere Generation zunehmend am europäischen Gesellschaftsmodell zweifeln, so Landsberg. Der europäische Verbund der Städte und Gemeinden im RGRE könne hier u. a. über Städtepartnerschaften, Wirtschaftskontakte und Jugendaustausch, aber auch durch die Vermittlung von Beschäftigung für die oftmals gut qualifizierten Südeuropäer einen wirksamen Beitrag leisten.

Deutschland suche händeringend qualifizierte Fachkräfte und habe selbst mit Österreich die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa mit 7,6 Prozent. Gerade aus einem europäischen Arbeitsmarkt, insbesondere durch die Begegnung junger Menschen, könne ein Zukunftsmodell für einen europäischen Sozialstaat werden. „Wir fordern die EU-Kommission auf, dieses riesige Potenzial der Städte und Gemeinden in Europa deutlicher zu unterstützen, politisch aufzuwerten und sich eindeutig zu einem Europa der Kommunen zu bekennen“, so Landsberg.

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, sieht die Kommunen vor angespannten Zeiten. Der Kampf um eine stabile Währung bleibe solange labil, wie die Ursachen nicht bekämpft werden. Es geht um die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und um das Senken von Schulden. Die Kommunen sind hier abhängig von nationalen und internationalen Entscheidungen. Fahrenschon hält die hohen Schuldenstände für mehr als problematisch. Er plädiert für einen Altschuldentilgungsfonds. „Wir brauchen ein verlässliches System, in das Deutschland solidarisch mit Europa seine Bonität einbringt und so den Abbau der Altschulden – auch der deutschen – auf das von Maastricht gebotene Niveau vorantreibt“, bemerkte der DSGV-Präsident.

Ausgewogenes Verhältnis

Rudolf Martin Siegers, CEO, Siemens Deutschland, äußerte sich zum energiewirtschaftlichen Zieldreieck der Wirtschaftlichkeit, der Versorgungssicherheit und der Nachhaltigkeit. Ziel müsse es sein, hier ein ausgewogenes Verhältnis hinzubekommen. Nur so könnten lebenswerte Kommunen entstehen. Siegers verwies auf die hohen Stromkosten, die für Bürger, Wirtschaft und Kommunen eine Belastung darstellten. „Von einer sicheren, zuverlässigen und bezahlbaren Stromversorgung hängt es ab, ob man im Standortwettbewerb konkurrenzfähig bleibt oder nicht“, sagte Siegers. Die aktuelle Situation auf dem Energiemarkt zeige, „dass wir uns zunehmend in eine Sackgasse manövrieren; nicht zuletzt mit dem EEG haben wir uns ein Bündel an Herausforderungen geschnürt, das wir bald nicht mehr bewältigen können.“

Der Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz, hob schließlich in seinem Impulsvortrag die Rolle und Bedeutung Europas aus kommunaler Perspektive hervor. Als Fundament der Europäischen Union komme den Gemeinden und Regionen innerhalb des europäischen Gefüges eine Schlüsselposition zu. **DK**

Informatives...

(Fortsetzung von Seite 1)
Zudem sollen Vorhaben zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas oder Erdöl in Zukunft einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterliegen, in die auch die zum Einsatz kommenden Chemikalien und das rückgeförderte Lagerstättenwasser miteinbezogen werden. Bei zukünftigen Fracking-Vorhaben sollen außerdem die Wasserbehörden verpflichtend beteiligt werden. Der VKU hatte in den Gesetzesentwürfen vor allem eine Ausdehnung des Fracking-Verbots auf Wassereinzugsgebiete sowie Änderungen bei der Entsorgung des Flowback und Lagerstättenwassers gefordert, um auch hier die Wasserressourcen wirkungsvoller zu schützen.

Energieeffizienz

Was die Energieeffizienz in der Wasserwirtschaft anbelangt, so erfordert die Energiewende nach Brauns Darstellung eine Ausschöpfung sämtlicher Energiepotenziale, um die avisierten Klimaziele zu erreichen. Die Wasserwirtschaft könne bei Energieeinsparung, Nutzung regenerativer Energien und der Laststeuerung ihren Beitrag leisten. Bei den Themen Energieeinsparung, Eigenerzeugung und Nachfragesteuerung bestehe eine Kooperation der Landesgruppen von VKU und DVGW. Zudem habe der VKU einen bundesweiten Leitfaden mit dem Titel „Energie im Fokus!“ veröffentlicht.

„Der Biomasseanbau muss nachhaltiger werden!“, lautete eine weitere Forderung Brauns. Die wachsende Anzahl von Biogasanlagen erhöhe den Konflikt in Wassergewinnungsgebieten. Kommunale Wasserversorger meldeten stellenweise eine Trendwende bei Nitrat und anderen Parametern. Die Politik müsse dringend handeln, um die Akzeptanz von Biogas nicht nachhaltig zu beschädigen. Der VKU setzt sich für eine nachhaltige Erzeugung von Biomasse zur energetischen Verwertung, unter besonderer Berücksichtigung des Gewässerschutzes ein. Er plädiert für eine Verzahnung des landwirtschaftlichen Fachrechts und der Fördergesetzgebung mit den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie WRRL.

Verbindlicher Rechtsrahmen

Bei Thema „Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen“ fordert der VKU laut Braun im Positionspapier „Zukunft ländlicher Raum – Daseinsvorsorge Wasser und Abwasser“ einen verbindlichen Rechtsrahmen, der die Organisations- und Kooperationsfreiheit im Rahmen interkommunaler Kooperation garantiert und zudem Förderprogramme analog der Stadtumbauprogramme, die gezielt in strukturschwachen Regionen für eine nachhaltige Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung eingesetzt werden. Darüber hinaus spricht sich der Verband für die Garantie eines sicheren Rechtsrahmens für kommunale Wasserversorger und Abwasserentsorger in ländlichen Regionen und wirtschaftliche Spielräume aus, um die Ver- und Entsorgung zu vertretbaren Kosten durchzuführen. Auch gelte es, den Vorrang zentraler Systeme aus wirtschaftlichen, Umwelt- und Hygiene-Gründen zu beachten und Umstrukturierungen nur in Abstimmung vorzunehmen.

„Aktuelles aus Brüssel im Bereich der Wasserwirtschaft“ vermittelte Andrea Gehler, Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen. Mit Blick auf den Entwurf einer EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie betonte Gehler: „Bisher unterliegt die Dienstleistungskonzession (DLK) nicht dem EU-Vergaberecht, es sind bei der Vergabe von DLK nach der EuGH-Rechtsprechung lediglich die Grundsätze des EU-Primärrechts einzuhalten.“ Ziel des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission zur Vergabe von Konzessionen (Baukonzession, DLK) sei die Schließung einer Gesetzeslücke durch Kodifizierung der EuGH-Rechtsprechung. „Durch den sehr detaillierten Vorschlag droht ein wesentlicher Verlust an Flexibilität bei der Vergabe von Konzessionen auf kommunaler Ebene“, machte Gehler deutlich.

Umstrukturierungen

Nach aktuellem Stand fielen wohl kommunale Unternehmen mit privater Beteiligung sowie solche, deren Dienstleistungen zu mehr als 20 % – gemessen am Gesamtumsatz (oder nur Umsatz Wasserbereich?) – außerhalb der Kommune erbracht werden, unter die Richtlinie. Notwendige Folgen könnten Re-Kommunalisierungen bzw. tiefgreifende Umstrukturierungen der kommunalen Unternehmen sein. Das endgültige Ergebnis des Trilogverfahrens bleibe jedoch abzuwarten. Vor der Sommerpause werde es wohl feststehen.

In diesem Zusammenhang haben Vertreter verschiedener Gewerkschaften unter dem Titel „right2water“ eine europäische Bürgerinitiative initiiert mit dem Ziel der „Durchsetzung des Menschenrechts auf den Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung“. Eine erfolgreiche europäische Bürgerinitiative hat zur Folge, dass die Europäische Kommission sich mit diesen Forderungen auseinandersetzen muss. Hierzu müssen eine Million Unterschriften aus mindestens sieben unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden. Bis Mai wurden bereits 1,5 Mio. Unterschriften aus acht Mitgliedstaaten registriert. Bis September 2013 sollen 2 Mio. Unterschriften erreicht werden.

Wie Andrea Gehler weiter ausführte, bietet die Europäische Innovationspartnerschaft Wasser eine Plattform für Kommunen auf EU-Ebene. Die EIP Wasser ist ein Netzwerk für grenz- und sektorübergreifenden Austausch und Kooperation. Ziel ist die Entwicklung innovativer Lösungen in der Wasserwirtschaft und damit die Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

Umsetzungsplan

Die EIP-Partner entwickeln einen strategischen Umsetzungsplan und einigen sich auf folgende Prioritäten: Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Wasser, Wasser- und Abwasserbehandlung, Wasser und Energie, Risikomanagement im Fall wasserbedingter Extremereignisse sowie Ökosystemdienstleistungen.

Die Prioritäten werden in Aktionsgruppen bearbeitet und konkretisiert. Die Beteiligung an den Aktionsgruppen ist nur durch Interessenbekundung möglich (Aufruf beachten). Die Informations- und Vernetzungsplattform, der Internet-„Marktplatz“ der EIP Wasser ist für alle offen. Es handelt sich hierbei um kein EU-Förderprogramm, allerdings sollen 40 Mio. Euro des Forschungsrahmenprogramms in Projekte fließen, die den Prioritäten der EIP Wasser entsprechen.

Partner für den „Konzern Kommune“

Mit der Sparkassenfinanzgruppe als Partner für den „Konzern Kommune“ befasste sich Andrea Bastian, im Sparkassenverband Bayern zuständig für das Kommunalgeschäft. „Geht es um die Betreuung des ‚Konzerns Kommune’, dann haben die Sparkassen, die beim Bürger für eine besondere Vertrauenswürdigkeit stehen, die sechs Bedarfsfelder Zukunft aktiv gestalten, Immobilien entwickeln, Risiken absichern, Perspektiven für Investitionen schaffen, Anlagen optimieren und Liquidität steuern im Blick“, stellte Bastian fest.

Gehe es um kommunale Schwerpunktthemen, so lege der SVB sein Augenmerk auf die Themen Energiewende (Energienutzungspläne, energetische Optimierung, Bau von Energieanlagen, Netzausbau, Modelle zur Einbindung von Bürgerkapital), kommunale Haushaltskonsolidierung (Analyse der Finanzsituation, individuelle, optimale Finanzierungsstrukturen), demografische Entwicklung (Flächensparen, Stadt- und Dorfentwicklung, Flächenentwicklung, soziale Infrastruktur).

Enorme Bandbreite

Eine große Bandbreite bietet der Sparkassenverband Bastian zufolge auch dann, wenn es bei kommunalen Projekten um die optimale Finanzierungsstruktur geht. Hierzu zählten die klassische kommunale Haushaltsfinanzierung, Fördermittelmanagement, optimierte Finanzierungsstruktur durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (kommunale Bausparverträge, Derivate), Projektfinanzierungen als kreditähnliches Rechtsgeschäft, Leasing von Mobilien, PPP-Modelle (von der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bis zur Finanzierung), Kommunale Verschuldungsdiagnose (KVD) zur Steuerung des kommunalen Kreditportfolios sowie „S-Kompass“, ein Instrument zur kommunalen Schuldenverwaltung.

Laut Andrea Bastian versorgt die Sparkassenfinanzgruppe Bayern die Kommunen mit ausreichend Liquidität. Aktuell sei keine Kreditklemme spürbar. Die SVB verfüge über ein breites Netzwerk für individuelle Lösungen in der Region, „passgenau auf die Herausforderungen des Marktes“. Die Sparkassen lebten ein intensives internes und externes Netzwerk, um für die vielfältigen Herausforderungen gut gerüstet zu sein. **DK**

Erprobung unter extremen Bedingungen

Neuer Unimog und neuer Econic in der Wintererprobung und bei letzten Testeinsätzen

Rovaniemi/Finnland - Vom 1. Januar 2014 an gilt die neue Abgasnorm Euro VI. Daher werden sowohl die nächste Unimog Geräteträger-Generation als auch der hochgeländegängige Unimog und der neue Low-Entry Econic bereits im Herbst 2013 mit den neuen Mercedes-Benz BlueTec 6-Motoren in ihren angestammten Märkten eingeführt.

Darüber hinaus werden diese drei Fahrzeug-Baureihen mit umfassenden, konzeptionellen Innovationen an Interieur, Exterieur sowie den Fahr- und Bedieneigenschaften an den Start gehen. Umfangreiche Komponenten aus der LKW-Großserie wie die neue Elektronik-Architektur, Fahrgestellkomponenten, neuer Antriebsstrang und Bedienelemente wurden übernommen. Insbesondere der Econic ist mit Ausnahme des bewährten Fahrerhaus-Rohbaus ein neues Fahrzeug geworden. Mit ihm werden neue Maßstäbe dieses einzigartigen Fahrzeugkonzepts für den Kommunal-, Sammel- und Verteilerverkehr gesetzt.

Umfangreiche Tests

Derzeit durchlaufen die Erprobungsträger die letzten Tests, im Winter die neueste Generation der Special Trucks mit BlueEfficiency Power unter härtesten Bedingungen. Temperaturen von bis zu minus 30 Grad Celsius, meterhoher Schnee und vereiste Straßen bilden eine enorme Herausforderung für Mensch und Fahrzeug. Auf dem Testgelände mit Fahrdynamik- und Handlingstrecke, Wendeschleife und Waldstrecke unterzog das Entwickler-Team die neuen Fahrzeug-Generationen wochenlang härtesten Tests. Das Ziel: Die Fahrzeuge in Hinblick auf Funktion, Effizienz, Ergonomie und Bedienkomfort zu optimieren. Alle Trucks waren dabei mit aufwendiger Messtechnik ausgestattet, die zum Teil an über 300 Messstellen angeschlossen war und große Mengen von Daten sammelte. So konnte man

Wintererprobung bei minus 30 Grad Celsius im kalten skandinavischen Winter, noch in getarntem Zustand: Der neue hochgeländegängige Unimog bei Testfahrten in Rovaniemi, der Hauptstadt Lapplands. ❐

beispielsweise für den Einsatz im Winterdienst: Auch in diesem Jahr wurde die Wintererprobung im finnischen Rovaniemi, der Hauptstand Lapplands, am Polarkreis durchgeführt. Die Fahrzeuge hatten umfangreiche Tests hinsichtlich Handling, Ergonomie, Komfort und Fahreigenschaften zu absolvieren. So wird sichergestellt, dass die neuen Fahrzeuge mit Euro-VI-Technologie extreme klimatische Bedingungen und Anforderungen bewältigen und ihre Aufgaben beim Kunden zuverlässig im Alltagsbetrieb erledigen.

Ob Passräumung in den Alpen, Solaranlagenreinigung bei extremer Hitze in Spanien oder unterschiedlichste Einsätze im ganzjährigen Straßenbetriebsdienst - eines muss bei Unimog immer gewährleistet sein: Das einzigartige Fahrzeugkonzept muss zuverlässig seine Aufgaben bewältigen – egal in welcher Höhe oder bei welchen Temperaturen und Wetterbedingungen. Das gilt auch für den Econic, dem innovativen und vielseitigen Low-Entry-Fahrzeug für Entsorgungseinsätze unterschiedlichster Art.

Bereits seit drei Jahren testen die Mercedes-Benz Ingenieure zum Beispiel Informationen über das Kaltstartverhalten der Euro-VI-Motoren und die Funktion des Antriebsstrangs bei minus 25 Grad Celsius erforschen. Basierend auf den Auswertungen konnten die Ingenieure bereits Zusatzmaßnahmen zur Verbesserung der Kaltstartfähigkeit bis unter minus 30 Grad Celsius entwickeln, beispielsweise eine Zusatzheizung zur Kühlwasservorwärmung.

Partikelfilter

Ebenfalls getestet wurden die Bestandteile der BlueTec-6-Technik. Dazu gehört der Partikelfilter, der in Kombination mit dem seit Jahren erfolgreich eingesetzten SCR-System von Mercedes-Benz die Partikelemissionen auf Werte am Rande der Nachweisbarkeit reduziert.

Außerdem wurden Funktionalität und schnelles Auftauverhalten der AdBlue-Anlage bei Temperaturen unter minus 10 Grad sowie die Sicherstellung ihrer Betriebsfähigkeit geprüft. Die wesentlichste Zielsetzung aber war, dass trotz aller Maßnahmen zur Erfüllung der Euro-VI-Norm der Kraftstoffverbrauch weiterhin niedrig bleibt.

Nicht nur die Technik war Teil der Fahrzeugerprobung in Finnland. Auch das Handling, der Sicherheitsstandard und der Komfort für den Fahrer standen im Fokus. Dazu gehört eine zuverlässig funktionierende Heizung einschließlich einer Frontscheibenheizung, die so schnell wie möglich für klare Sicht sorgt. Darauf waren die Ingenieure zum Abschluss der Erprobung angewiesen, denn den Abschluss der Tests bildete die Überfahrt von Rovaniemi ins schwedische Arjeplog durch den eiskalten skandinavischen Winter. Am Ende waren Walter Eisele, Leiter Produktion und Entwicklung bei Mercedes-Benz Special Trucks, und sein Team hoch zufrieden mit den Ergebnissen. „Es ist ein ganz besonderes Erlebnis, wenn man nach so vielen Monaten der Entwicklung den neuen Econic und den neuen Unimog im Härtetest über längere Strecken und unter extremen Bedingungen ausfahren kann“, sagte Eisele.

Sommererprobung bei 45 Grad Celsius im Schatten

Die Fahrzeuge müssen sich natürlich auch in der Sommererprobung beweisen. Diese findet jedes Jahr in den heißesten Monaten Juli und August im Testzentrum in der Provinz Granada im Süden Spaniens statt. Dort testen die Ingenieure bei der Auffahrt auf die Sierra Nevada in etwa 2500 Meter Höhe unter anderem die Leistungsfähigkeit der Fahrzeuge bei extremer Hitze von zum Teil über 45 Grad im Schatten, trockenem Klima und starker Sonneneinstrahlung. Dazu gehört die Kontrolle der Funktionsfähigkeit der Klima- und Kühlanlagen. „Während wir bei der Wintererprobung in Finnland die Fahrzeuge auf ihre Anpassungsfähigkeit bei extremer Kälte testen, stellen wir in Spanien sicher, dass auch Hitze und unterschiedliche Höhenanlagen kein Problem sind. Unsere Kunden können sich also bei jedem Einsatz und zu jeder Zeit auf unsere Fahrzeuge verlassen“, fasst Walter Eisele das Ziel der aufwendigen Erprobungen zusammen. ❐

Gefahr bei Arbeiten mit Leitern

Arbeiten auf Leitern birgt ein hohes Absturz- und Verletzungsrisiko. Wer auf die Leiter auch noch die Motorsäge mitnimmt setzt sich großer Gefahr aus. Ein typischer Fall: Landwirt B. versucht auf der Leiter Äste von Rand-/Feldbäumen abzusägen, damit die großen Erntemaschinen (Häcksler/Mähdrescher) darunter durchkommen. In großer Höhe - (6 Meter) - schneidet er in einen spannungsgeladenen Ast. Dieser schlägt auf den Mann, die Leiter und auf die Leiter sichernde Person. Die Verletzungen sind immens: Polytraumata, Rippenserienfrakturen, Beckenbruch und schwere innere Verletzungen. Weil schwere Äste niemals von der Leiter und von oben abgesägt werden dürfen, braucht es sichere Technik zum Hochkommen (z. B. einen sicheren Arbeitskorb an einem sicheren Trägerfahrzeug mit Anseilschutz) und sichere Schneidetechnik. ❐

Familie Tauber (linkes Bild) kam den weiten Weg aus Vorra mit einem Unimog und einem MB-Trac zum Treffen nach Heimstetten, auf dem sogar eine Miniaturversion für den Nachwuchs zu sehen war (rechtes Bild). Bilder: CH

Großes MB-Trac-Treffen bei Henne-Unimog

Heimstetten – Mit fast 100 Anmeldungen hatten die Initiatoren von Henne-Unimog Anfangs gar nicht gerechnet, und dass dann trotz Sonnenschein (bei schönem Wetter sind die Traktoren eigentlich im Einsatz) 72 MB-Trac im Hof parkten, war natürlich eine große Freude. Die Besucher kamen nicht nur aus der näheren Umgebung, sondern reisten auch aus Garmisch, Berchtesgaden und Niederbayern an. Familie Tauber ließ es sich nicht nehmen, die 200 km aus Vorra mit einem Unimog und einem MB-Trac anzutreten.

Der MB-Trac ist ein robuster Ackerschlepper, der bis 1993 in Gaggenau von Mercedes-Benz produziert wurde. Eigentlich startete der MB-Trac als voller Erfolg, denn schon bei der Vorstellung des Gefährts auf der DLG-Ausstellung 1972 wurden sofort 350 Bestellungen aufgenommen. 1973 lief die Produktion an und als diese 1993 wieder eingestellt wurde, waren mehr als 40.000 Fahrzeuge verkauft worden, von denen heute noch ca. 30.000 im Einsatz sind.

Dienst in Kommunen

Der MB-Trac lässt sich als Unimog für die Landwirtschaft beschreiben. Gedacht als Ackerschlepper fand er aber auch bald Verwendung in der Bauindustrie und bei Kommunen. Die wesentlichen Merkmale des MB-Trac sind seine Rahmenbauweise, die gefederte Vorderachse, der mittige Sitzplatz und die drei Anbauräume. Der MB-Trac war zu seiner Zeit anderen Traktoren weit überlegen, so verfügte er bspw. über eine serienmäßige Druckluftanlage und eine sehr preisgünstige Front- und Heckhydraulik mit Frontzapfwelle.

Projektende

Als in den 90-ger Jahren viele kleine Landwirtschaftsbetriebe aufgaben, sank mit dem Rückgang der Stückzahlen auch die Rentabilität des MB-Trac. Zwar war zunächst ein Nachfolgermodell gemeinsam mit Deutz geplant, aber nach ersten Kostenschätzungen wurde keine Marktakzeptanz erwartet, so dass man sich von dem Projekt verabschiedete.

Jetzt, 20 Jahre nach Einstellung der Produktion, fanden sich viele begeisterte MB-Trac-Fahrer und Fans bei Henne-Unimog ein. Ralf Bög, der die Idee zu diesem Treffen hatte, erzählt begeistert von der besonderen Atmosphäre, die solche Veranstaltungen begleitet: „So speziell wie die Fahrzeuge sind, sind auch die Menschen, die sich damit beschäftigen.“ In Heimstetten werden die Fahrzeuge nach wie vor gewartet und noch bis Ende 2013 können sich MB-Trac-Besitzer über ein besonderes Angebot freuen: Bis Jahresende erhalten alle die einen MB-Trac zur Wartung bringen 20 % Preisnachlass auf Lohnkosten und nochmals bis zu 20 % auf Ersatzteile. Und dass Wartung das A & O ist versteht sich von selbst, schließlich hat der MB-Trac heute gebraucht beinahe denselben Anschaffungswert, wie damals, als man ihn neu kaufen konnte. **CH**

Beutlhauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29– 33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Carsharing:

car2go kommt nach München

Start mit 300 smart fortwo der „car2go edition“

Noch im Juni startet car2go, Marktführer und Pionier im Bereich der vollflexiblen Auto-Kurzzeitmieten, mit einer Flotte von zunächst 300 smart fortwo Fahrzeugen in München. Damit wird das weltweit erste flexible Carsharingprogramm in allen vier deutschen Millionenstädten vertreten sein.

“Als Münchener freut es mich naturgemäß sehr, dass car2go jetzt auch endlich in meine Heimatstadt kommt.“, sagt Stefan Mueller, Geschäftsführer der car2go Europe GmbH. “car2go ist eine ideale Ergänzung zum gut ausgebauten Münchener Nahverkehr. Der kompakte smart fortwo ist perfekt für den urbanen Raum und es findet sich leicht ein passender Parkplatz.“

Überall Einstieg möglich

car2go wird im Juni mit einer Flotte von zunächst 300 umweltverträglichen smart fortwo mhd Fahrzeugen der „car2go edition“ starten. Die car2go Flotte ist mit Start-Stopp-Automatik, Klimaanlage sowie Radio- und Navigationssystem ausgestattet. Das Geschäftsgebiet, in dem registrierte Kunden „immer und überall einfach einsteigen und losfahren“ können, wird rechtzeitig vor dem Start bekanntgegeben.

car2go hat das „Free Floating“-System begründet: Wie in jeder car2go Stadt können die smart fortwo auch in München unabhängig von festen Mietstationen angemietet und nach Gebrauch zum Mietende auf einen beliebigen öffentlichen Parkplatz abgestellt werden. In der bayerischen Landeshauptstadt sind dies neben den freien Parkplätzen grundsätzlich alle Mischparkzonen in den sonst bewirtschafteten Parklizenzgebieten - mit Ausnahme der Altstadt innerhalb des Altstadtrings, des Parklizenzgebietes Hauptbahnhof und der Anwohnerparkzonen. Für die Kunden entstehen neben einer einmaligen Registrierungsgebühr in Höhe von 19 Euro nur die reinen Nutzungskosten. Steuern, Versicherung, Kraftstoff- und Parkgebühren sowie die ersten 50 Kilometer sind bereits im Mietpreis von 29 Cent pro Minute enthalten.

Vergünstigte Raten

Wird das car2go für Zwischenstopps geparkt, reduziert sich dieser Preis auf 0,19 Euro je Parkminute. Für die stunden- und tageweise Nutzung gelten vergünstigte Raten: Eine Stunde car2go Nutzung kostet 14,90 Euro, für 24 Stunden werden 59 Euro fällig. Betrieben wird car2go auch in München in bewährter Weise durch die car2go Europe GmbH, einem Gemeinschaftsunternehmen zwischen car2go und Europas größtem Autovermieter Europcar.

Kostenlose Registrierung

Interessierte Kunden können sich vorab registrieren. Die genauen Registrierungstermine und -möglichkeiten werden rechtzeitig auf der Webseite www.car2go.com/de/muenchen bekanntgegeben. Bis Ende Juli erhalten Neukunden eine kostenlose Registrierung und die ersten 30 Freiminuten zum Testen des Services.

Registrierten Münchener Kunden stehen mit ihrer Mitgliedskarte gleichzeitig die insgesamt mehr als 3.000 car2go smart in den Städten Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Stuttgart und Ulm/Neu-Ulm zur Verfügung. In Stuttgart sogar eine ausschließlich mit Elektrofahrzeugen betriebene Flotte

Als weltweit erstes voll-flexibles Automietsystem für urbane Ballungsräume bleibt car2go das am schnellsten wachsende Unternehmen auf dem Carsharing-Markt. Inzwischen ist die Nutzung der Zweisitzer in 19 europäischen und nordamerikanischen Städten möglich. Die mehr als 7.300 Fahrzeuge, darunter bereits über 1.000 mit batterieelektrischem Antrieb, konnten weltweit bisher deutlich über 375.000 Kunden für sich begeistern. Insgesamt wurden mehr als 9 Millionen vollautomatische Mietvorgänge absolviert. ❒

Kinder-Palliativ-Hilfe Niederbayern macht mobil

Rhein-Main-Donau AG hilft mit 9.000 Euro

Allrad getrieben, Energie effizient, sicher und schnell eilen künftig die speziell geschulten Ärzte und Pflegekräfte des Kinder-Palliativ-Teams des Landshuter Kinderkrankenhauses St. Marien zur ambulanten Versorgung ihrer kleinen schwerstkranken Schützlinge und deren Familien. Stationiert ist der nagelneue weiße Leasing-BMW X1 xDrive18d beim Kinderkrankenhaus St. Marien; Einsatzgebiet ist fast ganz Niederbayern – und das rund um die Uhr. Eine ähnliche Zusammenarbeit ist mit den Kinderkrankenhäusern in Deggendorf und Passau geplant.

Anfang Juni wurde das Fahrzeug durch Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, der auch 1. Vorsitzender des gemeinnützigen Fördervereins Kinder-Palliativ-Hilfe Niederbayern ist, offiziell an das Palliativteam des Kinderkrankenhauses St. Marien übergeben. Das nötige „Unterhaltsgeld“ zum Betrieb des geleasten Einsatzfahrzeugs brachte Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, in Form eines 9.000-Euro-Schecks mit.

„Wasserkraft ist Leben“

Schleich freute sich, dass sozusagen durch die stete Kraft des Wassers eine finanzielle Unterstützung der unverzichtbaren Palliativmedizin möglich wurde, und stellte fest: „Entsprechend unserem Unternehmensmotto „Wasserkraft ist Leben“ verspricht die aus den Erlösen der Wasserkraftnutzung gewonnene Mobilität des Palliativ-Teams den schwerstkranken kleinen Patienten und ihren Familien ein angemesseneres Ertragen ihrer krankheitsbedingten Situation. Wir sind froh, dass wir auf diese Weise zumindest etwas zur Verbesserung der Lebensqualität in den betroffenen Familien beitragen können.“

„Durch das finanzielle Engagement der Rhein-Main-Donau AG können wir erstmals einen weitgehend flächendeckenden mobilen Palliativdienst für Niederbayern einsetzen,“ dankte Bezirkstagspräsident Hölzlein und ergänzte: „Wir sind sehr glücklich, dass nun die schwersterkrankten Kinder in ihrer gewohnten heimischen Umgebung angemessen versorgt werden können, besonders bei der Eindämmung der Schmerzen sowie anderer Krankheitsbeschwerden. Dazu haben wir im Sommer 2012 den Förderverein gegründet und sind froh, dass es Dank des unermüdlichen Einsatzes der 13 Gründungsmitglieder, allen voran die Initiatorin des Vereins, Marille Rüb, in so kurzer Zeit gelungen ist, eine wirksame Hilfe für die leidgeprüften kleinen Patienten und Ihre Familien auf die Beine zu stellen. Die RMD-Spende kommt also direkt dort an, wo die Not am größten ist“, so Hölzlein abschließend. ❒

Die Kinder-Palliativ-Hilfe für Niederbayern kann ab sofort mit einem geländegängigen BMW X 1 ihre kleinen Patienten und deren Angehörige rund um die Uhr auch zu Hause betreuen. Möglich wurde das unter anderem durch eine 9.000-Euro-Spende der Rhein-Main-Donau AG, München, deren Vorstand Dr. Albrecht Schleich (l.) den Spendenscheck an den Bezirkstagspräsidenten von Niederbayern Manfred Hölzlein (r.), der auch 1. Vorsitzender des gemeinnützigen Fördervereins Kinder-Palliativ-Hilfe Niederbayern e. V. ist, und an Bernhard Brand, Geschäftsführer des Kinderkrankenhauses St. Marien in Landshut, übergibt. Bild: Jan Kiver/RMD AG

Neuer Kalinke Großflächen-Sichelmäher

Der Produktbereich Großflächen-Sichelmäher wird nach Vorgabe von der Firma Kalinke in Bayern gefertigt. Die großen Triplexmäher gibt es in den Arbeitsbreiten von 250 cm bis 430 cm. Die Modellpalette wurde mit dem neuen Modell T320EL, Arbeitsbreite 310 cm (im Bild), erweitert. Die Mähmesser des Frontanbau-Triplexmähwerkes T320EL werden elektrisch von einem heckangebauten Generator angetrieben. Umweltbewusst werden keine Ölmotoren sowie keine Ölhydraulik mehr verwendet. Elektroantriebe haben einen hohen Wirkungsgrad und wenig Leistungsverlust. Die innovative Elektro-Antriebstechnik hat Zukunft. Die Firma Kalinke Maschinen stellt auch dieses Jahr auf der demopark/demogolf Ende Juni in Eisenach aus.
Weitere Informationen im Internet unter: www.kalinke.de ❒

25.000 bayerische Feuerwehrler im Hochwassereinsatz

Die bayerischen Feuerwehren sind seit dem Beginn des Hochwassers pausenlos im Einsatz

Ganz Bayern wurde in den vergangenen Tagen vom Hochwasser heimgesucht. Der Landesfeuerwehrverband Bayern geht nach einer ersten Schätzung davon aus, dass in den vergangenen Tagen über 25.000 Feuerwehrdienstleistende in ganz Bayern im Einsatz waren. Dies betrifft nicht nur die 19 Landkreise und kreisfreien Städte, in den Katastrophenalarm ausgelöst wurde, sondern nahezu alle Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern.

Unterstützt vom Technischen Hilfswerk, der Polizei, der Bundeswehr und anderen Hilfsorganisationen haben die Feuerwehren in den letzten Tagen akute Gefahrenstellen beseitigt, Keller und Gebäude leer gepumpt, Sandsäcke gefüllt, Wasserschutzwände errichtet und Dammsicherungsarbeiten unterstützt.

Hilfeleistungskontingente

Auch wurden in den weniger betroffenen Regionen größere Einheiten, sog. Hilfeleistungskontingente zusammengestellt. Sie rückten zur Unterstützung der örtlichen Kräfte an, um sie aufzustocken oder abzulösen. Auch nach Rückgang des Wassers werden die Feuerwehren noch über einen längeren Zeitraum damit beschäftigt sein, tausende von Kellern auszupumpen, Straßen und Wege zu reinigen und die Infrastruktur wieder herzustellen.

Wieder einmal beweisen sich die Feuerwehren im Freistaat als professionelle Helfer in individueller Not und unverzichtbares Standbein im Katastrophenschutz. „Ohne die große Zahl von Feuerwehrdienstleistenden wäre es nicht gelungen, die Vielzahl der Einsatzstellen und die großflächigen Schadensgebiete auch nur ansatzweise zu bewältigen“, sagte Alfons Weinzierl, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Bayern. „Hierfür gilt ihnen unser Dank“.

Einsatz für Bürger

Der Landesfeuerwehrverband Bayern möchte sich deshalb auch bei den Arbeitgebern der Feuerwehrler für das Verständnis bedanken, wenn ihre Beschäftigten, die freiwillig und ehrenamtlich Feuerwehrdienst leisten, verspätet oder gar nicht zur Arbeit kommen konnten, weil sie für die vom Hochwasser betroffenen Bürger im Einsatz waren. ❒

Feuerwehrbeschaffungskartell:

Außergerichtliche Schadensregulierung

Die kommunalen Spitzenverbände haben gemeinsam mit den Firmen Iveco Magirus, Rosenbauer Deutschland (vormals Rosenbauer Feuerwehrtechnik) und Schlingmann eine Regulierungsvereinbarung zur außergerichtlichen Schadensbeseitigung aus dem sogenannten Feuerwehrbeschaffungskartell unterzeichnet. Danach erhalten geschädigte Kommunen von diesen Anbietern – die im Insolvenzverfahren befindliche Firma Albert Ziegler GmbH & Co. KG hat die Vereinbarung nicht unterzeichnet – über einen Regulierungsfonds einen Schadensausgleich für festgestellte kartellbedingte Überhöhungen der Preise bei kommunalen Beschaffungen von insgesamt rund 6,738 Millionen Euro.

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund sehen in dem Ergebnis eine gute Grundlage für eine außergerichtliche Einigung mit den beteiligten Anbietern von Feuerwehrfahrzeugen. Der erzielte Konsens zum Schadensausgleich sei zudem für die Kommunen ein Weg, schnell einen Schadensausgleich herbeizuführen und zahlreiche Einzelklageverfahren vor Gericht mit langer Zeitdauer und ungewissem Ausgang zu vermeiden. Mit dem vom Büro Lademann & Associates GmbH erstellten wettbewerbsökonomischen Gutachten liege eine fundierte Grundlage darüber vor, dass kartellbedingte Überhöhungen der Preise in den Jahren 2000 bis Mitte 2004 zum Nachteil der Kommunen entstanden sind. Nunmehr müsse unbürokratisch ein Ausgleich erfolgen.

Die kommunalen Spitzenverbände empfehlen den Kommunen, sich der Regulierungsvereinbarung und der dazugehörigen Kommunalvereinbarung anzuschließen, die der Abwicklung des Schadensausgleichs zwischen den einzelnen Kommunen und den Unternehmen dient.

Hintergrund der jetzigen Vereinbarung war, dass das Bundeskartellamt am 28. Januar 2011 in einem Kartellverfahren rechtskräftig gewordene Bußgelder gegen die Rosenbauer Feuerwehrtechnik GmbH, Luckenwalde, die Schlingmann GmbH & Co KG, Dissen, und die Albert Ziegler GmbH & Co KG, Giengen an der Brenz, als Hersteller von Feuerwehrlöschfahrzeugen über 7,5 Tonnen verhängt hatte. Der ebenfalls erlassene Bußgeldbescheid gegenüber Iveco Magirus Brandschutztechnik GmbH, Ulm, vom 7. März 2012 ist noch nicht rechtskräftig.

Als Teil der für künftige Vergabeverfahren notwendigen „Selbstreinigung“ durch die drei Unternehmen und damit als Teil ihrer Mitwirkung bei der Schadensaufklärung vereinbarten die kommunalen Spitzenverbände mit diesen die Erstellung eines unabhängigen Gutachtens. Mit diesem wettbewerbsökonomischen und die Schadensfrage klärenden Gutachten wurde das Büro Lademann & Associates GmbH beauftragt. Das Gutachten kam auf der Grundlage einer online-gestützten Datenerhebung bei den Kommunen zu dem Ergebnis, dass die Fahrzeugaufbaupreise bei Beschaffungen im Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis zum 23. Juni 2004 preislich überhöht waren.

Die aktuelle Vereinbarung zur Schadensregulierung erfasst auf der Grundlage einer Forderung der kommunalen Spitzenverbände auch Kommunen, die bei der im August 2011 insolvent gewordenen Firma Ziegler Feuerwehrlöschfahrzeuge beschafft haben. Dadurch soll ein Ausgleich und damit eine Befriedung für alle Kommunen erreicht werden. Iveco Magirus und Rosenbauer übernehmen einen Teil des auf Ziegler entfallenden Kompensationsbetrages.

Ergänzend zur außergerichtlichen Schadensregulierung haben die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen eine permanente Überprüfung der Eignung und Zuverlässigkeit der Löschfahrzeuganbieter durch die Beauftragung einer unabhängigen Institution, der ZertBau GmbH, herbeigeführt. Die ZertBau GmbH hat sich bei Präqualifikationsverfahren im Vergabebereich in der Vergangenheit bereits bewährt. Sie kontrolliert die Eignung der Unternehmen und damit auch deren Zuverlässigkeit dauerhaft und erstellt bei positivem Ausgang jeweils für ein Jahr geltende Zertifizierungen. Zu diesem Zweck prüft die ZertBau GmbH die Unternehmen insbesondere hinsichtlich der von diesen einzuhaltenden Anforderungen an personell-organisatorische Strukturen sowie eines regelkonformen Verhaltens (Compliance).

Nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände geht es darum, dass die Gewährleistung der Eignung und Zuverlässigkeit als ständige Verpflichtung und als Bringschuld der Unternehmen verstanden wird. So könne verhindert werden, dass es in Zukunft zu erneutem kartellrechtswidrigem Verhalten zwischen den Unternehmen zulasten der Kommunen kommt. ❒

Karten statt Worte:

Geodaten sind Chefsache

Informationsveranstaltung für Kommunalpolitiker in Memmelsdorf

„Karten statt Worte - warum Geodaten Chefsache sind“ lautete das Motto einer Veranstaltung in Memmelsdorf bei Bamberg, zu der Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden Landräte und Bürgermeister eingeladen hatte. Rund 100 Kommunalvertreter informierten sich über kommunale Anwendungen.

„Die Geodaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung sind eine wichtige Basiskomponente für die Umsetzung des E-Government“, betonte Staatssekretär Pschierer. Geodaten seien Informationen mit Ortsbezug. Damit schafften sie Betroffenheit und führten zudem zu Transparenz in einfachen und komplexen Sachverhalten. Sie seien beispielsweise relevant bei privaten und wirtschaftlichen Standortentscheidungen sowie eine ideale Basis bei Risikobewertungen, der Identifikation von Nutzungskonflikten und für touristische Zwecke.

Generalvereinbarungen

„80 % aller Entscheidungen der Verwaltung haben einen Raumbezug; Geodaten tragen wesentlich zur Planung und Vorbereitung von Entscheidungen bei“, bemerkte Pschierer. Durch Generalvereinbarungen zum Bezug und zur Nutzung der amtlichen Geodaten mit dem Städte- und Gemeindetag sowie mit dem Landkreistag stünden für die kommunale Arbeit zur Verfügung: Digitale Topografische Karten, hochauflösende Luftbilder, digitale Geländemodelle und Flurkarten, exakte Hauskoordinaten und dreidimensionale Gebäudemodelle mit Dachformen „Monopoly-Häuser“). Sie vereinfachen beispielsweise die Erstellung von Bebauungsplänen, die Innenentwicklung sowie die Energienutzungsplanung. Alle Landkreise und 88 % der Gemeinden seien bereits den Generalvereinbarungen beigetreten.

BayernViewer-Bauleitplanung

Pschierer verwies in diesem Zusammenhang auf die Anwendung BayernViewer-Bauleitplanung, die Auskunft gibt über die Bauleitpläne (Flächennutzungspläne und Bebauungspläne) der Kommunen in Bayern auf der Grundlage der amtlichen topographischen Karten und der Orthophotos. Dargestellt werden die Geltungsbereiche von Bebauungsplänen. Zusätzlich kann sich der Nutzer Informationen zum gesuchten Bebauungsplan anzeigen lassen und Rasterbilder des Bebauungsplans abrufen.

Der Staatssekretär sprach von einem „hohen Interesse bauwilliger Bürger, investitionswilliger Unternehmer, Planer und Handwerker“. Eine Integration in das Standortinformationssystem der IHK sei möglich, Daten könnten von Nutzern in eigene Software Systeme integriert werden. Aktuell seien bereits 61 % der Gemeinden aktiv beteiligt, fast 40 % in Vorbereitung. Knapp 36.000 Bebauungspläne seien bereits online. Pschierer bat die anwesenden Kommunalpolitiker um weitere rege Beteiligung; die technische Unterstützung werde gerne von den Vermessungsämtern geleistet.

Digitalisierung der Schulsprengel

Als neues Projekt der Geodateninfrastruktur Bayern führte der Staatssekretär die Digitalisierung der Schulsprengel an. Als Partner fungiere die Schulverwaltung, das Pilotprojekt starte in Niederbayern.

Vor dem Hintergrund, dass Schulsprengel durch Verordnungen in Textform festgelegt sind und dies vor allem in Städten kaum nachvollziehbar ist, werden laut Pschierer „gemeinsam mit den Schulämtern und Regierungen räumliche Gebiete in Karten festgelegt und als Dienst im Rauminformationssystem RISBY der Regierungen zur weiteren Nutzung bereitgestellt“. In der Folge ergäben sich somit neue Möglichkeiten: So könnten u. a. Schulsprengel auf Eindeutigkeit und Vollständigkeit geprüft sowie Schulbuslinien und Schulwegsicherung geplant werden. Zweckmäßige Anpassungen der Schulsprengel würden offensichtlich, zudem sei eine Verknüpfung mit Systemen der Schulverwaltung wie Unterstützung bei der Überwachung der Schulpflicht oder Planung neuer Mittelschulverbünde möglich.

Kombinierbare Daten

„Das Thema Geodaten sollte also Chefsache sein“, lautete Pschierers Fazit. „Getreu dem Motto: ‚Geodaten vernetzen - besser entscheiden‘ sind die Daten kombinierbar mit Daten aus anderen Verwaltungszweigen. Die technischen Möglichkeiten sind ausgereift und nutzerfreundlich.“

Interkommunale GIS

In seinem Impulsreferat erläuterte Prof. Matthäus Schilcher, Vorstandsvorsitzender des Runder Tisch GIS e.V. die Nutzung von Geoinformationssystemen (GIS) in Kommunen. Er zeigte u. a. am Beispiel Energiewende, welche Bedeutung Geobasisdaten für eine Kommune haben. Eine wichtige Rolle spielt nach Schilchers Ausführungen das Betriebsmodell, für das sich eine Kommune entscheidet. Gerade für kleine Gemeinden könnten interkommunale GIS eine sinnvolle und kostengünstige Lösung sein, wie es vorbildlich für Bayern im Landkreis Kulmbach zwischen dem Landratsamt Kulmbach und seinen 22 Gemeinden in einem interkommunalen Geoinformationssystem realisiert wurde.

Praktischer Nutzen

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion unterstrich der Kulmbacher Landrat Klaus Peter Söllner an mehreren Beispielen, wie der Präsentation von Bauleitplänen oder aktuell bei der Erstellung von Einsatzplänen bei der Hochwasserkatastrophe, den praktischen Nutzen von Geoda- ten- und Diensten in einer Kommune. Insbesondere in der interkommunalen Zusammenarbeit sind laut Söllner eine Erhöhung der Verwaltungseffizienz, Synergieeffekte und Kostenvorteile erkennbar. Umweltstaatssekretärin Melanie Huml wies auf die Bedeutung von Geodaten in ihrem Ressort hin. Als Beispiele nannte sie den Dienst für überschwemmungsgefährdete Gebiete in Bayern oder den Energieatlas Bayern. **DK**

Jugendschutz im Internet

Familienministerin Haderthauer: „Schwarze Schafe bei den Online-Versandhändlern durch Testkäufe aufdecken!“

„Für Kinder und Jugendliche gehört das Surfen im Internet heute so selbstverständlich zum Alltag wie Schuhe anziehen. Dabei sind sich viele nicht bewusst, welche Gefahren im Internet auf junge Menschen lauern“, betonte Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer in München anlässlich der Veröffentlichung des Jahresberichts von jugendschutz.net zu Risiken für Minderjährige im Internet.

Laut Haderthauer werden in der Öffentlichkeit zwar zunehmend Fälle von Mobbing oder sexueller Belästigung in sozialen Netzwerken bekannt, „aber auch der Versandhandel via Internet kann für Kinder und Jugendliche gefährlich werden. Denn leider gibt es auch unter den Internet-Versandhändlern einige schwarze Schafe, die für Kinder ungeeignete Filme oder Computerspiele ohne Alterskontrolle versenden. Das darf nicht sein!“

Auch im Netz trügen die Händler Verantwortung, die Jugendschutzbestimmungen einzuhalten. „Die Erfahrung lehrt uns, dass regelmäßige Kontrollen der Betriebe und die Ahndung von Verstößen notwendig sind. Deshalb freut es mich, dass jugendschutz.net sich bereit erklärt hat, diesen Sommer verstärkt Versandhandelsangebote unter die Lupe zu nehmen. Ich appelliere aber auch an alle Kommunen, regelmäßig selbst Testkäufe im Internet durchzuführen, so dass Verstöße gegen die Abgabebeschränkungen des Jugendschutzgesetzes nicht länger unentdeckt bleiben!“, bemerkte die Ministerin.

Haderthauer weiter: „Klar ist aber auch: Alle Kontrollen helfen nichts ohne Eltern, die ihre Kinder im Umgang mit den Internet an die Hand nehmen und über die Schulter schauen. Genauso selbstverständlich wie man kleine Kinder beim Toben auf dem Spielplatz beaufsichtigt, müssen ältere Kinder beim ‚Spiel‘ im Netz beaufsichtigt werden. Eltern müssen ihren Kindern hier klare Grenzen setzen und sie dabei unterstützen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.“ ❐

Erster Fachkongress des IT-Planungsrats in München:

E-Government und strategische IT-Steuerung

Der IT-Planungsrat hat in der Münchner Residenz erstmals seinen verwaltungsinternen Fachkongress „E-Government und strategische IT-Steuerung“ veranstaltet. Bei dieser zweitägigen Auftaktveranstaltung wurden Themen wie E-Partizipation und Open Innovation, Digitales Leben und Lernen, Mobile Government und Elektronische Identitäten behandelt. Der Fachkongress soll künftig jährlich stattfinden.

Plenarvorträge, Fachforen und eine begleitende verwaltungsinterne Ausstellung boten den mehr als 300 Teilnehmern aus Politik und Verwaltung Gelegenheit zur Information und Diskussion. Das Spektrum der Beiträge reichte von der Vorstellung strategischer Grundpositionen über laufende Projekte bis hin zu neuen Überlegungen und Anstößen – quasi aus der „Werkstatt des IT-Planungsrats“. Die Vortragenden kamen aus diversen Fachbereichen von Bund, Ländern und Kommunen.

Transparenz

„Mit dieser Veranstaltung machen wir die Arbeit des IT-Planungsrats für alle Verwaltungsebenen transparent. Eine lebhafte interdisziplinäre Diskussion und der länderübergreifender Erfahrungsaustausch bieten Mehrwert und beleben E-Government in Deutschland“, betonte Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung und diesjähriger Vorsitzender des IT-Planungsrats.

Wichtiges Forum

Für den IT-Planungsrat als oberstes strategisches Steuerungsgremium für die Informationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Deutschland hat der Fachkongress eine zentrale Bedeutung. Er soll Forum sein für strategische Dialoge, aber auch den Austausch von Praxiserfahrungen zu allen wichtigen Themen der IT in der deutschen Verwaltung.

Mehr als 75 % der Deutschen sind Pschierer zufolge online, aber nur 45 % (laut E-Government-Monitor 2012) nutzen E-Government-Dienstleistungen. Hier gelte es nachzubessern, wie der Staatssekretär am Beispiel des neuen Personalausweises deutlich machte. Von den 2,5 Millionen neuen Ausweisen in Bayern hätten ca. 700.000, d. h. rund 30 Prozent, eine eingeschaltete eID-Funktion. Bayern habe damit in Deutschland eine Spitzenposition inne. „Der Erfolg der eID Funktion des nPA hängt allerdings direkt von Angebot, Attraktivität und Einfachheit der für den Bürger nutzbaren eGovernment Angebote ab“, betonte Pschierer.

Bürgerserviceport

Beweis sei der Erfolg des nPA in Ingolstadt. Dort sei man mit dem Bürgerserviceport Vorreiter im kommunalen eGovernment. Die eID Quote liege hier über 60 %. Pschierer: „Wir müssen den nPA auch für mobile Endgeräte nutzbar machen. Denn die Anschaffung und Nutzung eines Lesegerätes kann nur eine Übergangslösung sein. Mit der nPA Box hat Bayern auf der CEBIT einen ersten Prototyp einer nPA Handy-Signatur vorgestellt. Wir werden dieses Konzept noch in diesem Jahr pilotieren. Ich bin mir sicher, dass ein mobiler nPA auch für die Wirtschaft attraktiv ist.“

Zukunftspfade Digitales Bayern 2020

Wie der Staatssekretär weiter ausführte, „zieht sich die Digitalisierung des Lebens durch alle Bereiche. Um dieser Herausforderung begegnen zu können, haben wir in Bayern die Zukunftspfade Digitales Bayern 2020 entwickelt. Die Homepage zukunftspfade.bayern.de ist online.“

Digitales Bildungsnetz

Besondere Aufmerksamkeit lenkte Pschierer auf zwei Projekte: das Digitale Bildungsnetz Bayern und x-trans.eu. Ziel des erstgenannten Projekts sei die Digitalisierung und Vernetzung aller bayerischen Schulen. Bislang seien bereits zehn Referenzschulen dabei, innerhalb der nächsten zwei Jahre sollen bis zu 100 Partnerschulen an dem Projekt beteiligt sein.

Mit dem Projekt x-trans.eu sollen wiederum Antragsprozesse von Transportunternehmen deutlich vereinfacht und beschleunigt werden. Ziel des Projekts: „Speditionen müssen derzeit den aufwändigen Antrag für einen Großraum bzw. Schwertransport in allen Ländern separat stellen, die von der Transportroute betroffen sind. Mit x-trans.eu wird die aufwändige doppelte Antragstellung in den einzelnen Ländern überflüssig.“

Zentrale Plattform

Im Gemeinschaftsprojekt des Freistaats Bayern und des Bundeslandes Oberösterreich entsteht Pschierer zufolge zunächst eine zentrale Plattform für Deutschland und Österreich. Spannend an diesem Projekt sei die Zusammenarbeit zweier Länder. Die sowohl nationale als auch internationale Zusammenarbeit sei ein wichtiger Motor für erfolgreiche E-Government Projekte. „Besonders erfreulich ist, dass sich bereits weitere Länder, wie z. B. Finnland für das Projekt interessieren; eine Erweiterung von x-trans.eu ist greifbar.“

Inzwischen ist der Pilotbetrieb von x-trans.eu freigeschaltet. Nun kann das Projekt auf Herz und Nieren durch ausgewählte Pilotunternehmen geprüft werden. **DK**

eGovernment Benchmark:

Steigende Erwartungshaltung der Bürger

Jeder zweite Europäer nutzt eGovernment-Services
Angebote für Unternehmen sind gut entwickelt

Der aktuelle EU eGovernment Benchmark zeigt, dass die generelle Verfügbarkeit von eGovernment-Angeboten europaweit hoch ist. Doch die Dienstleistungen werden bislang zu wenig in Anspruch genommen und die Nutzer erwarten – insbesondere im Vergleich mit den Angeboten des privaten Sektors – einen kontinuierlichen Ausbau der verfügbaren eGovernment-Angebote. Der Kostendruck auf die öffentlichen Haushalte und die steigenden Anforderungen der Bürger an eGovernment-Services stellen die Regierungen Europas vor die Herausforderung, die digitale Transformation deutlicher als bislang voranzutreiben und Mehrwerte für Bürger, Unternehmen und die Verwaltung selbst zu schaffen.

Die Benchmark-Studie wurde von Capgemini, Sogeti, dem Analystenhaus IDC, dem Rand Europe Institut, dem Dänischen Technologie Institut DTi sowie SPractice/ Indigov durchgeführt. Sie dokumentiert seit 2001 den Fortschritt von eGovernment in Europa.

Mit der aktuellen, zehnten Ausgabe wurde das Studiendesign zu Gunsten einer starken Nutzerorientierung überarbeitet. Die Befragung von rund 28.000 Bürgern der EU27+-Staaten sowie die Analyse von 20 bis 30 spezifischen Angeboten rund um die ausgewählten Lebenslagen Firmengründung, Arbeitssuche oder -vermittlung und Studium stellen wesentliche Neuerungen im Benchmark dar.

Hürden im eGovernment weiter abbauen

Für die Befragten in den insgesamt 32 Teilnehmerländern gehören Zeitersparnis (80 Prozent), Flexibilität (76 Prozent) und Kostenersparnis (62 Prozent) zu den wichtigsten Vorteilen der Nutzung von eGovernment-Services. Weitere wichtige Aspekte sind Einfachheit, Kontrolle und Transparenz.

Große Hürden

Als größte Hürden, die Online-Angebote zu nutzen, nannten die Befragten Probleme bei der Handhabung der Online-Dienste (24 Prozent) und Unkenntnis über das Vorhandensein der Angebote (21 Prozent). Bürger, die noch nicht bereit sind, eGovernment Angebote zu nutzen, bevorzugen den persönlichen Kontakt zur Behörde (62 Prozent) oder gehen davon aus, dass ein Vor-Ort-Termin unumgänglich sei (34 Prozent) bzw. andere Kanäle effizienter seien (19 Prozent). Zweifel an der Datensicherheit äußerten lediglich 11 Prozent der Nutzer, in Deutschland liegt dieser Wert bei 15 Prozent.

„E-Government bietet unbestreitbar mehr Komfort und Effizienz für alle – wenn es richtig gemacht wird“, so Marc Reinhardt, Vice President und Leiter Public-Sektor bei Capgemini in Deutschland. „Um das vollständige Potenzial entfalten zu können und den Nutzer zu aktivieren, müssen die Dienstleistungsangebote noch attraktiver gestaltet werden und sich konsequent an den Lebens- und Unternehmenslagen von Bürgern und Wirtschaft ausrichten. Hierfür sollten die europäischen Regierungen den nächsten Schritt – vom Elektronischen zum Interaktiven Government – wagen.“

Grenzüberschreitende Services

Die nationalen eGovernment-Services rund um die drei Lebenslagen Unternehmensgründung, Arbeitssuche oder -vermittlung und Studium entwickeln sich europaweit gut. Bei den grenzüberschreitenden Angeboten werden zwar die benötigten Informationen vermittelt, jedoch sind Online-Transaktionen zur Abwicklung der Geschäftsprozesse europaweit noch selten möglich.

Deutschland steht gut da

Für Unternehmensgründer sind die wichtigsten Behördendienstleistungen über die Grenzen hinweg bereits online verfügbar – auch wenn es noch Verbesserungspotenzial gibt. Deutschland liegt bei diesen Dienstleistungen in punkto Verfügbarkeit und Nutzerfreundlichkeit deutlich über dem europäischen Schnitt (92 zu 55 Prozent bzw. 95 zu 58 Prozent).

Führende Rolle

„Gerade bei einer Exportnation wie Deutschland verwundert es nicht, dass sie bei den grenzüberschreitenden eGovernment-Services für Unternehmen eine führende Rolle einnimmt“, sagt Marc Reinhardt. „eGovernment-Dienstleistungen für Unternehmen bieten aufgrund ihrer hohen Transaktionsvolumina große wirtschaftliche Potenziale – für die Unternehmen wie für die Verwaltung. Auch die nationalen Online-Angebote für Unternehmen sollten daher ein zentraler Fokus jeder E-Government Strategie sein.“

In der Bürgerbefragung wurden 19 ausgewählte eGovernment-Services unter anderem auf die Aspekte Nutzung, Erwartungshaltung und Zufriedenheit hin untersucht. Aus der Studie geht hervor, dass jeder zweite Europäer (46 Prozent) bereits eGovernment-Dienstleistungen nutzt. 70 Prozent der Befragten würden das Angebot wieder in Anspruch nehmen. In Deutschland hat rund ein Drittel (34 Prozent) aller Bürger schon Erfahrungen mit den Online-Angeboten gemacht.

Einkommenssteuererklärung zeigt eGov-Potenzial

Die Online-Abgabe der Einkommenssteuererklärung ist das beliebteste Angebot. 73 Prozent der Befragten gaben an, diesen Service zukünftig nutzen zu wollen. Online-Angebote rund um Umzug/ Adressänderung und Immatrikulation/ Ausbildungsförderung zählen gleichfalls zu den am meisten genutzten Dienstleistungen.

Darüber hinaus hat der Benchmark festgestellt, dass das Thema E-Transparenz europaweit stärker entwickelt werden muss. Angebote, welche die Leistungserbringung der Öffentlichen Verwaltung messen und diese Ergebnisse veröffentlichen, oder Angebote zur Teilhabe am politischen Prozess sind stärker zu entwickeln.

Wettbewerbsfähigkeit sichern

„In einer sich rasch ändernden Welt muss die Wettbewerbsfähigkeit gesichert bleiben – um Arbeitsplätze zu garantieren, das Geld der Steuerzahler effizienter einzusetzen, eine nachhaltige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und um die Energieressourcen besser zu nutzen. Informations- und Kommunikationstechnologie macht dies möglich. Sie kann Produktivität, Effizienz und Effektivität steigern und ist Grundlage für die notwendigen Innovationen und Anwendungen”, so Neelie Kroes, EU-Kommissarin für die Digitale Agenda.

Die vollständige Studie steht als PDF zum Download bereit unter: http://www.capgemini.com/egov-benchmark ❐

E-PLUS GRUPPE

Wirtschaftskraft für starke Kommunen

Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

Wirtschaftsminister Zeil zur Hochgeschwindigkeits-Breitbandförderung:

Bereits über 100 Gemeinden auf Kurs

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil freut sich über den aktuellen Stand der von der Bayerischen Staatsregierung gestarteten Hochgeschwindigkeits-Breitbandförderung: „Nach dem Inkrafttreten der Förderrichtlinie Ende 2012 und dem Start des Bayerischen Breitbandzentrums ist die großflächige Umsetzung unseres neuen Programms auf breiter Front angelaufen. Wir haben bereits über 100 Gemeinden im Förderprozess, die nun die von der EU-Kommission vorgeschriebenen Schritte durchlaufen.“ Zwei der über 100 Gemeinden befänden sich bereits im Auswahlverfahren für einen Netzbetreiber und damit in einer weit fortgeschrittenen Phase des Umsetzungsprozesses.

Zeil erläutert, dass das Bayerische Breitbandzentrum bisher bei rund 500 lokalen Terminen die Verantwortlichen vor Ort zum Breitbandausbau und zu den nötigen Verfahrensschritten beraten habe. Das Interesse der Kommunen sei weiterhin hoch. „Der Terminkalender unseres Breitbandzentrums ist prall gefüllt. Das zeigt, dass Bayerns Kommunen die von der Staatsregierung angebotenen Chancen beherzt aufgreifen. Unser Projekt für superschnelles Internet im ganzen Freistaat liegt voll im Plan“, so Zeil.

Informationsoffensive nach Plan

Dem Minister zufolge ist auch die Informationsoffensive zum neuen Förderprogramm bereits plangemäß umgesetzt. Zeil: „Auf unserem neuen Internetportal sind zahlreiche Musterunterlagen verfügbar, die den Gemeinden bei der Umsetzung der von der EU-Kommission vorgegebenen Förderschritte helfen. Das Portal informiert auch über unser neues Darlehensprogramm ‚Infrakredit Breitband‘, mit dem wir Kommunen zusätzlich zum staatlichen Zuschuss finanziell unter die Arme greifen.“ Zudem seien bei acht Großveranstaltungen im ersten Quartal dieses Jahres 1300 Bürgermeister, Landräte, Wirtschaftsförderer und Breitbandpaten über das neue Programm informiert worden.

Rückschritt

Zur aktuellen Diskussion um Volumenbegrenzungen und Bandbreitendrosselungen erklärt der Wirtschaftsminister: „Ich halte solch einen defensiven Ansatz für einen Rückschritt – gerade bei einem Thema, bei dem wir dringend Fortschritte brauchen. Mangelwirtschaft ist hier der völlig falsche Ansatz. Notwendig sind vielmehr leistungsfähige Hochgeschwindigkeitsnetze, die den Ansprüchen der kommenden Gigabitgesellschaft auch wirklich gerecht werden.“

Steigende Datenverkehre

Zeil zufolge zeige die Debatte einmal mehr, wie wichtig es sei, beim Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen schnell voranzukommen. „Vor dem Hintergrund steigender Datenverkehre werden wir künftig umso mehr über Datenvolumen und Bandbreitendrosselungen diskutieren müssen, je schlechter die Breitbandinfrastruktur ist. Wir werden in diesem Zusammenhang auch sehr genau darauf achten, dass die Prinzipen der Netzneutralität nicht verletzt werden“, so der Minister.

Info: www.schnelles-internet.bayern.de ❐

Ärger mit Handy, Internet oder Telefon

Neuer Ratgeber zeigt, wie man Kostenfallen vermeidet und seine Rechte durchsetzt

Im Dschungel der Produkte und Tarife auf dem Telefon- und Internetmarkt ist es schwer, den Überblick zu behalten. Wie lassen sich Fallstricke erkennen? Welche Kriterien sollten bei der Entscheidung für einen zuverlässigen Telefonanbieter oder lukrativen Tarif eine Rolle spielen? Der neue Ratgeber der Verbraucherzentralen „Ärger mit Handy, Internet oder Telefon“ hilft, Fehlgriffe bei Kauf und Vertragsabschluss zu verhindern.

Musterbriefe

Kommt es dennoch zum Ärger etwa wegen falscher Telefonrechnungen, defekter Geräte oder verspäteter Freischaltungen, zeigt der Ratgeber, auf welche Rechte Nutzer pochen können. Musterbriefe helfen, passende Schreiben zu formulieren sowie sogenannte Drittanbietersperren einrichten zu lassen.

Der Ratgeber „Ärger mit Handy, Internet oder Telefon“ kostet 8,90 Euro und ist in allen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Bayern erhältlich. Zu bestellen ist er zuzüglich 2,50 Euro für Porto und Versand unter Tel. (0211) 3809-555 oder im Internet unter www.vz-ratgeber.de ❐

Internationaler Führerschein:

Neuer Service des Landratsamtes München

Die Führerscheinstelle des Landkreises München bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, den Internationalen Führerschein online zu beantragen und sich nach Hause schicken zu lassen.

Die Kosten hierfür liegen bei 15 Euro und sind damit genauso hoch wie bei einer persönlichen Vorsprache vor Ort. Voraussetzung ist neben einem Hauptwohnsitz im Landkreis München auch der Besitz eines Führerscheins im Scheckkartenformat.

Darüber hinaus sollte noch ein zeitlicher Vorlauf von etwa zwei Wochen bis zur anstehenden Auslandsreise vorhanden sein. Internationale Führerscheine werden grundsätzlich für Reisen außerhalb der Europäischen Union empfohlen und sind drei Jahre gültig.

Weitere Informationen und die Onlinebeantragung können über die Internetseite des Landkreises München unter www.landkreis-muenchen.de abgerufen werden. Für offene Fragen stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Führerscheinstelle unter Leitung von Patrick Mack telefonisch (089 / 6221-3000) gern zur Verfügung. ❐

Wasser verbindet

Internationales Netzwerk Living Lakes feiert sein 15-jähriges Bestehen

Vor genau 15 Jahren wurde das einzigartige Netzwerk Living Lakes vom Bodensee ausgehend ins Leben gerufen. Neben dem Global Nature Fund (GNF) und der Bodensee-Stiftung waren Umwelt- und Naturschutzorganisationen (NGOs) von drei weiteren Gründungsseen, dem Biwasee in Japan, dem St. Lucia-See in Südafrika und dem Mono Lake in den USA am Start des weltweiten Netzwerks beteiligt.

Die Gründungsorganisationen verfolgten das gemeinsame Ziel, Seen und Feuchtgebiete als wichtige Lebensräume zu schützen. In den vergangenen 15 Jahren schlossen sich weitere 98 Partner dem globalen Netzwerk an, um einen Beitrag zum Erhalt unserer Wasser- und Trinkwasserressourcen zu leisten. Mehr als 120 NGOs vor Ort engagieren sich heute weltweit mit über 1.000 Mitarbeitern für den Schutz von Seen, ihrer Wassereinzugsgebiete und der einheimischen Artenvielfalt.

Umsetzung erfolgreicher Projekte

Seit dem Bestehen des Netzwerks konnten über 50 Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Die vielfältigen, inzwischen abgeschlossenen Maßnahmen stammen aus den Bereichen Naturschutz und Biodiversität, Nachhaltige Entwicklung, Energie und Klima sowie Umweltbildung. Insgesamt wurden ungefähr 7 Millionen Euro für den Schutz von Seen und Feuchtgebieten eingesetzt. Derzeit werden von der internationalen Umweltstiftung GNF mit Sitz am Bodensee 36 Projekte zusammen mit Partnerorganisationen in ebenso vielen Ländern unter Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung umgesetzt.

Konkrete Ergebnisse

Gerade im internationalen UN-Jahr der Wasserkooperationen wird deutlich, dass gemeinsame Vorhaben vor allem dann erfolgreich sind, wenn ihre Umsetzung durch viele Beteiligte erfolgt. Die konkreten Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit sowie die Ziele für die kommenden Jahre wurden in der Broschüre „Living Lakes Goals 2012 – 2017“ zusammengefasst: www.globalnature.org/Publikationen

Unter den Mitgliedern des Netzwerkes befinden sich zahlreiche als RAMSAR-Schutzgebiete ausgewiesene Gewässer, wie zum Beispiel die Columbia River Wetlands in Kanada und der Chapala See in Mexiko. Einige Gewässer stehen unter dem Status des UNESCO-Weltnaturerbe wie der Tengis See in Kasachstan oder der Baikalsee in Burjatien. Aber auch weniger bekannte Gewässer gehören zum Netzwerk, wie z. B. der Bolgoda See sowie die Feuchtgebiete Madampe und Maduganga in Sri Lanka, deren beeindruckende Biodiversität durch den Tsunami stark beeinträchtigt wurde.

Mangroven gegen Tsunami-Wellen

Um die Folgen und Schäden der Tsunami-Katastrophe vom Dezember 2004 zu beheben und die Regionen in Asien vor den dramatischen Auswirkungen weiterer Flutwellen zu schützen, wurde mit drei Partnerorganisationen in Sri Lanka und in Indien ein mehrjähriges Projekt umgesetzt. Hierbei lagen die Schwerpunkte bei der Renaturierung zerstörter Mangrovenwälder und der Fortbildung einheimischer Familien. Dem im Jahr 2008 abgeschlossenen, EU-geförderten, Projekt folgten drei weitere Projekte, die die Erfahrungen aus Indien und Sri Lanka nutzten und auf Kambodscha und Thailand ausweiteten.

Ein Menschenrecht, aber keine Selbstverständlichkeit

Gerade in Afrika werden viele Oberflächengewässer häufig als Trinkwasserquellen genutzt, da eine öffentliche Wasserversorgung oftmals fehlt. Deshalb ist der Schutz von Trinkwasser umso bedeutender für alle Anwohner. Im Jahr 2004 startete der GNF erste Projektmaßnahmen am Viktoriasee mit der Einführung von Solarlampen für den nächtlichen Fischfang. Seit 2009 erweiterte der GNF sein Engagement und installierte zusammen mit afrikanischen Partnern mehrere Wasserfiltersysteme, um die Trinkwasserversorgung in Schulen, Waisenhäusern und Gesundheitszentren zu gewährleisten. Auch in der Elfenbeinküste werden zahlreiche Dorfbewohner durch über zwanzig, inzwischen wieder Instand gesetzte Brunnenanlagen mit sauberem Grundwasser versorgt. Und auch in Burundi werden im Moment neue Brunnen gebohrt, um die örtliche Wasserversorgung sicherzustellen.

Internationale Wertschätzung

Hinter den Partnerorganisationen des Netzwerkes Living Lakes stehen viele Menschen, deren Engagement und unermüdlicher Einsatz zum gemeinsamen Erfolg und Gelingen beitragen und die in den 15 Jahren zu einer weltumspannenden „Living Lakes-Familie“ zusammen gewachsen sind.

Zahlreiche Mitarbeiter und Ehrenamtliche wurden für ihren Einsatz für Natur und Umwelt mit bedeutenden Preisen und Auszeichnungen bedacht. Auch das Netzwerk selbst und die Projekte erhalten viel Anerkennung. Den Status als „Offizielles Projekt der Dekade der Vereinten Nationen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hat das Netzwerk bereits seit mehreren Jahren inne. Im April 2013 wurde das Netzwerk einer der drei Finalisten der Kategorie I „Best Water Management Practices“ im Rahmen der UN-Wasserdekade „Water for Life“ Best Practice Programme.

Ausblick

Leider gehören Seen und Feuchtgebiete nach wie vor zu den am stärksten bedrohten Ökosystemen auf unserem Planeten. Die Living Lakes-Partner werden in den kommenden Jahren insbesondere in den Bereichen der Renaturierung von Seen und ihrer Zuflüsse (z.B. Restaurierung des Jordan), Artenschutz (z.B. Besenderung von Nashörnern), Verbesserung der Wasserqualität (z.B. durch kostengünstige Filtersysteme, sogenannte Green Filter) und der Förderung umwelt- und sozialverträglicher Einkommensmöglichkeiten aktiv sein.

Weitere Informationen zu allen Gewässern, die dem Netzwerk angehören, unter: www.globalnature.org/LebendigeSeen

Zwischen Autarkie und EU-Diktat

Trinkwasser: Unterfrankens größter Versorger ist auf dem Weg zur Selbstversorgung

Würzburg. Es ist kostbar und schützenswert, das rare Gut Trinkwasser. Um es nicht zu gefährden, entschieden sich die Würzburger Stadtwerke im Mai vor 15 Jahren, eine eigene Gesellschaft zu gründen - die Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV). Der Hintergrund: „1998 beteiligten sich die Überlandwerke Unterfranken an den Stadtwerken“, so TWV-Chef Armin Lewetz, Die Trinkwasserversorgung sollte jedoch hundertprozentig kommunal bleiben. Darum die Gründung einer eigenen Gesellschaft.

Voraussetzung für ein naturnahes Trinkwasser sind saubere Gewässer. Diesbezüglich hat sich in den vergangenen 15 Jahren einiges geändert. So sank die Nitratbelastung. Sie liegt im Durchschnitt derzeit bei 35 Milligramm pro Liter – und damit unter dem Grenzwert. Eine neue Problematik tat sich mit der Mikroverunreinigung auf. „Darum hatte man sich vor 15 Jahren noch keine Gedanken gemacht“, so Lewetz. Durch immer genauere Messtechniken sei es heute möglich, Stoffe im Trinkwasser festzustellen, die darin nichts zu suchen haben. Wie gut die Trinkwasserqualität ist, das wird bei der TWV regelmäßig im eigenen Labor analysiert: „Wir bearbeiten 5.000 Proben im Jahr.“

Mehr Schutzgebiete

Stark ausgeweitet haben sich die Schutzgebiete der Gesellschaft. 90 Millionen Quadratmeter umfassen sie derzeit. Das mit 43 Millionen Quadratmeter größte Wasserschutzgebiet befindet sich in Zellingen. Geplant ist, es auf 77 Millionen Quadratmeter nahezu zu verdoppeln. Das wasserrechtliche Verfahren dazu läuft schon seit vielen Jahren.

Die zweitgrößte Schutzzone ist die rund um die Winterhäuser Quelle. Daneben befinden sich Schutzgebiete am Hauptbahnhof, in der Mergentheimer Straße, in Versbach und Estenfeld. Etwas Besonderes ist das 70 Hektar große, inzwischen mit mehreren Preisen prämierte „Ökologische Wasserschutzgebiet Zell“, das einen Schatz an Wildkräutern, Blumen und seltenen Vogelarten birgt.

Dass immer mehr Wasser gespart wird, beschert den Versorgern nicht selten Verluste. „Wir befinden uns im Spagat zwischen Ökonomie und Ökologie“, sagt Lewetz. Aus ökologischen Gründen sei es erfreulich, dass die TWV-Kunden ihren Wasserverbrauch seit 1998 von zwölf auf heute knapp zehn Millionen Kubikmeter senkten. Gleichzeitig reduzierte dies die Einnahmen. Die wiederum sind nötig, um eine komplexe Infrastruktur sowie hohe Qualitätssicherung aufrecht zu erhalten. Zur Vermeidung von Verlusten plant die TWV, sich künftig autark aus eigenen Quellen zu versorgen: „Derzeit beziehen wir noch eine Million Kubikmeter Wasser vom Zweckverband Fernwasser Mittelmain.“

Hohe Investitionen

Die TWV will auch künftig genug Geld für vorbeugenden Boden- und Gewässerschutz haben. Nur so kann möglichst naturnahes Trinkwasser gewonnen werden. Aus diesem Grund wird derzeit der stark begradigte Gespringsbach im Wasserschutzgebiet Zellingen renaturiert. 130.000 Euro pro Jahr investiert die TWV in die Beratung der im Wasserschutzgebiet tätigen Landwirte sowie in den finanziellen Ausgleich für eine grundwasserschonende Bewirtschaftung. Über 150 Landwirte kooperieren per Vertrag mit der Stadtwerkstochter. Sie düngen zum Bei-spiel grundwasserfreundlich, bauen Zwischenfrüchte an und verzichten auf Pestizide.

Gefahrenpotenzial

Große Gefahren birgt nach Ansicht von Armin Lewetz die Forderung nach einer künftig europaweiten Ausschreibung von Wasserkonzessionen. Bekämen dann die billigsten Anbieter den Versorgungsauftrag, würde vieles, was die TWV und andere kommunale Wasserversorger heute tun, auf der Strecke bleiben.

Paradoxie

So ist etwa die Beratung der Landwirte eine rein freiwillige Sache. Paradox ist für die TWV, dass man vor 15 Jahren durch die Gründung der Tochtergesellschaft der Stadtwerke eben vermeiden wollte, dass Dritte sich einmischen, wenn es um das lebenswichtige Elixier Wasser geht. Über die EU könnten diese Bemühungen nun konterkariert werden. **Pat Christ**

Trinkwasser für Würzburg

1733 verkündete Fürstbischof Friedrich Carl von Schönborn, dass seine Residenzstadt eine Quellwasserleitung bekommen sollte. Erbaut wurde diese von Balthasar Neumann. Von einem Wasserturm nahe dem Bahnhofsplatz wurden die Residenz und 17 öffentliche Brunnen versorgt. Erst über hundert Jahre später, 1856, erhielt die Stadt eine zentrale Wasserversorgung. 1892 wurde eine Wassergewinnungsanlage an der Mergentheimer Straße eröffnet, 1898 kaufte die Stadt die Zeller Quellen. Der Bombenangriff am 16. März beschädigte die Wasserversorgungsanlagen schwer. Es dauerte bis 1947, um das alte Wasserleitungsnetz wieder aufzubauen. **pat**

WASSER BERLIN INTERNATIONAL 2013:

Globaler Marktplatz der Wasserwirtschaft

WASSER BERLIN INTERNATIONAL, eine der internationalen Leitmessen der Wasserwirtschaft, öffnete vier Tage lang ihre Tore in der deutschen Hauptstadt. In diesem Jahr nahmen 31.000 Teilnehmer (+10 Prozent) aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft an der Veranstaltung teil. Sie konnten sich in sechs Messehallen von der hohen Kompetenz der Messe mit ihrem Fokus auf die Wasserwirtschaft überzeugen. Insgesamt zeigten 651 Aussteller, darunter 194 Aussteller aus 35 Ländern ihre neuesten Technologien, Produkte und Dienstleistungen rund um die Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Der Kongress WASSER BERLIN INTERNATIONAL 2013 war so international wie nie und stand zwei Tage lang unter dem Motto „Innovative Konzepte, Maßnahmen und Technologien einer zukunftsweisenden Wasserwirtschaft“. Dabei drehte sich in vier Foren alles um den Kreislauf des Wassers - vom flächendeckenden Gewässerschutz bis hin zur Behandlung des Abwassers.

Weitere Höhepunkte waren das 8. Internationale Leitungsbausymposium und die Schaustelle WASSER BERLIN INTERNATIONAL. Hier erlebten die Teilnehmer vor Ort, wie moderne und innovative Verfahren und Bauvorhaben in der Praxis umgesetzt werden. Dazu zählten beispielsweise die grabenlose Erneuerung und die Neuverlegung von Wasser-, Abwasser-, Fernheiz- und Gasleitungen sowie Verfahren für die weitergehende Abwasserreinigung und sichere Trinkwasserversorgung.

Mit innovativen Bauverfahren befasste sich auch die erste NO DIG BERLIN. Aussteller informierten über die Anwendung grabenloser Technologien. Außerdem führten der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) und die Bundesvereinigung der Firmen im Gas und Wasserfach e.V. (figawa) das Brunnenbausymposium durch - der Treffpunkt, um neueste Entwicklungen wie Anwendungen in der Geothermie oder Bohrungen mithilfe von Fracking zu diskutieren.

Facettenreiche Publikumsschau

Die Publikumsschau „WASsERLEBEN“ zeigte alle Facetten rund um das Thema Wasser - von Kopf bis Fuß, vom Himmel bis zur Erde, von der Antike bis zur Neuzeit. WASsERLEBEN richtete sich an alle, die sich auf spannende und abwechslungsreiche Art und Weise über den nachhaltigen Umgang mit Wasser informieren möchten und Anregungen zum Nachdenken oder Inspiration für neue Projekte und Innovationen suchen. Besonderen Wert wurde auf den Erlebnischarakter von WASsERLEBEN gelegt.

35 Unternehmen, darunter die Berliner Wasserbetriebe, WWF Deutschland und der Deutsche Wetterdienst boten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen interaktive Angebote, die zum Mitmachen, Informieren und Engagieren einluden. Zahlreiche weitere Veranstaltungen zu ausgesuchten Fachthemen rundeten das Informationsangebot ab. **DK**

Messebeteiligung der Güteschutz Kanalbau e.V.:

Neutrale Bewertung der fachtechnischen Eignung

Abwasserleitungen und -kanäle werden in Deutschland in erster Linie im Auftrag von Kommunen verlegt. Diese kommen ihrer besonderen Verantwortung für die einwandfreie Herstellung dieser Bauwerke nach, indem sie auf die Qualität der Bauausführung und die Einhaltung der in den Regelwerken verankerten Mindestanforderungen achten. Sie finden sich für diesen Bereich in der Gütesicherung Kanalbau (RAL-GZ 961).

Diese ist ein von Auftraggebern und Auftragnehmern gemeinsam geschaffenes Instrument zur Beurteilung der Bietereignung und damit zur Sicherung der Qualität entsprechender Arbeiten. Dazu wird die fachtechnische Eignung in Bezug auf konkrete Bauverfahren beurteilt, so der ausstellende RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau. Ausführende Unternehmen können ihre Qualifikation mit einem Gütezeichen zu einer oder mehreren Beurteilungsgruppen belegen. Ein seit rund einem Vierteljahrhundert bewährtes Verfahren, das stetig weiterentwickelt wird. **DK**

Wasserversorgung:

Wie steht es um die Problematik weltweit?

Wasser bedeckt 71 % der Erdoberfläche - der Anteil von Süsswasser beträgt jedoch nur 2,8 % - und ist eine für jedermann wichtige Lebensquelle. Trotz dieser Offenkundigkeit ist die Trinkwasserversorgung für mehrere Milliarden Menschen keine Selbstverständlichkeit. Wasser ist ein Gut, das weltweit für Konflikte sorgte und weiterhin sorgt, das viele Menschen entbehren, obwohl kein Tag vergeht, an dem es nicht verschmutzt oder verschwendet wird. Um gegen diese alarmierende Situation anzugehen, bedarf es beständiger Anstrengungen. Am 28. Juli 2010 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution, die das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser zu einem «Menschenrecht» erklärt, „das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte ist“.

Terre des hommes teilt diese Vision und führt seit 2000 Projekte zur Sicherstellung des Zugangs zu Wasser und Siedlungshygiene durch, in der Überzeugung, dass mit der Wasseraufbereitung, der Bereitstellung von einfachen sanitären Anlagen und geeigneten Verhaltensänderungen Leben gerettet werden können.

Trinkwasser und Hygiene

Bei der Problematik der Wasserversorgung gilt es einerseits den Zugang zu einer sicheren Wasserquelle, andererseits die Siedlungshygiene zu unterscheiden. Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) ermöglichten von 1990 bis 2010 zusätzlichen zwei Milliarden Menschen den Zugang zu sicheren Wasserquellen. Heute ist dies für mehr als sechs Milliarden gewährleistet, was fast 90 % der Weltbevölkerung entspricht. Es braucht aber noch große Anstrengungen, um die Bedürfnisse von 783 Millionen Menschen sicherzustellen, das heisst ebenso vielen wie die Bevölkerungen der Vereinigten Staaten und aller Länder der Europäischen Union zusammengenommen.

Alarmierende Zahlen

Während mit Hilfe der MDG der Zugang der Weltbevölkerung zu sicheren Wasserquellen beträchtlich verbessert wurde, leben immer noch 2,5 Milliarden Menschen ohne geeignete sanitäre Einrichtungen. Obwohl bei der Siedlungshygiene die weltweite Abdeckung von 49 % im Jahr 1990 auf 63 % im Jahr 2010 gestiegen ist, genügt eine Zahl, um sich das Ausmaß der noch zu leistenden Arbeit vor Augen zu führen: 2013 sind 15 % der Weltbevölkerung, das heisst 1,1 Milliarden Menschen, gezwungen, ihre Notdurft im Freien zu verrichten.

Mangel an Qualität

Der Mangel an qualitätvollen sanitären Anlagen hat auch schwerwiegende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit. Jedes Jahr sterben 1,8 Millionen Menschen an einem einfachen Durchfall, 1,3 Millionen an den Folgen von Malaria.

Unterschiede abbauen

Abgesehen von den Zahlen müssen weltweite Unterschiede abgebaut werden. Während mehr als sechs Milliarden Menschen Zugang zu einer sicheren Wasserquelle (nicht unbedingt Trinkwasser) haben, trifft dies in „weniger entwickelten“ Ländern auf nur 63 % der Bevölkerung zu. Trotz beträchtlicher Anstrengungen weist das subsaharische Afrika einen bedeutenden Rückstand auf und besitzt die niedrigste Versorgungsrate mit sicheren Wasserquellen der Welt.

Ungleichgewicht verringern

Generell müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Ungleichheiten zwischen Reich und Arm, zwischen ländlichen und städtischen Gebieten drastisch zu verringern. Laut den jüngsten Studien der Vereinten Nationen, die in den 59 am wenigsten entwickelten Ländern durchgeführt wurden, ist in diesen Ländern der Zugang zu Wasser und Siedlungshygiene nur für die Hälfte der Bevölkerung gewährleistet, während 16 % weder Zugang zu sicheren Wasserquellen noch zu einfachen sanitären Einrichtungen haben.

Tdh springt ins Wasser

Seit 2000 hat Terre des hommes in 16 Einsatzländern bereits 73 Projekte mit WASH-Komponenten (Water, Sanitation and Hygiene/Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene) entwickelt. Die Stiftung setzt sich täglich für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) ein, um die Kindersterblichkeit zu reduzieren. Denn Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen sind für die gute Entwicklung von Säuglingen unabkömmlich. Die verwirklichten Projekte sind bereits mehr als 2,2 Millionen Menschen zugutegekommen. Sie reichen von der Trinkwasserversorgung, der Verbesserung der Siedlungshygiene durch Abwasser- und Kehrichtentsorgung, der Nutzung von Regenwasser, der Hygieneerziehung bis zu Know-how-Transfer, Risikomanagement und Prävention.

Grundrecht des Menschen

Die Aktion von Tdh im Bereich Wasser und Siedlungshygiene wird von einer ganz einfachen Idee geleitet: Der Zugang zu Wasser ist ein Grundrecht des Menschen und darf keinem kommerziellen Ansatz folgen. Ausserdem hat in so unterschiedlichen Ländern wie Senegal, Peru oder Afghanistan die Beteiligung der Bevölkerung während des gesamten Projektzyklus Priorität. Die Projekte müssen zudem der Kultur angepasst sein und mit erschwinglichen, nachhaltigen und umweltfreundlichen Technologien durchgeführt werden.

Quelle: europaticker

Ökonomen würden von einer Win-Win-Situation sprechen:

Algen sollen Kläranlagen effektiver machen

Algen könnten künftig verunreinigtes Wasser klären und gleichzeitig zur Energiegewinnung eingesetzt werden. Noch ist das Zukunftsmusik. Eine Pilotstudie von Forschern der Leuphana Universität Lüneburg und der Ostfalia Hochschule in Suderburg zeigt aber, dass es dabei nicht bleiben muss. Algen können nämlich relativ problemlos Phosphat aus dem Wasser entfernen. Unter Biotechnologen gelten sie daher schon seit langem als Hoffnungsträger für eine schonendere Wasser-Aufbereitung.

Im Sommer 2010 sorgten Bilder aus der Erdumlaufbahn für Horror-Meldungen in den Medien: Auf den Satellitenfotos der Ostsee war ein riesiger Algenteppich zu sehen, flächenmäßig so groß wie ganz Deutschland. Umweltschützer befürchteten Schlimmes für die empfindlichen Ökosysteme: Die Algenblüte könne im Meerwasser zu einem massiven Sauerstoffmangel führen und dadurch viele Pflanzen und Tiere gefährden.

Explosionsartige Vermehrung

Es waren vor allem zwei Gründe, die zu der explosionsartigen Vermehrung der Algen führten: Zum einen der warme Sommer und zum anderen die Belastung der Ostsee mit Nährstoffen wie Phosphat und Nitrat. Die sind unter anderem Bestandteile des in der Landwirtschaft eingesetzten Düngers und gelangen über die Flüsse ins Meer. Diese Überdüngung bietet Algen hervorragende Lebensbedingungen.

Pflanzen binden Nitrat und Phosphat

Und genau das ist auch der Grund, warum Forscher Algen zur Abwasser-Reinigung einsetzen möchten: Die Pflanzen binden beim Wachstum Nitrat und Phosphat. Gerade letzteres ist ansonsten nur schwer aus dem Wasser zu entfernen. „In großen Klärwerken macht man das heute chemisch und das Phosphat landet dann im Klärschlamm“, erklärt Professor Dr. Artur Mennerich von der Ostfalia Hochschule in Suderburg. Für kleine Kläranlagen ist das jedoch zu aufwändig – sie lassen das Phosphat einfach drin.

Kontrollierte Algenblüte im Klärbecken

Dabei könnten Algen es relativ problemlos aus dem Wasser entfernen. Unter Biotechnologen gelten sie daher schon seit langem als Hoffnungsträger für eine schonendere Wasser-Aufbereitung. Die Idee: Durch eine kontrollierte Algenblüte im Klärbecken könnte der unerwünschte Nährstoff gebunden werden. Charmanterweise würden die einzelligen Wasserbewohner dabei gleichzeitig noch jede Menge Kohlendioxid binden und so helfen, den Treibhauseffekt zu reduzieren. „Außerdem könnte man die Algen kontinuierlich ernten und sie zur Energiegewinnung einsetzen, beispielsweise in Biogasanlagen“, sagt Mennerich.

Hauptproblem

Doch ganz so einfach scheint das leider nicht zu funktionieren. Ein Hauptproblem: Die zur Reinigung verwendeten Algen dürfen nicht (oder zumindest nicht in großem Maßstab) aus der Kläranlage in die Flüsse gelangen. Sonst würden sie – ähnlich wie in der Ostsee - dort ihrerseits die Ökosysteme schädigen. Die mikroskopisch kleinen Einzeller schweben aber normalerweise fein verteilt im Wasser und ließen sich nur mit großem Aufwand herausfiltern.

Erfolgversprechendes Prinzip

Den Forschern ist es nun jedoch gelungen, ihren Helfern deutlich mehr Sesshaftigkeit beizubringen. „Dazu haben wir sie mit Belebtschlamm aus dem Klärwerk vermischt“, erklärt Professor Dr. Brigitte Urban von der Leuphana Universität das Prinzip. „Dieser Schlamm besteht hauptsächlich aus Bakterien, die organisches Material aus dem Wasser entfernen.“ Diese Bakterien bilden große Klumpen; sie sinken daher von selbst zu Boden und ziehen die Algen mit.

Bessere Reinigungseffekte

„In unseren Laborexperimenten setzten sich die Algen wesentlich schneller ab, wenn wir sie zuvor mit Belebtschlamm versetzt hatten“, resümiert Urbans Doktorandin Yanyan Su. Ein weiterer Vorteil: Algen und Bakterien erzielen im passenden Mischungsverhältnis erheblich bessere Reinigungseffekte, als wenn man sie unabhängig voneinander einsetzen würde.

Ein Haken bleibt jedoch: In unseren Breiten ist es für Algen normalerweise zu kalt und zu dunkel. Zumindest im Winter sei daher an einen Einsatz in Kläranlagen nicht zu denken, bedauert Mennerich. „Doch für Länder, die vom Klima begünstigter sind als wir, könnten sie ein viel versprechender und vor allem kostengünstiger Weg sein, die Gewässerverschmutzung in den Griff zu bekommen“, hofft er.

Quelle: europaticker

Konzessionsrichtlinie:

Kommunen entscheiden selbst über Wasserversorgung!

Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Mitgliedsstaaten und Kommission auf der Zielgeraden

Die neuesten Entwicklungen bei den Verhandlungen zur Konzessionsvergaberichtlinie laufen nach Meinung des Vorsitzenden der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, in die richtige Richtung. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass unsere bewährte kleinteilige Struktur der bayerischen Wasserversorgung auch in Zukunft erhalten bleiben wird.“

Ferber zeigte sich erleichtert und betonte, dass der unermüdliche Einsatz der CSU-Europagruppe jetzt Früchte trägt. „Durch viele persönliche Gespräche mit dem EU-Binnenmarktkommissar konnte dieses Ergebnis letztlich doch erwirkt werden. Der Kommissar musste einsehen, dass die Situation der deutschen und bayerischen Stadtwerke nicht vergleichbar ist mit französischen Versorgern und er seinen Gesetzgebungsvorschlag nachbessern musste.“

Neuester Erfolg

Den Bedenken der CSU-Europaabgeordneten ist der Kommissar zwischenzeitlich entgegengekommen, so dass die große Mehrheit der Kommunen auch in Zukunft ausschreibungsfrei die Wasserversorgung leisten können wird. „Der neueste Erfolg betrifft Stadtwerke, die nicht nur ihre eigene Kommune versorgen, aber mehr als 20 % des Umsatzes der Wassersparte im direkten Umland erbringen. Für diese Fälle kann ich Entwarnung geben. Diese Kommunen werden auch künftig nicht europaweit ausschreiben müssen.“ Ferber betonte, dass dieser Kompromiss so gut wie alle Probleme löst.

Zudem wurde in der Verhandlungsrunde verabredet, dass in Artikel 1 nochmals ausdrücklich wiederholt werden soll, dass eine Privatisierung der Wasserversorgung nicht das Ziel der Richtlinie ist. „Damit steht schwarz auf weiß in der Richtlinie, dass die Selbstverwaltung der Kommunen gewahrt bleibt“, betonte der schwäbische Europaabgeordnete.

Hintergrund

Kernidee der Richtlinie ist es, dass Leistungen, die Kommunen von externen Anbietern erbringen lassen möchten, künftig grundsätzlich ausgeschrieben werden müssen. Grundsätzlich sind bestehende Verträge von der Konzessionsrichtlinie nicht betroffen. Kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände sind vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen.

In Bayern ist die kleinteiligste Struktur der Wasserversorgung in ganz Deutschland vorzufinden: Die große Mehrheit der Wasserversorger sind kleine Gemeindewerke, von denen die meisten als Eigenbetriebe oder als Zweckverband ausschließlich im Wasserbereich tätig sind. ❒

Hochwasserschutz im Ostallgäu:

20 Millionen Euro für gemeindeübergreifendes Konzept

Bereits fünftes Hochwasserrückhaltebecken in Betrieb genommen

Der Hochwasserschutz an Hühnerbach und Gennach (Landkreis Ostallgäu) wird Zug um Zug weiter ausgebaut und verbessert. Dies betonte die bayerische Umweltstaatssekretärin Melanie Huml bei der Inbetriebnahme des Hochwasserrückhaltebeckens „Indianer“ in Ob, Gemeinde Bidingen.

„Die aktuelle Wetterlage zeigt: Hochwasser kann unvermittelt zur drohenden Gefahr werden. Ein umfassender Hochwasserschutz ist deshalb unerlässlich für die Menschen. Heute bringen wir im Landkreis Ostallgäu einen weiteren Baustein auf den Weg“, so Huml. Bayern fördert das Rückhaltebecken „Indianer“ mit 900.000 Euro, die EU trägt eine Million Euro und Hochwasserzweckverband Gennach-Hühnerbach rund 700.000 Euro.

Teil der Daseinsvorsorge

„Starkregen lässt vor allem im Voralpenland selbst kleine Bäche schnell zu reißenden Strömen werden. Der Hochwasserschutz ist deshalb wichtige Zukunftsaufgabe, Schadensprävention und Teil der Daseinsvorsorge. Auch die Menschen im Ostallgäu haben bereits erleben müssen, wie schnell Hühnerbach und Gennach mit verheerenden Folgen über die Ufer treten.“

Dreifache Unterstützung

Die elf Kommunen des Hochwasserzweckverbandes Gennach-Hühnerbach werden laut Huml finanziell, planerisch und personell unterstützt: In enger fachlicher Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt Kempten ist bis 2014/2015 neben Gewässerausbau- und Renaturierungsmaßnahmen insbesondere der Bau von zehn Hochwasserrückhaltebecken für Gesamtkosten von rund 20 Millionen Euro vorgesehen. Damit können rund 1,7 Millionen Kubikmeter Wasser von den Gemeinden abgehalten werden.

Becken „Indianer“

Das größte Rückhaltebecken ist das Becken „Indianer“. Vier Rückhaltebecken sind bereits in Betrieb und drei weitere stehen kurz vor der Fertigstellung. Allein das Becken „Indianer“ wird zusammen mit dem Rückhaltebecken „Engelmaiersee“ etwa 250 Einwohner der Gemeinde Bidingen und rund 18 Hektar Siedlungsgebiet mit einem Schadenspotential von rund 4,4 Millionen Euro vor einem hundertjährlichen Hochwasser schützen.

Die Bayerische Staatsregierung unterstützt seit Jahren konsequent den Hochwasserschutz. Insgesamt werden bis 2023 im Freistaat knapp 3 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert. Bisher wurden über 1,6 Milliarden Euro aufgewendet.

Weitere Info im Internet unter www.wasser.bayern.de. ❒

Gütegesicherte Ausschreibung und Bauüberwachung:

Erfahrung und Zuverlässigkeit fordern

Der Neubau von Abwasserleitungen und -kanälen erfordert ein spezielles Know-how – von Auftraggebern und Bauüberwachern ebenso, wie von den ausführenden Unternehmen. Unstrittig ist, dass eine Kanalbaumaßnahme nur dann gelingen kann, wenn die an der Realisierung Beteiligten über das nötige Fachwissen verfügen. Es liegt deshalb im Interesse aller, dass Abwasserleitungen und -kanäle von erfahrenen und zuverlässigen Fachleuten geplant, gebaut oder saniert werden. Denn neben der Ausführungsqualität haben insbesondere auch Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung großen Einfluss auf die Qualität und Langlebigkeit der Anlagen.

Bei Entwässerungssystemen handelt es sich um langfristig nutzbare Einrichtungen mit hohen Investitionskosten. Sie repräsentieren damit hohe Vermögenswerte, deren Bau, Wartung und Erhalt hohe Anforderungen an Betreiber, Planer und ausführende Unternehmen stellen.

Rahmenbedingungen

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, bedarf es Organisationen mit besonderer Erfahrung und Zuverlässigkeit in Bezug auf die Ausschreibung und Bauüberwachung der Bauverfahren und Bauabläufe. Die Qualität wird in den frühen Stadien eines Projektes am stärksten beeinflusst. Daher ist es sinnvoll, bereits ab der Ausschreibungsphase geeignete Rahmenbedingungen zu definieren.

Wichtiger Baustein

Eine zuverlässige Planung, Ausschreibung und Bauausführung bei der Verlegung dichter und dauerhafter Abwasserleitungen und -kanäle verbessert die Wirtschaftlichkeit der Baumaßnahme und sorgt für eine längere Nutzungsdauer der Abwassernetze. Ein wichtiger Baustein für mehr Nachhaltigkeit ist das System der RAL-Gütesicherung Kanalbau.

Beurteilungsgruppen

Die RAL-Gütesicherung wird von Auftraggebern und Auftragnehmern gleichberechtigt getragen; gemeinsam wird an dem Thema Ausführungsqualität gearbeitet. Zusätzlich bietet die RAL-Gütesicherung Kanalbau Beurteilungsgruppen, um die Eignung der Organisation für Leistungen der Ausschreibung und Bauüberwachung nachzuweisen.

Eignungsnachweis

Auf Grundlage der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) fordern Auftraggeber und Netzbetreiber in Bezug auf die Ausführung von den Bietern vor Auftragsvergabe einen Eignungsnachweis. Die Erfüllung definierter Kriterien zur fachtechnischen Eignung ist Voraussetzung für die Berücksichtigung bei der Vergabe.

Eine zuverlässige Bauausführung ist ein wichtiges Element für die Wirtschaftlichkeit der Abwassernetze; geringere Unterhaltskosten sowie eine längere Nutzungsdauer. Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau haben ihre technische Leistungsfähigkeit, besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit nachgewiesen.

Gleiche Anforderungen für alle

Was für die Ausführung gilt, sollte auch für die Ausschreibung und Bauüberwachung selbstverständlich sein. Der Planer hat unter anderem dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Bauverfahren nach den Regeln der Technik eingesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund wurde auf Initiative der Mitgliederversammlung der Gütegemeinschaft Kanalbau ein zusätzlicher Baustein zur Qualitätssicherung - Ausschreibung und Bauüberwachung - geschaffen: Es wurden in die Güte- und Prüfbestimmungen Anforderungen aufgenommen für Ingenieurleistung im Bereich Ausschreibung (A) und Bauüberwachung (B) im offenen Kanalbau (AK), bei grabenlosem Einbau (V) und der grabenlosen Sanierung (S) von Abwasserleitungen und - kanälen (Beurteilungsgruppen ABAK, ABV und ABS).

Prüfung und Bestätigung

Vor Vergabe von Leistungen bei Ausschreibung und Bauüberwachung sollte der Auftraggeber prüfen, ob die entsprechenden Organisationen die erforderlichen Eignungskriterien erfüllen. Die Organisation kann diesen Nachweis auf Grundlage der Gütesicherung RAL-GZ 961, Beurteilungsgruppen ABAK, ABV und ABS führen. Der Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau in Verbindung mit den beauftragten Prüfingenieuren prüft bzw. bestätigt dem Antragsteller die Erfüllung der Eignungskriterien regelmäßig einmal pro Jahr.

Qualitätsmanagementsystem

Besondere Erfahrungen der Organisation bzw. des eingesetzten Personals werden durch Belege über entsprechende Tätigkeiten nachgewiesen. Zudem erfolgen schriftliche Referenzanfragen an Auftraggeber mit Bestätigung der Ausschreibungs- und Bauüberwachungsleistung. Entsprechend qualifizierte Organisationen betreiben aktiv ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem zur Fehlerminimierung. Die Zuverlässigkeit des eingesetzten Personals wird durch Vorlage entsprechender Referenzen – zum Beispiel Zeugnisse – nachgewiesen.

Schulungen und Dokumentation

Regelmäßige Schulungen zur Aufrechterhaltung der Qualifikation gehören ebenso zum Profil der Gütezeicheninhaber. Gütezeicheninhaber dokumentieren ihre Eigenüberwachung. Dazu erhalten sie Unterstützung der Gütegemeinschaft in Form von Checklisten, die dazu beitragen, dass die wesentlichen Kriterien und Randbedingungen bei der Ausschreibung und Bauüberwachung systematisch berücksichtigt werden. ❐

V. l.: Dipl.-Ing. Dirk Bellinghausen, Geschäftsführer Güteschutz Grundstücksentwässerung e.V., Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer Güteschutz Kanalbau e.V. und Dipl.-Ing. Dieter Walter, ein vom Güteausschuss der Gütegemienschaft beauftragter Prüfingenieur. ❐

VKU und BARMER GEK:

Trinkwasser schützen

Intensive Landwirtschaft, industrielle Abwässer und falsch entsorgte Medikamente belasten die Qualität unseres Wassers. Dabei ist Wasser nach wie vor Lebensmittel Nummer 1 und gerade deshalb besonders schützenswert. In Deutschland kann Trinkwasser direkt aus der Leitung getrunken werden und ist damit Basis für eine gesunde Ernährung. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und die BARMER GEK setzen sich auch in diesem Jahr im Rahmen ihrer Kooperation, die im Mai 2013 mit lokalen Aktionen startete, für den richtigen Umgang mit dem Lebenselixier ein.

Jürgen Rothmaier, Vorstand der BARMER GEK: „Arzneimittel unterstützen die Heilung vieler Krankheiten und erhöhen die Lebensqualität. Allerdings sollten Arzneimittelreste am besten über die Apotheke entsorgt werden, damit sie nicht ins Grundwasser gelangen und die Umwelt belasten."

Hans-Joachim Reck, VKU-Hauptgeschäftsführer erklärt dazu: „Viele Arzneimittelwirkstoffe oder ihre Abbauprodukte können den „Filter Kläranlage" passieren und so in die Oberflächenwasser gelangen. All das, was wir dem Wasser zuführen, bleibt in geringsten Mengen, den sogenannten Spurenstoffen, auch darin enthalten."

Aufwändiger Prozess

Ähnliches gilt für Pflanzenschutzmittel. Nachdem sie auf Äckern oder im heimischen Garten verteilt worden sind, gelangen sie mit den Niederschlägen ins Grundwasser. Die kommunalen Wasserversorger müssen dementsprechend das Trinkwasser unterschiedlich stark aufbereiten. Jedoch ist es technisch und energetisch sehr aufwändig, Spurenstoffe aus dem Wasser zu entfernen.

Reck: „Deshalb müssen insbesondere Landwirtschaft, Pharmaindustrie und die Verbraucher versuchen, solche Stoffe erst gar nicht in den Wasserkreislauf zu bringen." Rothmaier und Reck empfehlen deshalb, Abfälle immer in den dafür vorgesehen Tonnen zu entsorgen, im Garten möglichst nur biologisch abbaubare Pflanzenschutzmittel zu verwenden und auf deren Dosierung zu achten.

Über die Bedeutung von Wasser als Lebensmittel, dessen Gewinnung und Schutz informieren BARMER GEK und kommunale Wasserversorger in diesem Jahr wieder von Mai bis August 2013 mit lokalen Aktionstagen. Informationen erhalten Interessierte in jeder BARMER GEK Geschäftsstelle oder bei den kommunalen Wasserversorgern.

Broschüre und Poster

Zudem geben BARMER GEK und VKU die gemeinsame Broschüre „Wasser ist gesund" heraus. Um bereits den Jüngsten den Wasserkreislauf zu erklären, gibt es für Kinder zusätzlich das Poster „Wasser marsch – So funktioniert der Wasserkreislauf". **Beide Informationsmaterialien sind in allen BARMER GEK Geschäftsstellen erhältlich und stehen unter www.vku.de/publikationen als Download zur Verfügung.**
Die Broschüre ist auch unter www.barmer-gek.de/128833 verfügbar. ❐

40 Jahre Bad Feilnbach:

Neuer Wassererlebnisweg

Aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums der Baderhebung fanden in Bad Feilnbach (Landkreis Rosenheim) zahlreiche Festivitäten statt. Neben einem Dorffest und einem Festakt mit politischer Prominenz bildete die Eröffnung des „Jenbachparadieses", eines Wassererlebniswegs, der mit Hilfe vieler ehrenamtlicher Helfer fertig gestellt wurde, einen herausragenden Bestandteil der Feierlichkeiten.

Zielsetzung des von der EU geförderten LEADER-Projekts „Jenbachparadies", das 2010 gestartet wurde, ist es, viel über das Element Wasser und seinen Kreislauf in der Natur zu lernen. Mit dem Wildbach Jenbach besitzt die Gemeinde ein naturnahes, intaktes Gewässer von größtem ökologischem Wert. Kinder und Erwachsene an diesen wertvollen Lebensraum heranzuführen und sie zugleich für seinen Schutz zu sensibilisieren ist die Aufgabe der 15 ehrenamtlichen „Jenbachbegleiter", die eine gründliche, zertifizierte Ausbildung absolvierten.

Entlang des Jenbachs wurden Schautafeln aufgestellt, die über alle möglichen Aspekte des Wassers informieren und verschiedene Stationen eingerichtet, zum Beispiel eine Wasserwerkstatt oder ein Wassererlebnisspielplatz für Kleinkinder.

Abwechslungsreiche Aktivprogramme

Die Jenbachbegleiter vermitteln ihr reiches Wissen über Tiere, Pflanzen und ökologische Zusammenhänge in spannenden Experimenten, Spielen und Forschungsexpeditionen, die im Rahmen der abwechslungsreichen Aktivprogramme für Kinder, Erwachsene und Familien angeboten werden. Sie lassen kleine Wasserdetektive mit der Becherlupe das Leben im Bach erkunden, veranstalten Nachtwanderungen durchs Moor oder zu Fledermäusen oder zeigen bei Schatzsuche Geo X, wie man auch ohne GPS ans Ziel kommt.

„Bad Feilnbach kann stolz sein auf seine Traditionen", hob Bürgermeister Hans Hofer anlässlich des Jubiläums des Natur-Heil-Dorfes hervor. Auch das Heilmittel „Moor" gehöre zu diesen Traditionen, die erhalten werden müssten. „Am Ende werden die Zukunft des Moors und die Moortherapie aber maßgeblich davon abhängig sein, wie es mit der Gesundheitspolitik in unserem Land weitergeht", prognostizierte Hofer.

Aktuell würden die meisten Gelder immer noch für Akutbehandlungen ausgegeben und nur noch ein verschwindend geringer Betrag für die Prävention. „Wir werden sehen, wohin uns diese einseitige Gesundheitspolitik in Zukunft führen wird. Wir können nur immer wieder darauf hinweisen, dass viele unserer Gäste nach Bad Feilnbach kommen, weil ihnen unser Moor gut tut und ihre Leiden lindert", so der Rathauschef. **DK**

wat 2013 in Nürnberg:

Innovative Branchentrends rund ums Trinkwasser

Der Schutz der Rohwasserressourcen, der abnehmende Wassergebrauch und das steigende Bewusstsein für Energie- und Kosteneffizienz sind die bestimmenden Themen im Wasserfach. Zunehmend müssen Lösungsansätze gefunden werden, die technische, ökologische und sozioökonomische Aspekte der Trinkwasserversorgung nachhaltig miteinander verbinden.

Zukunftsorientierte Konzepte

Neben weiteren Topthemen aus der Wasserbranche sind dies die Leitinhalte der 67. Wasserfachlichen Aussprachetagung (wat 2013), die vom 30. September bis 1. Oktober 2013 in Nürnberg stattfindet. Welche Herausforderungen ergeben sich durch den demografischen und klimatischen Wandel für die Wasserversorgungspraxis? Wie sind innovative Energiegewinnungskonzepte und der nachhaltige Schutz der Trinkwasserressourcen in Einklang zu bringen? Wie kann die Trinkwasserqualität in der Trinkwasser-Installation optimiert werden? Welche Konzepte zur Instandhaltung des Netz- und Anlagenbestands sind zukunftsorientiert?

Ordnungspolitische und technische Themen

Zu diesen und weiteren aktuellen Fragestellungen nehmen namhafte Experten Stellung und diskutieren auf dem wichtigsten deutschsprachigen Forum zu aktuellen ordnungspolitischen und technischen Themen rund ums Trinkwasser Lösungsmöglichkeiten mit Fachleuten aus Versorgungsunternehmen, Industrie, Verwaltungen und Forschungsinstituten.

Ausgerichtet wird die wat 2013 vom DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches mit Unterstützung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Die aktuelle Programmübersicht kann unter www.wat-dvgw.de heruntergeladen werden. **DK**

Nachhaltiges Bauen:

„Klare Symptome von Nachholbedarf“

Nachhaltig Bauen war in Deutschland lange Zeit Terra incognita. Seit einigen Jahren aber rückt das Thema mehr und mehr ins öffentliche Bewusstsein. Und: Im Bereich Qualitätsprüfung findet mittlerweile sogar ein echter Konkurrenzkampf statt.

Nachhaltigkeit – englisch „sustainability“ – zählt zu den großen Trendthemen der 2000er Jahre. Allein die begriffliche Aura scheint unwiderstehlich. Sorgfalt schwingt mit darin, Zukunftsorientierung und ein hohes Maß an Verantwortlichkeit nicht nur fürs Jetzt, sondern auch für die Lebenswelt der Folgegenerationen.

Befreit man das Thema von seinem ethisch-visionären Mantel, wird es allerdings höchst komplex, insbesondere bei der Nachhaltigkeit von Gebäuden. Hier hat sich in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren viel bewegt: was die theoretische wie auch die praktische Umsetzung betrifft. War bis dato vom Bauherrn bis zum Architekten fast jeder von der Bauqualität hierzulande überzeugt, so sorgte das vermehrte Eindringen des US-amerikanischen LEED-Standards („Leadership in Energy & Environmental Design“) in den europäischen Markt für Unruhe: Schließlich will man sich im Land der Denker und Ingenieure nicht bei Domänen wie Zertifizierungen und Qualitätskontrolle den Schneid aus Übersee abkaufen lassen.

Erhebliche Dynamik

Heraus gekommen ist dabei, wie oft nach längerem Rückstau, eine erhebliche Dynamik. Innerhalb kurzer Zeit wurde nachhaltiges Bauen in der Bau- wie auch in der Immobilienbranche zu einem der zentralen Themen und das Zertifizieren beim Neubau oder bei Sanierungen prestigeträchtiger Bauten mittlerweile gängige Praxis. Starker Impulsgeber dieser Dynamik ist hier die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen, kurz DGNB, die, schwer zu glauben, erst anno 2007 gegründet wurde und es innerhalb von fünf Jahren immerhin auf über achtzig Prozent Marktanteil bei den Gebäude-Zertifizierungen in der Bundesrepublik gebracht hat.

Kleines Wunder

Martin Prösler, Pressesprecher des DGNB findet das, selbst rückblickend, erstaunlich. „Architekten und Ingenieurbüros, Baufirmen, Facility Manager oder Shoppingmall-Betreiber: Dass eine solche Vielzahl unterschiedlich aufgestellter Unternehmen und Unternehmensbranchen in so kurzer Zeit einen Konsens gefunden hat, ist für mich heute noch ein kleines Wunder.“

Auch Prösler erkennt in der Geschwindigkeit, mit der hier im Markt agiert und reagiert wurde, klare Symptome von Nachholbedarf. „Unabhängig davon, ob es sich bei den Gebäuden um Bürotürme, Krankenhäuser oder um Wohnanlagen handelt: Das Bedürfnis, einen gemeinsamen Bezugspunkt zu finden, war riesengroß.“

Umfangreicher Prüfkatalog

Kaum weniger erstaunlich, dass der „gemeinsame Bezugspunkt“ in dieser kurzen Zeit eine solche Spannbreite entwickeln konnte, denn der Prüfkatalog des DGNB ist umfangreich, sein Anspruch universal. Nicht nur, dass er die klassischen LEED-Kriterien Ökologie, Energie und Lebensqualität aufnimmt; er fügt ihnen noch die Aspekte „Technik“ und „Prozessqualität“ sowie – mit hohem Bewertungsanteil – „Ökonomie“ hinzu. Ob Schallschutz oder Raumluftqualität, Energieeffizienz, Betriebs- oder Gesamtkosten: Bei der DGNB-Zertifizierung gibt es quasi nichts, was nicht irgendwo unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit bewertet wird.

Grenzen

Dass die Rezeption bis dato Grenzen aufweist, möchte Prösler gar nicht bestreiten. „Wir sind bei großen repräsentativen Gebäuden in deutschen Großstädten fast flächendeckend dabei. München und Hamburg zählen da beispielsweise zur absoluten Spitze.“ Unterhalb des Großstadt-Levels, das weiß auch Prösler, wird es allerdings dünn.

Passend dazu die Formel, die Klaus Kreupl Auditor beim DGNB und stellvertretender Abteilungsleiter bei der Coplan AG im niederbayerischen Eggenfelden, aufstellt. „Je größer, je Imageträchtiger das Gebäude, umso stärker das Bedürfnis nach Zertifikaten.“ Die Gründe dafür sind schnell gefunden. Kreupl: „Gerade bei größeren und teureren Objekten stellt die Zertifizierung einem Gebäude ein bis ins letzte Detail begründetes und überprüftes Zeugnis der eigenen Leistungswerte aus. Das kräftigt nicht nur das Sicherheitsgefühl von Kapitalgebern, sondern erhöht auch, Stichwort Transparenz, den möglichen Verkaufs- bzw. Wiederverkehrswert eines Objekts.“

Finanzielle Argumente

Last but not least spielen, so Kreupl, finanzielle Argumente eine Rolle. „Der Sockelbetrag bei einer DGNB-Zertifizierung ist vergleichsweise hoch. Die Kosten steigen entsprechend nicht linear mit den Baukosten für ein Gebäude an. Heißt: „Je höher die Baukosten, desto geringer fallen anteilig die Kosten für ein Zertifikat aus.“

Auch hier bestätigen Ausnahme-Unternehmen die Regel. So hat Kreupls Arbeitgeber den neu sanierten Firmensitz, den einstigen Bullenstall der Gerner Schlossökonomie, vom DGNB zertifizieren lassen – für ein Unternehmen mit 170 Mitarbeitern ein doch „erheblicher Aufwand“, wie Coplan-Vorstand Dr. Martin Steger einräumt. Gute Gründe für die Zertifizierung gab es dennoch: „Wir selbst stehen für die Prinzipien des nachhaltigen Bauens ein. Darüber hinaus ist ein Zertifikat für uns Werbung in eigener Sache. Wir zeigen damit unseren Kunden, was wir können.“

Möglicher Hemmschuh

Komplexität und Aufwand einer DGNB-Zertifizierung nennt auch Andreas Rößler vom britischen Consulting-Unternehmen Turner & Townsend als möglichen Hemmschuh für eine stärkere Ausbreitung. „Während sich der LEED auf die klassischen Aspekte der Nachhaltigkeit konzentriert, bewertet der DGNB bereits die Planungs- und Projektphase und bezieht sogar die Kosten eines Projekts in die Bewertung mit ein. Gerade mittelständische Unternehmen sind nicht immer in der Lage oder bereit, einen derartigen Aufwand mitzutragen. Entsprechend gibt es einige in der Branche, die der Meinung sind, der DGNB schieße hier ein wenig übers Ziel hinaus.“

Positiver Konkurrenzkampf

Rößler – sowohl DGNB- als auch LEED-Auditor – sieht den Konkurrenzkampf indes durchweg positiv. „Dem eigentlichen Ziel, die Nachhaltigkeit bei Gebäuden zu verbessern, kommt das durchweg zugute. Zumal der Druck, ein Gebäude zertifizieren zu lassen, immer häufiger vonseiten des Managements kommt, also von ganz oben.“

Den Markt sieht er dabei, heute wie in Zukunft, klar aufgeteilt: „Geht es um Gebäudezertifikate für Unternehmen, die international tätig sind, sehe ich den LEED vorn. Bei Firmen, die vorwiegend im deutschsprachigen Raum operieren, hat das Zertifikat des DGNB dagegen klar die Führung übernommen.“ ❐

Die neue Zentrale der COPLAN AG in Eggenfelden, Gern, die anlässlich der BAU 2013 mit dem Zertifikat Silber nach DGNB ausgezeichnet wurde. ❐

Einheimischenmodell - Urteil des EuGH

Von Dr. Angelika Niebler, MdEP

Der Europäische Gerichtshof hat am 8. Mai 2013 ein wegweisendes Urteil über die Zukunft von Einheimischenmodellen gefällt. Seit vielen Jahren kämpfe ich auf Brüsseler Ebene für den Erhalt unserer Bayerischen Einheimischenmodelle, mit denen ortsansässigen Bürgern vergünstigte Konditionen für den Erwerb von Bauland gewährt werden können. Das Wichtigste vorab in aller Kürze: Die bayerischen Kommunen dürfen auch in Zukunft Einheimischenmodelle anbieten, wenn auch unter bestimmten Voraussetzungen und Auflagen.

In dem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof ging es um die Frage, ob das in einer belgischen Gemeinde angebotene Einheimischenmodell mit dem Europarecht vereinbar ist und die Gemeinde ihre Grundstücke nur an Personen verkaufen bzw. vermieten kann, die

1. vor der Übertragung mindestens sechs Jahre lang in der Zielgemeinde wohnhaft waren;

2. zum Zeitpunkt der Übertragung Tätigkeiten in der betreffenden Gemeinde verrichten;

3. aufgrund eines wichtigen und dauerhaften Umstands eine berufliche, familiäre, soziale oder wirtschaftliche Bindung vorweisen.

Diese Kriterien sind nach der EuGH-Entscheidung nicht zulässig, da der Erwerb von Bauland nur unter den sehr eng gefassten Bedingungen möglich wäre.

Schlussfolgerungen

Nun ist das Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Praxis der Einheimischenmodelle zwar noch nicht abgeschlossen, trotzdem können wir aus dem Urteil wichtige Schlussfolgerungen für unsere Modelle in Bayern ziehen.

Wichtig ist, dass es bei der Vergabe von Bauland zu vergünstigen Konditionen zu keinerlei ungerechtfertigten Beschränkungen für bestimmte Personen kommt, ein Wohn- oder Bauobjekt zu kaufen oder zu mieten. Dies legte der EuGH fest, um sicherzustellen, dass die Regelung nicht wie ein Verkaufsverbot für bestimmte Gruppen wirkt.

Vielmehr muss es das Ziel eines Einheimischenmodells sein, jungen Familien, die in der Regel nicht zur einkommensstärksten Personengruppe zählen, die Möglichkeit zu bieten, in ihrem Heimatort ansässig zu bleiben und Bauland zu erwerben.

Dr. Angelika Niebler. ❐

Gleichzeitig fordert der EuGH dazu auf, alternative Kriterien wie beispielsweise Kaufprämien, Preisregulierungen oder andere Begleitmaßnahmen zu definieren, die einzig darauf abzielen, einkommensschwächere Gruppen zu bevorzugen. Darüber hinaus muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden: Der Anteil an Baugrundstücken, die im Rahmen eines Einheimischenmodells veräußert werden, darf nicht überproportional groß sein.

Weiterhin Druck ausüben

Ich freue mich, dass der Europäische Gerichtshof die bewährte Praxis des Einheimischenmodells nicht vollständig untersagt hat und damit die im Vertrag von Lissabon festgeschriebene kommunale Selbstverwaltung anerkennt. Nun wird hoffentlich die EU-Kommission dem Urteil des höchsten europäischen Gerichts folgen und das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland, das die Kommission im Jahr 2007 eingeleitet hat, abschließen. Jedenfalls werde ich insoweit politisch weiterhin Druck machen. ❐

Die Sanierung historischer Gebäude wird gefördert

Die beste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Da ein Großteil des Energieverbrauchs auf Bestandsgebäude entfällt, ist mit der konsequenten energetischen Gebäudesanierung ein hohes Energieeinsparpotenzial zu erreichen. Die öffentliche Hand als größter Immobilienbesitzer in Deutschland hat mit der energetischen Sanierung des Immobilienbesitzes somit einen entscheidenden Schlüssel zur Realisierung der Energiewende in der Hand. Diese Schlüsselrolle führt letztlich auch zu einer besonderen Vorbildfunktion der Kommunen.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund den Instandhaltungsstau bei kommunalen Gebäuden, der durch verschiedene Studien bundesweit eindrucksvoll belegt ist, stellt sich die Frage, wie die Kommunen dieser Vorbildfunktion nachkommen sollen, besonders drängend.

Oftmals stehen dabei derzeit die Generalsanierungen der Gebäude aus den 1970er und 80er Jahren im Mittelpunkt. Neben diesen Gebäuden befinden sich aber auch viele denkmalgeschützte Gebäude bzw. besonders erhaltenswerte Bausubstanz im Besitz der Kommunen. Schon bei „normalen“ Gebäuden ist der Spagat zwischen möglichst effizienter Sanierung und damit verbundener Vorbildwirkung sowie Wirtschaftlichkeit und Erhalt der Bausubstanz oftmals eine große Herausforderung.

Bei denkmalgeschützten Gebäuden erschweren darüber hinaus der häufig ortsbildende Charakter und die Restriktionen des Denkmalschutzes eine möglichst kostengünstige und zugleich höchsten Ansprüchen genügende Sanierung.

Ökonomische Flankierung

Neben den sonstigen investiven Herausforderungen der Kommunen überfordern diese aufwändigen Sanierungsprojekte viele Kommunen auch in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten. Umso wichtiger ist es, dass Bund und Länder die finanziellen Belastungen der Kommunen ganz generell erkannt und bereits weitgehende Entlastungsmaßnahmen beschlossen haben. Im Rahmen von Zuweisungen und Zuschüssen oder durch staatliche Förderkreditprogramme werden die politisch besonders brisanten Zielsetzungen, wie zum Beispiel „die Energiewende“, auch ökonomisch gezielt flankiert.

Drei Förderprogramme

Die bayerischen Kommunen können dabei das spezielle Angebot der BayernLabo als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern nutzen. In Zusammenarbeit mit der KfW bietet die BayernLabo derzeit drei Förderprogramme an: Energiekredit Kommunal Bayern, Inklusionskredit Kommunal Bayern sowie Investkredit Kommunal Bayern.

Die drei Kredite können bei anstehenden kommunalen Projekten kombiniert werden und ermöglichen somit eine außerordentlich zinsgünstige Finanzierung, beispielsweise von Sanierungsmaßnahmen. Die bayerischen Förderprogramme der BayernLabo bieten den Kommunen neben der Förderung auf Bundesebene durch die KfW einen weiteren, eigenen bayerischen Fördervorteil in Form einer zusätzlichen Zinsverbilligung.

Energiekredit Kommunal Bayern

Speziell die energetische Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur wird durch den Energiekredit Kommunal Bayern gefördert. Voraussetzung ist dabei die Erreichung des KfW-Effizienzhausstandards Denkmal durch die Sanierungsmaßnahme. Dann steht neben der Finanzierung von maximal 500 Euro pro qm Nettogrundfläche zusätzlich auch ein Tilgungszuschuss von 2,5 % des zugesagten Kredits zur Verfügung. Der Endkreditnehmerzinssatz beläuft sich dabei derzeit auf 0,00 % (Stand Mai 2013). Zusätzlich können noch bis zu fünf tilgungsfreie Jahre in Anspruch genommen werden.

Hinweis: Aus den technischen Mindestanforderungen der KfW ergibt sich, dass im Gegensatz zu Neubauten ein „KfW-Effizienzhäuser Denkmal“ einen etwa 60 Prozent schlechteren Energiebedarf aufweisen darf, um noch als förderfähig zu gelten. Das bedeutet: Während ein Neubau einen Jahresprimärenergiebedarf von etwa 100 Kilowattstunden pro Quadratmeter Gebäudenutzfläche aufweisen darf, genügt bei einem denkmalgeschützten Gebäude bereits ein Jahresprimärenergiebedarf von 160 Kilowattstunden.

Die starke Förderung bei auf den Denkmalschutz zugeschnittenen, reduzierten Anforderungen spiegelt die Priorität der Realisierung der Energiewende auch im historischen Gebäudebestand der Kommune wider und eröffnet so neben der Nutzung von erneuerbaren Energiequellen einen weiteren Schwerpunkt bei der Energieeinsparung.

Optimaler Finanzierungsmix

Am Ende bleibt den Kommunen natürlich weiterhin die Abwägung zwischen der Unterstützung der Klimaschutzziele von Bund und Land einerseits und der wirtschaftlichen Machbarkeit andererseits. In Ergänzung zu den Zuschüssen des Freistaats Bayern zu den unterschiedlichsten Förderschwerpunkten, bietet die BayernLabo mit ihrem Angebot in der Kommunalfinanzierung einen optimalen Finanzierungsmix aus Förderprogrammen und zinsgünstigen Kommunalkrediten an, die das Investitionsumfeld für bayerische Kommunen bei dieser Abwägung positiv beeinflussen. ❐

Entsorgungsnotstand am Bau?

Von Matthias Moosleitner, Präsident Baustoff Recycling Bayern e.V.

Die Entsorgung von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen sowie Böden ist in vielen Regionen Bayerns bereits heute zum kostspieligen Problemfall geworden, denn Deponiekapazitäten fehlen und neue Deponien zu schaffen, scheitert fast immer am gesellschaftlichen sowie politischen Widerstand; auch die in Bayern bisher noch praktizierte Verfüllung vom Bauschutt- und Bodenmaterialien in Gruben, Brüchen und Tagebauen stößt mehr und mehr auf Gegenwind; die geforderten Anforderungen zu erfüllen wird schwieriger, die Anzahl und Güte der zugelassenen Materialien wird immer weiter eingeschränkt und die verfügbaren Verfüllkapazitäten täglich geringer. Die neue Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV), die im Rahmen der Mantelverordnung seit Jahren diskutiert wird, will die Verfüllung zukünftig zudem auf den Einsatz von unbelasteten (vgl. Z0, Z0*) Bodenmaterial begrenzen.

Auf der anderen Seite aber wird das Recycling und der Einsatz von geprüften, güteüberwachten und zertifizierten Recyclingbaustoffen - als ökologisch und ökonomisch sinnvollste Variante der Entsorgung - sträflich vernachlässigt und gerade von Seiten der Öffentlichen Hand zu wenig akzeptiert und genutzt. In Ausschreibungen wird so z.B. immer noch trotz VOB der Grundsatz der produktneutralen Ausschreibung missachtet, werden Recyclingbaustoffe ohne stichhaltige Begründungen ausgeschlossen oder abgelehnt.

Wohin also zukünftig mit den rund 40 Millionen Tonnen mineralischen Abfällen pro Jahr allein in Bayern? Wird eine ordnungsgemäße Entsorgung noch bezahlbar sein? Werden Bauvorhaben nicht mehr realisierbar, weil wir die Entsorgung nicht mehr stemmen können? Mit Sicherheit ja!

auf der Entsorgungsseite.

Baustoffrecycling nutzen!

Mit Sicherheit ja, wenn nicht endlich und mit Nachdruck die Möglichkeiten des Baustoffrecyclings auf breiter Basis genutzt werden! Durch die Aufbereitung der mineralischen Abfälle können umweltverträgliche und vor allem auch bautechnisch qualitativ hochwertige Baustoffe zurückgewonnen werden, die in vielfältigster Weise im Hoch- und Tiefbau, im Straßen-, Gleis-, Verkehrsflächen sowie im Erdbau u.a. eingesetzt werden können. Neben der Reduzierung der Baukosten durch die Substitution von natürlichen Baustoffen wie Sand, Kies und Schotter ermöglichen Recyclingbaustoffe auch signifikante Einsparungen

Dieses wirtschaftliche Potential von Recyclingbaustoffen wird bisher verkannt. Insbesondere die Öffentliche Hand sollte unter dem Gesichtspunkt knapper Investitionsmittel, einer maroden Infrastruktur sowie dem dadurch bedingten immensen Investitionsbedarf und einer möglichst effektiven Verwendung öffentlicher Gelder diese Optionen im Rahmen der öffentlichen Beschaffung konsequent nutzen.

Die Öffentliche Hand muss als zudem größter Auftraggeber in der Bauwirtschaft endlich ihrer gesetzlichen Vorbildfunktion ohne Wenn und Aber gerecht werden. Recyclingbaustoffe müssen im Rahmen der öffentlichen Beschaffung gezielt nachgefragt und, wie im bayerischen Abfallgesetz festgeschrieben, auch bevorzugt eingesetzt werden. Es gilt, Anreize (z. B. bei der Vergabe von Fördermitteln, bei der Vergütung von Architekten uvm.) zu schaffen, um beginnend von der Planung bis zur Erstellung von Bauwerken den Einsatz von Recyclingbaustoffen nachhaltig zu fördern.

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. bietet zum Thema „Baustoffrecycling“ umfangreiche Informationen und Handlungshilfen an (www.baustoffrecycling-bayern.de). Durch sein Qualitätssicherungs- und Zertifizierungssystem macht er es für Aufbereiter, Planer, Architekten. öffentliche, gewerbliche und private Bauherren einfach, Recyclingbaustoffe einzusetzen.

Der Entsorgungsnotstand am Bau muss nicht sein! Wir haben bereits heute alle Mittel und Möglichkeiten, dies zu verhindern. Geprüfte, güteüberwachte und zertifizierte Recyclingbaustoffe sind Garant für die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung von mineralischen Abfällen, sie tragen bei zur zuverlässigen Versorgung mit hochwertigen Baustoffen und sie gewährleisten auch für die Zukunft ausreichende und bezahlbare Entsorgungswege für die Bauwirtschaft. ❐

Vorne im Bild (v. l.): Landrat Leo Schrell, Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch, Prof. Reiner Gradinger und Prof. Antonius Schneider. Dahinter (v. l.): Kreiskliniken-Geschäftsführer Gerd-Uli Prillinger, Prof. Georg Barfuß, Chefärztin Dr. Ulrike Bechtel und Georg Winter. Bild: jdt

„St. Elisabeth“ ist Spitze in Deutschland

Einmaliges Modellprojekt mit TU München in Dillingen

Ein schwäbisches Krankenhaus, die Kreisklinik St. Elisabeth in Dillingen, ist mit ihrer Aufstufung zum Akademischen Lehrkrankenhaus „Spitze nicht nur in Bayern, sondern in Deutschland“. Dies bescheinigte der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, der hoch bewerteten Klinik Dillingen mit ihrem bisher einmaligen Modellprojekt mit der Technischen Universität München (TU). Herausgestellt wurde, mit diesem Projekt sei, wie auch der Dillinger Landrat Leo Schrell bekräftigte, „Neuland betreten worden, dem viele Nachahmer im Freistaat und in ganz Deutschland zu wünschen wären“.

Minister Heubisch würdigte die qualitative Ausrichtung der Kreiskliniken Dillingen und Wertingen, mit beispielgebender medizinischer Versorgung im Ländlichen Raum. Sehr positiv bewertete Heubisch die vom Kreis Dillingen stabilisierte kommunale Trägerschaft mit hohen und stärkenden Investitionen, neuen Strukturen, die Einbindung niedergelassener Ärzte und vor allem auch das von der Chefärztin Dr. Ulrike Bechtel erarbeitete, 100 Seiten umfassende Konzept für das Lehrkrankenhaus.

In enger Abstimmung mit der Fakultätskommission der TU München, mit den Hausärzten der Region sowie den Fachabteilungen der Kreisklinik habe es zukunftsweisende Entscheidungen gegeben. Die Studierenden könnten mit der praktischen Ausbildung im Krankenhaus auch in den Praxen der Haus- und Fachärzte tätig sein. Spezielle Bedeutung habe die medizinische Versorgung im Ländlichen Raum.

Kommunale Trägerschaft

Besondere Anerkennung galt auch den Professoren Dr. Reiner Gradinger und Dr. Antonius Schneider (TU München), zudem Minister Heubisch, den Landtagsabgeordneten Georg Winter und Professor Dr. Georg Barfuß, Landrat Leo Schrell, dem Kreistag und Klinik-Geschäftsführer Gerd-Uli Prillinger, für erfolgreiches Stehvermögen bei der tapferen Sicherung der kommunalen Trägerschaft. **jdt**

Wohn-Riester wird flexibler

Der Gesetzgeber hat Änderungen bei der Riester-Rente beschlossen. Vor allem aktuelle und angehende Eigenheimbesitzer profitieren künftig von flexibleren Regeln beim Wohn-Riester. So können beispielsweise Riester-Guthaben in Zukunft auch für alters- und behindertengerechte Umbaumaßnahmen eingesetzt werden.

Trautes Heim, Glück allein: Die Mehrheit der Bundesbürger will ihren Lebensabend in vertrauter Wohnumgebung verbringen. Allerdings werden die wenigsten Wohnungen den Anforderungen fürs Leben im Alter gerecht – Stufen erschweren den Zugang, Türen sind zu schmal und es mangelt an Bewegungsfreiheit.

Barrierefreier Umbau

Den Bedarf an barrierefreien Wohnungen schätzt das Bundesbauministerium bis zum Jahr 2020 auf 3,5 Millionen Einheiten. Viele Eigentümer sehen zwar die Notwendigkeit für einen schwellenfreien Umbau, scheuen aber den finanziellen Aufwand. Der liegt bei ca. 20.000 Euro. Die gute Nachricht: Dank der aktuellen Gesetzesänderung kann die Wohn-Riester- Förderung künftig auch für die Finanzierung von alters- und behindertengerechten Modernisierungen eingesetzt werden.

„Der Wohn-Riester hat sich nur fünf Jahre nach seiner Einführung zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Durch die Änderungen wird er noch flexibler und gewinnt für Eigentümer und Immobilienkäufer an Attraktivität“, sagt Joachim Klein von der LBS. Das neue Gesetz schafft die Möglichkeit, jederzeit gefördertes Guthaben aus dem Riester-Vertrag zu entnehmen und für einen barrierefreien Umbau zu verwenden. Zu den Voraussetzungen zählen ein Mindestbetrag bei der Entnahme sowie die Prüfung der Maßnahmen durch einen Sachverständigen. Auch wer eine Immobilie bauen oder kaufen möchte, kann bereits vorhandenes Guthaben dafür einsetzen – oder wie gehabt ein Riester-Darlehen oder einen Riester-Bausparvertrag zur Finanzierung nutzen.

Neu ist zudem die Regelung, angespartes Riester-Kapital jederzeit für die Entschuldung einer Immobilie verwenden zu können. ❐

Passivhausstandard für Turnhalle in Günzburg

Die neue Dreifachturnhalle in Günzburg wird im Passivhausstandard gebaut. Die Stadt Günzburg folgt damit klar definierten Zielen: Berücksichtigung von Umweltaspekten und Einsparungen im Unterhalt.

Die Stadt Günzburg baut zunehmend nachhaltig. Erst im Herbst 2012 wurde der Kindergarten auf der Hagenweide eingeweiht. Er wurde im Passivhausstandard gebaut und verfügt über ein nachhaltiges Energiekonzept. Auch die Grundschule Südost in Günzburg wurde in modularer Bauweise als erste Passivhausschule realisiert.

Hohe Ansprüche

Entsprechend hoch sind die Ansprüche von Stadt und Land, die nun gemeinsam den Bau einer neuen Dreifachturnhalle im Passivhausstandard anstreben. Der Bedarf an Flächen für den Schul- und Vereinssport war in den vergangenen Jahren immer akuter geworden. Deshalb haben Stadt- und Landkreis gemeinsam - gefördert vom Freistaat Bayern - rund 5 Millionen Euro für den Bau einer Turnhalle mit variablen Nutzungsgrößen bereitgestellt.

Moderne Energiekonzepte

Mit der Planung und Realisierung des Bauprojektes hat die Stadt Günzburg das Architekturbüro Nething+Ott Generalplaner GmbH beauftragt. Die Architekten haben sich bereits mit verschiedenen Projekten rund um nachhaltiges Bauen einen Namen gemacht. Auch beim Bau der Grundschule Südost haben sie ihre Erfahrungen mit eingebracht. Das Planen von öffentlichen Gebäuden im Passivhausstandard verlangt nach modernen Energiekonzepten und innovativer Bauplanung, mit deren Hilfe die hohen Ansprüche umgesetzt werden.

Enge Zusammenarbeit

Aufgrund der Größe und des hohen Raumvolumens setzt der Bau einer Turnhalle im Passivhausstandard bereits im Vorfeld der Planungen eine enge interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Baubeteiligten voraus. Es gilt Kältebrücken zu vermeiden, Energieverluste einzudämmen und den Bedarf an Heizenergie sowie Strom niedrig zu halten. Die neue Dreifachturnhalle basiert auf einer Stahlbetonkonstruktion mit mineralischer Dämmung.

Optimale Ausleuchtung

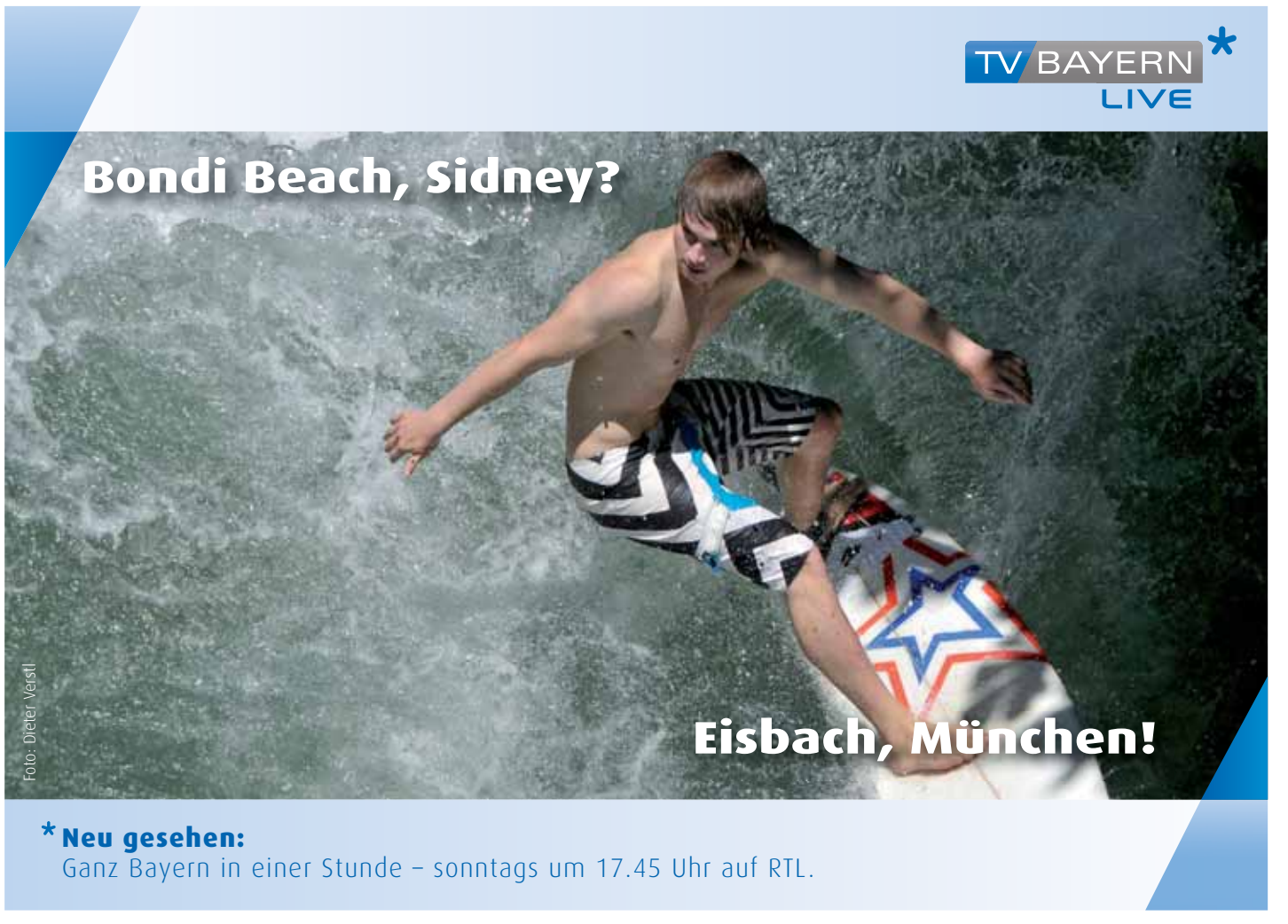
Wohl durchdacht haben die Architekten die Position der großen Fenster nach Süden, Osten, Westen und im Dachbereich. Sie sorgen für die optimale Ausleuchtung der drei Hallensegmente mit natürlichem Licht und für eine passive Nutzung der Sonnenenergie. Die Lamellen zur Verschattung der Glasfassade werden im Winter so gesteuert, dass sie maximalen Sonnenlicht- und Wärmeeintrag ermöglichen.

Geschlossene Hülle

Die nahezu geschlossene Hülle der Halle erfordert eine Lüftungsanlage. Jedem der drei Hallenabschnitte ist deshalb eine Lüftungsanlage mit hocheffizienter Wärmerückgewinnung zugeordnet. Diese Anlage schafft ein angenehmes Raumklima mit minimalem Energieaufwand. Auf eine teure Fußbodenheizung kann dadurch verzichtet werden. Mit diesem intelligenten Energiekonzept und der innovativen architektonischen Planung können alle Anforderungen des Passivhausstandards erfüllt werden.

Baustein zur Senkung der Unterhaltskosten

Für die Stadt Günzburg ist der Bau der Dreifachturnhalle im Passivhausstandard ein weiterer Baustein zur Senkung der kommunalen Energie- und Unterhaltskosten. Eine Strategie, die zukunftsweisend ist für die nachhaltige Ausrichtung von Städten und Kommunen. Im Januar 2014 wird die neue Turnhalle ihrer Bestimmung übergeben. Dann steht das Gebäude nicht nur der benachbarten Mittelschule offen, sondern auch den örtlichen Sportvereinen des gesamten Kreises, die für eine sehr gute Auslastung sorgen werden. ❐



Unterfranken auf dem Weg in die Inklusion

Sozialausschuss des Bezirks diskutierte über Projekte für behinderte Menschen

Würzburg. Geschlossen stimmte der Sozialausschuss des Bezirkstags dafür, dass das Modellprojekt „Beratungsstelle Demenz Untermain“ unbefristet fortgeführt wird. Diskutiert wurde außerdem über die Integration behinderter Kinder in regulären Kindergärten und Möglichkeiten der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Kontroversen gab es über den Betrieb von zwei neuen Wohnheimen in Main-Spessart und Kitzingen für geistig behinderte Erwachsene mit schwersten Handicaps.

Pflegende Angehörige demenzkranker Patienten aus ihre sozialen Isolation holen, sie zu entlasten und zu schulen, dieses Ziel verfolgt seit 2007 die „Beratungsstelle Demenz Untermain“ mit ihren Standorten Aschaffenburg und Miltenberg. Über 400 Menschen wurden 2012 beraten, vielfältige Angebote für Angehörige, aber auch für Menschen mit einer Demenzerkrankung konnten auf den Weg gebracht werden. „Inzwischen haben wir fünf Selbsthilfegruppen für Angehörige“, so Einrichtungsleiterin Christine Waigand, die den Beschluss des Sozialausschusses zur dauerhaften Förderung des Modellprojekts erleichtert zur Kenntnis nahm.

Kein Kompromiss

Auf keine Kompromisslösung konnte sich die Bezirksverwaltung mit der Lebenshilfe bei einem neuen Wohnprojekt für ältere Menschen mit schwersten körperlichen und geistigen Handicaps einigen. Der Interessensverband für Menschen mit geistiger Behinderung möchte zwei neue Heime in Main-Spessart und Kitzingen mit jeweils zwölf Plätzen errichten. Was der Bezirk vor mehreren Monaten auch genehmigte.

Allerdings versandeten die Verhandlungen über auskömmliche Personalschlüssel: Das, was der Bezirk künftig an Personalkosten zahlen möchte, ist für die Lebenshilfe so unannehmbar, dass sie den Betrieb der Heime unter diesen Bedingungen ablehnt.

Statt nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen, machte sich der Bezirk daraufhin auf die Suche nach einem anderen Träger – und fand diesen auch im Eisinger St. Josefs-Stift, der größten Einrichtung für geistig behinderte Menschen in Unterfranken. Dieses Vorgehen, das die Lebenshilfe laut deren unterfränkischem Sprecher Wolfgang Trosbach völlig überrumpelte, wird von der Elternvereinigung heftig kritisiert.

Damit politische Entscheidungen der Bezirksräte künftig noch mehr Legitimität erhalten, fordern die Grünen im Bezirkstag seit langem einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Für die SPD ein sinnvoller Gedanke, so die Schweinfurter Bezirksrätin Kathi Petersen: Wer sich an einem solchen Aktionsplan orientiert, könne sich nicht mehr so leicht „aufs Kostenargumente herausreden“. Eine Mehrheit fand der Vorschlag dennoch nicht.

Dass der Bezirk sein Engagement für Menschen mit Behinderung weiter steigern sollte, darüber waren sich die Ausschussmitglieder allerdings einig. Dies müsse jedoch nicht auf Basis eines Aktionsplans geschehen. Der Ausschuss beschloss einstimmig ein „Bekenntnis“ zur UN-Konvention und zum Gedanken der Inklusion. Eine neue Arbeitsgruppe soll in den kommenden Jahren für Bewusstseinsbildung in Unterfranken sorgen und in einem ersten Schritt Projekte und Konzepte zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben entwickeln.

Neuralgischer Punkt

Auf einen neuralgischen Punkt in Sachen „Inklusion“ machte Armin Grein von den Freien Wählern (Main-Spessart) aufmerksam: Die „allzu leichtfertige“ Eingliederung behinderter Kinder in reguläre Kindergärten.

Der Bezirk förderte 2012 die Integration von 832 behinderten Kindern mit fast vier Millionen Euro. „Gerade Dorfkindergärten fehlt es jedoch an Fachpersonal für deren Betreuung“, prangerte der ehemalige Landrat von Main-Spessart an. Problematisch sei weiter, dass in Main-Spessart mangels Kindern nun der erste Sonderkindergarten schließen müsse. „Genau diese Entwicklung ist gewünscht“, kommentierte CSU-Fraktionsvorsitzender Peter Motsch. **Pat Christ**

Crossmediales Bürgerbeteiligungsprojekt:

Auszeichnung für „München MitDenken“

Die Landeshauptstadt München ist für ihr crossmediales Bürgerbeteiligungsprojekt „München MitDenken“ mit dem Hauptpreis für Online-Partizipation ausgezeichnet worden. Stadtbaurätin Professorin Dr. Elisabeth Merk nahm den Preis beim Kongress „Effizienter Staat“ in Berlin, bei dem sich rund 600 Teilnehmer über die Zukunft der Verwaltung austauschten, entgegen.

Der Preis wurde zum zweiten Mal von der]init[AG für digitale Kommunikation und dem Behörden Spiegel vergeben. Er soll der wachsenden Bedeutung von E-Partizipation an gesellschaftlichen und politischen Prozessen Rechnung tragen – eine Entwicklung, auf die auch Stadtbaurätin Merk großen Wert legt. Im vergangenen Frühjahr hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, bei Veranstaltungen vor Ort und erstmals auch online ihre Ideen und Wünsche zur Stadtentwicklung einzubringen.

„Bürgerinnen und Bürger aktiv in Planungen und Projekte einzubinden und ihre Vorstellungen und Ideen ernst zu nehmen, ist für mich eine der wichtigsten Aufgaben von Stadtentwicklung“, erläuterte die Stadtbaurätin. „Der Preis bestätigt uns darin, auch in Zukunft neue Methoden und Instrumente auszuprobieren und mit bekannten zu verknüpfen – und so möglichst viele Menschen zu beteiligen.“

Verknüpfung von Online- und Offline-Elementen

In diesem Jahr hatten sich 25 Städte und Gemeinden an der Ausschreibung beteiligt. Die Bandbreite der Projekte umfasste verschiedenste Mitgestaltungsmöglichkeiten – etwa am städtischen Haushalt oder der Quartiersentwicklung. Die sechsköpfige Jury, die sich aus Vertretern aus Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzte, begründete ihre Entscheidung für das Projekt wie folgt: „Das Projekt zeichnet sich durch eine hohe Beteiligung, positive Medienresonanz und eine gute Öffentlichkeitsarbeit während des gesamten Prozesses aus. Bemerkenswert ist die gelungene Verknüpfung von Online- und Offline-Elementen. Hervorzuheben sind für den Online-Beteiligungsprozess ebenfalls das stimmige Design und die übersichtliche, durchdachte Nutzerführung. Auch die konsequente Transparenz, was genau mit den Ergebnissen aus dem Beteiligungsprozess passieren soll, hat überzeugt.“

Hohe Beteiligung

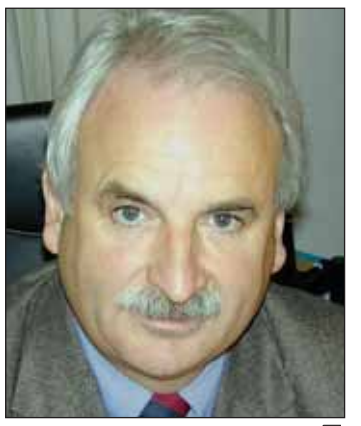
Lobend erwähnt wurde zudem die hohe Beteiligung: Mehr als 13.500 Interessierte informierten sich in vier Wochen auf der Plattform www.muenchen-mitdenken.de. Rund 2.000 Bürgerinnen und Bürger diskutierten Ideen für Münchens Zukunft ein und gaben rund 12.000 Bewertungen ab. Unter anderem wurden Vorschläge für eine Ringverbindung im Öffentlichen Personennahverkehr und mehr Bäume auch außerhalb von Parks gemacht. Die Ideen wurden zusammengefasst und sind in das überarbeitete Stadtentwicklungskonzept „Perspektive München“ eingeflossen. **DK**

Zum 65. Geburtstag von Landrat Herbert Mirbeth:

Regionale Kräfte gestärkt

Der Regensburger Landrat Herbert Mirbeth feierte am 6. Juni seinen 65. Geburtstag. Als Landkreischef ist es dem CSU-Politiker ein großes Anliegen, die regionalen Kräfte in der Landkreispolitik zu stärken. So wurden unter anderem die Wirtschaftsförderung, die Regionalentwicklung und die Abteilung Tourismus im Landratsamt aufgebaut. Außerdem wurden das Holzforum Regensburger Land und eine Regionalvermarktungsgesellschaft gegründet.

Nach seiner Schulzeit schloss Herbert Mirbeth eine Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) beim damaligen Landratsamt Parsberg ab und war im Anschluss daran im damaligen Landratsamt Beilngries tätig. Im Jahre 1971 wechselte er an das Landratsamt Regensburg, wo er in der Hochbauabteilung beschäftigt war. 1982 wurde Mirbeth die Leitung des Sachgebietes „Bauplanungsrecht und Untere Landesplanungsbehörde“ übertragen. Drei Jahre später übernahm er die Leitung des Sachgebietes „Kommualaufsicht“.



Herbert Mirbeth. ❐

Der Jubilar wirkte lange Zeit auch als Unternehmer und Journalist. So gründete er im Jahr 1977 in seiner Heimatstadt Hemau die „Tangrintler Nachrichten“, eine Wochenzeitung für die Stadt Hemau und die umliegenden Gemeinden Painten, Laaber und Beratzhausen, die mittlerweile von einem seiner Söhne geführt wird.

1990 wählten die Bürger der Stadt Hemau Mirbeth zum hauptberuflichen ersten Bürgermeister. Vier Jahre später zog dieser als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag ein. Seit 1. Mai 2002 bekleidet der Politiker das Amt des Regensburger Landrats, das er von seinem Vorgänger Rupert Schmid (ebenfalls CSU) übernommen hat. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Präsidium und ist Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschafts- und Verkehrsfragen.

In einem Jahr wird Herbert Mirbeth sein Büro im Landratsamt räumen. Aus Altersgründen konnte der begeisterte Hobbyradler, Skifahrer und Schafkopfspieler nicht noch ein weiteres Mal als Landkreis-Chef kandidieren.

Neben der Stärkung regionaler Kräfte richtete Mirbeth sein Augenmerk unter anderem auf die Sozialpolitik durch eine grundsätzliche Neuausrichtung der Jugendpolitik sowie die Gründung einer Freiwilligenagentur. Nicht zuletzt sind ihm auch eine Zukunftsstrategie für den Landkreis und die Gemeinden sowie die Neuausrichtung der Energiepolitik wichtig. Beide Prozesse wurden in den vergangenen Jahren weiterentwickelt.

„Gemeinsam Leitplanken für eine nachhaltige Entwicklung unserer Region zu setzen”, ist das erklärte Ziel des Landrats, der das Projekt „Landkreis 2020“ ins Leben rief. Noch nie in der Geschichte des Landkreises haben sich der Kreistag und die Gemeinden so intensiv mit der Fortentwicklung ihrer Heimat beschäftigt, wie durch diesen Prozess. Zusammengekommen sind über 500 einzelne Ideen. Die vier Arbeitskreise des Kreistags – „Wirtschaft“, „Umwelt“, „Soziales“ und „Gesellschaftlicher Konsens“ - stellten hierzu eine Prioritätenliste auf. Das Ergebnis ist ein Handlungskonzept für den gesamten Landkreis und seine 41 Gemeinden.

In einem Glückwunschschreiben würdigte Innenminister Joachim Herrmann die Verdienste des Landkreischefs: „In den vielen Jahren seines Wirkens hat Herbert Mirbeth für den Landkreis Regensburg und seine ganze Heimatregion Herausragendes geleistet. Seit elf Jahren steht er an der Spitze des Landkreises und setzt sich tatkräftig für die Belange der Landkreisbürger ein. Neben dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist Herbert Mirbeth dabei vor allem die Stärkung der heimischen Wirtschaft besonders wichtig.“

Außerordentlich verdient gemacht habe sich Mirbeth auch um die Vermarktung regionaler Produkte: „Hierdurch hat Herbert Mirbeth das Regionalbewusstsein in der Bevölkerung nachhaltig gestärkt“, so der Innenminister. „Und hervorheben möchte ich auch seine Initiativen zur kommunalen Zusammenarbeit, die über die Grenzen des Landkreises hinaus Beachtung gefunden haben.“ **DK**

„100 Jahre Regentenbau“ in Bad Kissingen

Freistaat steht zu seiner Verantwortung bei den Staatsbädern

Bayern zählt zu den bedeutendsten Gesundheits- und Freizeitregionen Europas. „Kurorte werden Kompetenzzentren und Gesundheitsnetzwerke für gesunden Lebensstil für alle Altersstufen. Wir wollen deshalb eine enge und gelebte Partnerschaft mit den Kommunen in den Staatsbädern. Wir wollen den Kommunen großen Gestaltungsspielraum geben, denn dort ist regionale Erfahrung zuhause“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer beim Festakt „100 Jahre Regentenbau“ in Bad Kissingen in Vertretung von Ministerpräsident Horst Seehofer fest.

Bad Kissingen und die Bäder der Bayerischen Rhön könnten, so Pschierer, mit ihrer teils Jahrhunderte alten Tradition und Kompetenz auf dem heutigen Gesundheitsmarkt punkten. Präventive Gesundheitsvorsorge sei heute ein wichtiger Aspekt in dem spezifischen Angebot.

Bei den Staatsbädern soll das operative Geschäft von den Verantwortlichen vor Ort gestaltet werden. Der Freistaat könne deren Anstrengungen ergänzen und fördern. Pschierer: „Die Motivation, die aus dem Engagement der Kommunen und Privatinvestoren kommt, ist durch den Freistaat nicht zu ersetzen. Der Freistaat wird aber weiter intensiv unterstützen und steht zu seiner Verantwortung bei den Staatsbadimmobilien“.

Der Regentenbau ist ein prachtvoller und repräsentativer Bau in Bad Kissingen. Prinzregent Luitpold hat den Bau genehmigt und gefördert, allerdings seine Fertigstellung nicht mehr erlebt. König Ludwig III. übergab feierlich den Regentenbau. Der Münchner Stararchitekt Prof. Max Littmann wurde mit dem Bauvorhaben durch den Prinzregenten betraut. Dieser hat in Bad Kissingen deutliche Spuren hinterlassen und den Ort geprägt, unter anderem durch das Kurhausbad und dem Maxbrunnentempel.

Die feierliche Übergabe des Regentenbaus vor 100 Jahren war zugleich der letzte Besuch eines Vertreters des Bayerischen Königshauses in Bad Kissingen. Nach einer erfolgreichen Sanierung des Regentenbaus von 1998 bis 2005 mit Kosten von rund 34,5 Millionen Euro entstand mit dem Max-Littmann-Saal Bad Kissingen ein Konzertsaal, der nach Expertenmeinung zu den 20 besten Konzertsälen Europas gehört, hob Pschierer hervor. ❐

Bäder in Günzburg und Leipheim:

Familienkarte PLUS wieder erhältlich

Unter dem Motto „zwei Bäder ein Preis“ ermöglichten es Landkreis und Stadt Günzburg im vergangenen Jahr erstmals, das Gartenhallenbad Leipheim und das Waldbad Günzburg beliebig zu nutzen. Auch für die Sommersaison ist die „Familienkarte Plus“ gegen einen moderaten Preisaufschlag von 25 Euro auf die reguläre Saisonkarte des Waldbades Günzburg wieder erhältlich.

Die zuständigen Gremien der Stadt und des Landkreises gaben bereits im Herbst 2012 grünes Licht hierzu, nachdem die Kooperation im ersten Jahr erfolgreich verlief. Im vergangenen Sommer sind insgesamt 168 Familienkarten PLUS verkauft worden. Somit nahm über die Hälfte der 326 Familien, die eine Saisonkarte für das Waldbad erworben hatten, das neue Angebot an.

Echter Mehrwert

Die erweiterte Familienkarte bietet den Familien die Möglichkeit, je nach Witterung flexibel zu entscheiden, entweder das Hallenbad oder das Freibad zu nutzen. Damit erhalten Familien zu einem günstigen Preis einen echten Mehrwert, nämlich eine Art „Schlechtwetterversicherung“ für Freibadbesucher. Die Familienkarte PLUS wird zusammen mit der Saisonkarte des Freibades seit Mitte Mai an interessierte Familien ausgegeben. Insgesamt kostet die Kombikarte 90 Euro. Für Inhaber der Günzburger Familienkarte gibt es einen Nachlass von 5 Euro.

Verkaufsstelle ist ausschließlich das Waldbad Günzburg. Die finanziellen Aufwendungen für die Kombikarte, die mit rund 20.000 Euro geschätzt werden, trägt erneut der Landkreis Günzburg. **hj**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 47 vom 01.01.2013
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bundeswettbewerb kommunale Suchtprävention:

Bayerische Preisträger

Beim 6. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien zur kommunalen Suchtprävention“ wurden im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung in Berlin zwölf Städte, Gemeinden und Landkreise, darunter drei aus Bayern, für ihre vorbildlichen Aktivitäten zur Alkoholprävention im öffentlichen Raum ausgezeichnet. Die Preisverleihung erfolgte durch Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Mechthild Dyckmans und die Direktorin der BZgA Prof. Dr. Elisabeth Pott.

99 Beiträge wurden bei dem vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) inhaltlich und organisatorisch betreuten und von den kommunalen Spitzenverbänden und dem GKV-Spitzenverband unterstützten Wettbewerb eingereicht. Diese hohe Zahl der Wettbewerbsbeiträge und die insgesamt herausragenden Aktivitäten der kommunalen Alkoholprävention sollen auch anderen Kommunen einen Anreiz zur Nachahmung geben. Eine Jury aus Wissenschaft und Praxis ermittelte aus den Wettbewerbsbeiträgen die Preisträger.

Landeshauptstadt München

Bei den kreisfreien Städten belegte die Landeshauptstadt München einen 3. Platz. Dort ist der Bier- und Wein-Konsum von 15-Jährigen im Vergleich zu anderen deutschen Städten überdurchschnittlich hoch. Darüber hinaus stellt die Oktoberfestzeit eine besondere Herausforderung für die Alkoholprävention im öffentlichen Raum in München dar. Seit 2008 ist die Zahl der alkoholisierten Jugendlichen, die von der Jugendschutzstelle auf dem Oktoberfest betreut wurden, deutlich angestiegen.

Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat das Referat für Bildung und Sport, das Sozialreferat und das Referat für Gesundheit und Umwelt damit beauftragt, unter Einbindung bereits bestehender Präventionsangebote und Einbeziehung stadtverwaltungsexterner Institutionen ein Münchner Programm gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen zu entwickeln.

Einzelprojekte

Das Münchner Programm gegen Alkoholmissbrauch umfasst eine Reihe von Einzelprojekten und Maßnahmen mit Bezug zum öffentlichen Raum. Hierzu zählen u.a.:

- „Streetwork auf der Partymeile“ ist ein Kooperationsprojekt an der Schnittstelle zwischen Sucht- und Gewaltprävention. Es handelt sich um nächtliche Einsätze von Streetworkern auf der Party- und Feiermeile Münchens. Zielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene von 14 bis 24 Jahren. Vorrangige Ziele sind die Sensibilisierung für die Themen Alkoholmissbrauch, Sucht und Gewalt. Die Umsetzung erfolgte zum ersten Mal auf dem Oktoberfest 2012.
- Das Projekt „Jugendschutz auf dem Oktoberfest – Modell der kurzen Wege zwischen Notfallhilfe und Prävention“ befördert die Zusammenarbeit zwischen Jugendschutz, Gewerbetreibenden, Veranstaltern, Polizei, Bayrisches Rotes Kreuz und Festspielleitung. Im Vorfeld der „Wiesn“ werden Gewerbetreibende/Veranstalter beraten. Beim Fest selbst ist der Jugendschutz mit fünf Fach- und Hilfskräften vor Ort.
- Kern des Projekts „Hinschauen und Handeln in München“ bilden Schulungsreihen zur Prävention für Lehrer, (Sozial-)Pädagogen und Trainer sowie Eltern. Ziel ist es, möglichst viele Multiplikatoren heranzuziehen und zu begleiten, so dass Kinder und Jugendliche eine Förderung ihrer Lebenskompetenzen erfahren.
- „Cool bleiben – friedlich feiern in München“ konzentriert sich räumlich auf die sogenannte Party- und Feiermeile, in der sich zahlreiche Clubs konzentrieren, und umfasst neben Polizeipräsenz auch Streetwork.
- „Jugendschutz – wir halten uns dran“: Über die Vernetzung mit dem Kreisverwaltungsreferat wird die Fachstelle Jugendschutz des Stadtjugendamtes über alle Neukonzessionen von Clubs und Gaststätten in Kenntnis gesetzt. Seitens des Jugendschutzes werden alle Betreiber schriftlich über die einschlägigen Gesetze aufgeklärt und für deren Einhaltung als verantwortlich erklärt.

Zudem wurde 2009 ein Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr erlassen, wird Flatratepartys entgegengewirkt, die Mediation im öffentlichen Raum ausgebaut, die Aktion „Sichere Wiesn für Mädchen und Frauen“ durchgeführt und das Projekt „HaLT“ umgesetzt.

Rothenburg ob der Tauber

Ebenfalls einen dritten Platz verbuchte bei den Kreisangehörigen Kommunen die Stadt Rothenburg ob der Tauber mit Landkreis Ansbach. Alljährlich im Hochsommer findet am Rande der mittelfränkischen Stadt das „Taubertalfestival“, ein dreitägiges Open-Air-Rockmusik-Festival statt, das ganz überwiegend Jugendliche und junge Erwachsene anzieht.

Wie bei anderen Rock-Festivals auch wird dort von einer Reihe von Besuchern viel Alkohol getrunken. Mit zunehmendem Bekanntheitsgrad des Festivals stiegen trotz Polizei- und Sicherheitsdienstpräsenz die Zahl der alkoholisierten Besucher sowie die Probleme, die dadurch entstanden, u.a. Gewaltdelikte.

Nach einer gemeinsamen Ausgangs- und Bedarfsanalyse von Polizei, Veranstalter (KARO Konzertagentur GmbH) und Ordnungsamt trat der Veranstalter 2008 an den „Arbeitskreis Prävention“ der Stadt Rothenburg heran und bat um Hilfe und ein schlüssiges Konzept. Der Arbeitskreis Prävention der Stadt wiederum mobilisierte daraufhin das Netzwerk aus „Arbeitskreis Prävention Stadt und Landkreis Ansbach“, „Kommunaler Jugendarbeit“, „Kreisjugendring“ sowie regionalen Suchtberatungsstellen und konzipierte gemeinsam mit dem Netzwerk das „Alkoholpräventionsprojekt Taubertalfestival ‘Tanzen statt Torkeln’“.

Multiplikatoren

Zielgruppe des Präventionsprojekts sind 16- bis 25-jährige Männer und Frauen, die das Festival besuchen. Es handelt sich um einen Peer-Ansatz: Zunächst wurden sechs junge Erwachsene, jeweils zur Hälfte Krankenpflege-Schüler und -Schülerinnen der örtlichen Krankenpflegeschule, für ihren Einsatz als Alkoholpräventions-Multiplikatoren fachlich vorbereitet. Sie bekamen zwei je 2,5-stündige Schulungen, die zusammen mit dem Kreisjugendpfleger entwickelt worden waren.

Die so geschulten Peers nehmen auf dem Festival an den drei Tagen zu den meist jugendlichen Besuchern, aber auch zu kleineren Gruppen proaktiv Kontakt auf und unterstützen sie beim Ausfüllen eines Fragebogens zur Selbstreflexion des eigenen Alkoholkonsums. Im Laufe dieses Prozesses ergeben sich themenbezogene Gespräche, die Alternativen zum Rauschtrinken aufzeigen. Belohnt wird das Mitmachen durch kostenloses Mineralwasser und die Teilnahme an einem Gewinnspiel mit attraktiven Preisen (u.a. Eintrittskarten fürs nächste Festival). Zwei bis drei verantwortliche Koordinatoren sind am Infostand des Projekts, der sich an exponierter Lage auf dem Festivalgelände befindet. Vor Ort wird mit Plakaten, Flyern und Buttons auf die Präventionsaktion aufmerksam gemacht.

Taubertalfestival

Mit dem Veranstalter des Festivals kooperiert der Arbeitskreis Prävention der Stadt Rothenburg. Er konnte ihn z. B. zum Verzicht auf Spirituosen-Marketing bewegen. Der Veranstalter stellt attraktive Preise (Festivaltickets, Festival-T-Shirts) im Wert von 1.000 Euro für das Gewinnspiel zur Verfügung. Zudem bietet er eine kostenlose Stellfläche für den Projekt-Infostand mit Blanko-Plakaten, stellt Bierzeltgarnituren bereit und gewährt den Peers und den Koordinatoren kostenloses Catering sowie freien Zutritt zum Festival.

Bei den Landkreisen schließlich errang Weilheim-Schongau einen ersten Platz. Dort gibt es immer wieder Vorfälle mit zum Teil lebensbedrohlichen Alkoholvergiftungen bei Jugendlichen. Um der allgemein hohen gesellschaftlichen Akzeptanz von Alkohol und der Zunahme von Bindge-Drinking und „Komasaufen“ im Landkreis entgegenzuwirken, hat sich der gesamte Landkreis zur Alkoholprävention bekannt: Alle Bürgermeister der 34 Gemeinden und Städte schlossen sich dem Programm „Wir geben Halt“ an, das vom Präventionskreis Sucht des Landkreises initiiert wurde.

Weilheim-Schongau

Zur Erfassung der lokalen Ausgangslage wurde jedem Bürgermeister gemeinsam mit den Mitarbeitern aus dem Ordnungsamt, dem Jugendreferenten und verschiedenen Vereinsvorsitzenden ein eigenes Beratungsgespräch durch eine Präventionsfachkraft angeboten. Bei diesem Gespräch, das gleichzeitig der Sensibilisierung für das Thema diente, wurde erfasst, welche alkohol- und suchtpräventiven Angebote es vor Ort bereits gibt und welche Bedarfe bestehen. Auf diese Weise entstand für jede Kommune im Landkreis eine eigene Agenda. Zugleich sollten die Beratungsgespräche zur Optimierung und Vernetzung der Angebote an verschiedenen Orten sowie zur Ideensammlung und gemeinsamen Erprobung von Maßnahmen beitragen.

Bislang wurden u. a. folgende landkreisweiten Aktivitäten initiiert:

- no alc for kids: Gemeinsam mit Fachleuten und Eltern wurde ein Konzept erarbeitet, um die illegale Abgabe von Alkohol zu verhindern. Im Fokus stehen Supermärkte, Tankstellen, Fahrschulen, Getränkemärkte und Gaststätten. Deren Angestellte werden zu den gesetzlichen Grundlagen des Jugendschutzgesetzes geschult, und in Rollenspielen werden typische Verkaufs- und Konfliktsituationen nachgespielt. Die Schulungen werden von Mitarbeitern des Gesundheitsamtes und Mitgliedern des Präventionskreises Sucht durchgeführt.
- Basics zu Sucht – Rechtliche, medizinische und soziale Aspekte der Weitergabe von Alkohol an Minderjährige: Alle Schüler der Klassenstufe 9 und 10 eignen sich mittels Schulungen Basiswissen über den Umgang mit Alkohol an. Unter Bezugnahme auf aktuelle Ereignisse geht es hierbei um Themen wie rechtliche und medizinische Grundlagen zum Alkoholkonsum, Risikokompetenz und Genusskultur.
- Partykisten für alkoholfreie Feste oder Stände: Kisten mit Rezepten und weiteren Materialien, um alkoholfreie Drinks herzustellen, sollen zum Ausprobieren ermuntern. Die Partykisten können von Schulen, Vereinen und Einrichtungen kostenlos ausgeliehen werden.
- Die meisten Gemeinden des Kreises haben eine Verordnung verabschiedet, die besagt, dass Alkoholkonsum nur mit Ausnahmegenehmigung auf öffentlichen Plätzen erlaubt ist.
- In Bussen im Landkreis besteht ein Alkoholverbot (auch in Party-Nachtbussen).
- An vielen Schulen im Landkreis finden regelmäßig präventive Projekte sowie Informations- und Aktionstage statt, die durch Fachleute und Polizei unterstützt werden. Zudem wird im Rahmen von Elternabenden über die Risiken und Gefahren eines übermäßigen Alkoholkonsums aufgeklärt.
- Weil festgestellt wurde, dass Jugendliche Alkohol meist über volljährige Freunde oder Bekannte bekommen, wird die Peer-Arbeit verstärkt: So übernehmen ältere Schüler die Rolle von Tutoren in der Suchtprävention unter dem Motto „Fang ned o!“.

Darüber hinaus werden an Fahrschulen Workshops zum Thema Alkohol angeboten und es wurde ein Videoclip zum Thema Sucht erstellt. Die Koordination der vielfältigen Aktivitäten erfolgt über den Präventionskreis Sucht des Landkreises, Mitarbeiter des Gesundheitsamtes Weilheim und die Psychosoziale Beratungsstelle Herzogsägmühle. Darüber hinaus unterstützt ein breites Spektrum an Akteuren die Umsetzung des Programms. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Meine Herren, was für ein Schlamassel. Wenn man sich bei unseren Freunden umschaut, kann man sich im ersten Moment nicht vorstellen, dass mal wieder alles so wird wie früher. Und doch: Für Kapitulation vor dem Schicksal ist kein Platz, alle stehen zusammen, es muss einfach weiter gehen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam reichlich beeindruckt mit Freiwilligen aus dem Hochwassergebiet an der Donau zurück.

Wir selbst waren vom verheerenden Hochwasser der letzten Wochen Gott sei Dank nicht betroffen. Aber unsere Burschen von der Feuerwehr kamen schon sichtlich konsterniert aus dem Niederbayerischen zurück: Vor allem die Jüngeren, die Wasserschäden sonst bloß bei Rohrbrüchen sehen, waren ganz blass um die Nase, als sie von der zerstörerischen Kraft des nassen Elements erzählten. Betroffen waren ja

Kultur des Zusammenhalts

nicht nur die Gegenden, deren Einwohner regelmäßig bei leichteren oder schwereren Hochwassern nasse Füße kriegen und somit über eine gewisse fatalistische Routine verfügen. Schlimm war es besonders für die Leute, die sich in „sicheren“ Lagen wähnten und deshalb im wahrsten Sinne des Wortes vom Wasser überrascht wurden.

Ich will mir gar nicht vorstellen, wie das ist, wenn man in sein Haus oder seine Wohnung zurück kommt, alles stinkend von ausgelaufenem Öl und aufgequollenem Holz, die Möbel und die High-end Multimediaanlage als Sperrmüll vor der Tür und auf der Höhe, in der in guten Tagen das Gewürzbord in der Küche hing, die oberste Wassermarke. Das alles im Fernsehen zu sehen oder in den Zeitungen zu lesen, weckt ja ganz schön zwiespältige Gefühle. Erschrecken, Ungläubigkeit, Mitleid - ja alles das. Aber auch ein klammheimliches Gefühl der Erleichterung, dass es andere und nicht einen selbst getroffen hat. Und dann natürlich, je mehr Brennpunkte und sonstige Spezialsendungen im Fernsehen laufen, je mehr Sonderseiten die Zeitungen haben: Neugier und doch so etwas wie Voyeurismus: Wo wird es wohl am Schlimmsten?

Das Fernsehen macht es möglich, dass ein ganzes Volk zu Gaffern wird. Stellvertretend für uns stehen mehr oder weniger begabte junge Reporter den Hilfskräften am Ort des Geschehens im Weg, ergraute Redakteure im Studio stellen Fragen, für die sich jeder Schülerzeitungsmacher schämen müsste und wir bekommen vor den inszenierten Familiendramen oder Kriminalfällen der Fernsehspiele zum Feierabend-Bier noch etwas Tragödie live zu sehen.

Aber was passiert in diesem großartigen Land? Anders als bei vielen anderen in unsere Wohnzimmer gebrachten Katastrophen geht ein Ruck der Hilfsbereitschaft durchs Land. Nicht der Alibi-Zehner aufs Spendenkonto, sondern konkrete Hilfe mit Hand und Hacke. Sachspenden für die nötigste Erstausstattung zur Rückkehr ins verwüstete Haus, vom Bettzeug bis zum Auto. Auch unsere Feuerwehrler und Hilfswillige haben Urlaub genommen und sind mit dem Unimog losgefahren.

Eine ganz wichtige Erfahrung in diesen Tagen war: Wirklich jeder kann seinen Beitrag leisten. Wer keinen Schlamm schippen oder elektrische Leitungen prüfen kann, der kann vielleicht eine Betreuung für Kinder organisieren, damit die aus den Füßen sind, wenn die Eltern die Reste ihres Eigentums sichten. Der Küchenbulle an der Gulaschkanone war genauso angesehen wie der Kranführer, der abgetriebene Autos aus Gräben fischte. Mit dem Lieferwagen einer Bäckerei konnte man genauso gut Sandsäcke transportieren, wie mit einem THW-Truck.

Mein Chef, der Bürgermeister, schwärmt in höchsten Tönen von dieser Kultur des Zusammenhalts, die sich in den Tagen des Hochwassers gezeigt hat. Hoffentlich werden wir uns an diesen Geist auch dann noch erinnern, wenn es um kleinere Probleme geht, die wir in den Diskussionen so gerne zu Elefantenthemen aufblasen. Und hoffentlich erinnern wir uns oft an ein Zitat von Albert Einstein: „Wahrhaft Wertvolles kann nur durch das Zusammenwirken vieler zustande kommen.“

Ihre Sabrina

Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oberschleißheim:

Nominierung für „artouro 2013“

Teilnahme am Wettbewerb um den Bayerischen Tourismus Architektur Preis 2013

Zum zweiten Mal wurde bayernweit nach architektonisch gelungenen Objekten mit einem touristischen Nutzen gesucht. Zu dem Bayerischen Tourismus Architektur Preis „artouro 2013“, der die einzige staatlich vergebene Auszeichnung für Tourismusarchitektur in Deutschland ist, wurden 60 Projekte angemeldet, die in den Jahren 2010-2012 realisiert worden sind - darunter auch das Bauprojekt der Jugendbegegnungsstätte am Tower in Oberschleißheim.

In einem Festakt haben die Vertreter der Bayerischen Architektenkammer und des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie aus sieben Nominierungen den Preisträger ermittelt. Das Projekt „Entspannungswürfel im Hofgut Hafnerleiten“ im Landkreis Rottal-Inn gewann den Hauptpreis. Alle nominierten Projekte wurden mit einer Urkunde ausgezeichnet.

Unter sieben Nominierungen befand sich auch die Jugendbegegnungsstätte am Tower in Oberschleißheim, die als ein besinnlicher Ort für den gemeinsamen Dialog Jugendlicher aus aller Welt gedacht ist.

„Treppe der Begegnung“

Der 2006 ermittelte Wettbewerbsieger, das Architektenbüro Atelier 30 aus Kassel, lieferte das Konzept für den Neubau. In der Architektur wurde der Gedanke des Miteinanders aufgegriffen und eine „Treppe der Begegnung“ entworfen. Sie wurde zum zentralen Element des Hauptgebäudes, verbindet die Wohn- und Seminarräume miteinander und lädt gleichzeitig zum Verweilen ein. Darüber hinaus wird sie als Zuschauerraum bei Veranstaltungen genutzt.

Drei Säulen

Das pädagogische Konzept der Jugendbegegnungsstätte am Tower steht auf drei Säulen: Schwerpunkte sind die interkulturelle Jugendbegegnung, die historisch-politische Bildung und die künstlerisch-kreative Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Dabei werden junge Menschen unterschiedlicher Herkunft und Prägung zum aktiven Mitmachen animiert. Partizipation, Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme charakterisieren das Haus als internationale Begegnungsstätte.

Die Angebote der JBS richten sich an Kinder- und Jugendgruppen, Jugendverbände, Schulklassen, junge Erwachsene, Multiplikatoren, Vereine und Familien. Die Jugendbegegnungsstätte am Tower wurde nach zweieinhalb Jahren Bauzeit im Herbst 2010 feierlich eröffnet. Der Träger ist der Kreisjugendring München- Land.

Mehr Infos unter: www.jbs-am-tower.de ❐

EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land – Traunstein:

Neue Doppelspitze

Ratssitzung in Unken – Präsentation des EuRegio-Geschäftsberichts 2012

Im Rahmen der jüngsten Ratssitzung der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land – Traunstein im österreichischen Unken wurde der Bürgermeister von Neumarkt am Wallersee, Dr. Emmerich Riesner, bereits zum zweiten Mal einstimmig zum Präsidenten der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein gewählt. Gemeinsam mit dem bayerischen Landrat Hermann Steinmaßl (Landkreis Traunstein) wird er in den kommenden vier Jahren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Salzburger und bayerischen Gemeinden gestalten und fördern.

Der Landrat des Berchtesgadener Landes und bisherige EuRegio-Chef Georg Grabner, der nach vierjähriger Amtszeit abtrat, zog eine kurze Bilanz. Der Präsident engagierte sich vor allem für grenzübergreifende Verkehrsprojekte; so leitete er unter anderem die geplante Regionalstadtbahn ein. Auch die Wasserkraftnutzung der unteren Salzach war ein Thema, dem sich Grabner mit ganzer Kraft widmete.

Eingespieltes Team

Wie Landtagspräsident Simon Illmer betonte, seien mit Emmerich Riesner und Hermann Steinmaßl nicht nur zwei anerkannte Experten der regionalen und lokalen Zusammenarbeit an der Spitze der EuRegio, sie seien auch ein bestens eingespieltes Team. Wenn die Grenze zwischen Salzburg und Bayern in den vergangenen 17 Jahren weniger trennend und viel mehr verbindend geworden sei, so liege das zu einem guten Teil an der beständigen Arbeit der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein.

Beispiele hierfür gibt es zu Hauf, wie der EuRegio-Geschäftsbericht 2012 ausweist. So konnte mit einer Pressekonferenz in Salzburg im Rahmen des EU-geförderten Kleinprojektes „Die Bedeutung der Internationalen Leitbetriebe in der EuRegio“ die Industriellenvereinigung Salzburg in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften Berchtesgadener Land und Traunstein präsentieren, welche zentrale Stellung die Leitbetriebe in Salzburg, dem Berchtesgadener Land und Traunstein als Impulsgeber und Wachstumstreiber in der EuRegio haben.

Hoher Produktionswert

Im Rahmen der Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts Wien (IWI) wurden 36 Leitbetriebe hinsichtlich ihrer regionalwirtschaftlichen Effekte untersucht. Ergebnis: Die Leitbetriebe bewirken, direkt und indirekt, im gesamten EuRegio-Gebiet einen Produktionswert von bis zu 3,6 Mrd. Euro und eine Wertschöpfung von bis zu 1,4 Mrd. Euro. Gemeinsam schaffen sie 41.000 Arbeitsplätze.

Zudem haben im vergangenen Jahr die Landkreise Traunstein und Berchtesgadener Land in Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Salzburger Seenland die durch den EuRegio-Kleinprojektefonds unterstützte Wanderausstellung „Klimaladen – Was hat mein Konsum mit dem Klima zu tun?“ ins Leben gerufen. Ziel der Ausstellung ist es, Schüler/innen sowie interessierten Vereinen, Verbänden und Unternehmen auf bayerischer und Salzburger Seite Schritte mit auf den Weg zu geben, wie jeder einzelne seine Konsumgewohnheiten und den individuellen Energieverbrauch im Sinne des Klimaschutzes ändern kann. Eine bestehende Schulausstellung wurde im Rahmen des Projektes erweitert, transport- und nutzerfreundlich gemacht und durch grenzüberschreitende Kooperation für einen Einsatz auf beiden Seiten der Grenze aufbereitet.

Mess- und Prüfeinrichtungen sind sehr oft mit hohen Investitionskosten verbunden, trotzdem verfügen viele Unternehmen, Hochschulen und Universitäten über derartige Geräte: Diese sind jedoch meist nicht gänzlich ausgelastet. Aus diesem Grund hat die Wirtschaftskammer Salzburg in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften Traunstein, Berchtesgadener Land und Altötting mit EU-Förderung aus dem EuRegio-Kleinprojektefonds eine Befragung zum Austausch dieser hochwertigen Geräte in Auftrag gegeben und diese tabellarisch erfasst.

Prüf- und Messtechnik

Für viele suchende Unternehmen konnten Prüf- und Messmittel sowohl an Hochschulen und Universitäten als auch in anbietenden Unternehmen gefunden werden. Eine Abschlussveranstaltung mit der Präsentation von Prüf- und Messtechnik der Hochschulen und Unternehmen im EuRegio-Raum fand heuer im März in Freilassing statt.

Das INTERREG IV A-Projekt „Alpen-Kulinarik“, durchgeführt vom Zentrum für Gastrosophie der Universität Salzburg, dem Tourismusverband München-Oberbayern und der Fachhochschule Salzburg (Tourismusforschung) vernetzt wiederum regionale Akteure in Bayern und Salzburg und schafft somit eine Plattform der Information und des Austausches für Themen rund um regionale und saisonale Produkte.

2012 konnten die Workshops auf oberbayerischer Seite abgeschlossen und der zweite Jahresevent Alpenkulkinarik an der Fachhochschule in Puch durchgeführt werden. Der Jahresevent bot ein vielfältiges Vortrags- und Workshopangebot zu den Themen regionale Küche im Salzburger Land, Vorteile saisonaler Küche, harmonisches Ambiente für Wirt und Gast sowie Service als Brücke zwischen Küchen und Gäste an. Im Rahmen von Alpen-Kulinarik werden wichtige Schritte für eine regionale Küche gesetzt und die Identität der Region auf kulinarische Art und Weise gestärkt.

INTERREG IV A-Projekt

Ebenso konnte im vergangenen Jahr mit der Umsetzung des INTERREG IV A-Projektes „SalzAlpenSteig Chiemsee-Königssee-Hallstätter See“, basierend auf dem EuRegio-Kleinprojekt „Machbarkeitsstudie für einen Almen-Schluchten-Wanderweg im Premiumformat“, begonnen werden. Ein Planungsbüro wurde mit der Wegeplanung beauftragt. Die nächsten Schritte für eine Zertifizierung zum ersten grenzüberschreitenden Premiumwanderweg in den Alpen werden umgesetzt.

Entlang des 230 Kilometer langen Leitweges sind ca. 33 Rundwege à 10 Kilometer geplant, die in ihren Schwierigkeitsgraden variieren und ebenfalls zertifiziert werden sollen. Bis Mitte 2014 soll der Premiumwanderweg durch ein zuverlässiges und nutzerfreundliches Wanderleitsystem mit höchster Qualität in der Wegeführung, der Beschilderung und der Möblierung realisiert sein. Das Projektteam plant für das Jahr 2013 die Beschilderung und Wegemarkierung sowie entsprechende Marketingmaßnahmen auf Basis eines gemeinsam erarbeiteten Marketingkonzepts.

Der immer stärker zusammenwachsende Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum in der EuRegio erfordert in Zukunft abgestimmte und grenzüberschreitende Planungen, um eine nachhaltige Raumentwicklung vom „Halbkreis zum Vollkreis“ zu unterstützen. Einen Beitrag dazu leistet das von der EU kofinanzierte INTERREG IV A-Projekt EULE. Ziel des in 2012 abgeschlossenen Projektes war es, für die Raumordnung relevante Planungs- und Datengrundlagen zu erarbeiten.

Im Rahmen einer Veranstaltung in Salzburg wurden die Ergebnisse vorgestellt und die Potenziale zur Anwendung des Projektes diskutiert. Das Projekt entstand durch eine Kooperation der Länder Bayern und Salzburg, Stadt Salzburg, Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein, der Bayerischen Eisenbahngesellschaft sowie der Universität Salzburg (Z_GIS), des GI_Plus und dem Studio iSPACE Salzburg als Projektträger. **KI**

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13, die am 4. Juli 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunalfinanzen**
- **Umwelt- und Abfalltechnik**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**

100 Jahre Mainfränkisches Museum Würzburg

Das Mainfränkische Museum Würzburg, berühmt durch seine Sammlung von Werken Tilman Riemenschneiders, feiert sein hundertjähriges Bestehen. Ein umfangreiches Jubiläumsprogramm bietet unter dem Motto „100 Jahre – 100 Tage“ hundert Veranstaltungen rund um die Museumssammlungen.

Am 17. Mai 1913 wurde das „Fränkische Luitpoldmuseum“ in der Würzburger Innenstadt eröffnet. 1939 bekam es seinen jetzigen Namen. Nach der vollständigen Zerstörung im Jahr 1945 konnten ausgelagerte und geborgene Kunstschätze schon ab 1947 in den Räumlichkeiten auf der Würzburger Festung der Öffentlichkeit präsentiert werden. Hier werden auch heute noch die mehrfach erweiterten, reichhaltigen und hochwertigen Museumssammlungen ausgestellt. Heute ist das Mainfränkische Museum eines der meistbesuchten Museen in Bayern.

Das Veranstaltungsprogramm „100 Jahre – 100 Tage“ präsentiert drei Sonderausstellungen: Die Jubiläumsausstellung „Ans Werk - 100 Jahre Mainfränkisches Museum Würzburg“ zeigt seit 17. Mai bis 6. Oktober den prachtvollen und kostbaren Sammlungsbestand des Museums. Durch die Museumsräume ziehen sich 22 Ausstellungsinseln zu den Themen Museumsgeschichte, Kunstgeschichte(n) und Stadt und Region, in denen die Kunstwerke neu arrangiert und erklärt werden. Die Ausstellung bietet Highlights fränkischer (Kunst-)Geschichte, zeigt das Werden einer Kulturlandschaft und die prägende Größe der Fürstbischöfe. Der Glanzpunkt der Jubiläumsausstellung ist eine kostbare Leihgabe aus dem Bayerischen Nationalmuseum München für den Riemenschneider-Saal auf der Festung Marienberg: Es handelt sich dabei um die „12 Apostel aus Lindenholz“ von Riemenschneider. Weitere Ausstellungen sind die Winterausstellung „Fastnachtsmasken aus der Rhön“ sowie „Winterfreuden – Historische Schlitten und mehr“.

Im Rahmen eines Festakts mit Gala-Nacht sprach sich Finanzminister Markus Söder dafür aus, das sanierungsbedürftige Mainfränkische Museum zu einer Art Landesmuseum für Franken auszubauen. Er bot dem Betreiber des Museums, dem Zweckverband Mainfränkisches Museum getragen von der Stadt Würzburg und dem Bezirk Unterfranken, den Dialog an und deutete einen mehrstelligen Millionenbetrag innerhalb von zehn Jahren an, der hier investiert werden solle: „Mehr nach Würzburg, weniger nach München.“ Söder würdigte Würzburg als eine Hochburg für Innovation und Technologie, das auf der anderen Seite seine Tradition und Geschichte auch vor 1806 im Blick habe. „Ich wünsche mir für das Mainfränkische Museum und für Würzburg ein langfristiges Konzept mit echter Perspektive“, so der Minister.

„Nachdem im letzten Jahr Ministerpräsident Seehofer das Mainfränkische Museum zu einem Leuchtturmprojekt der Kulturoffensive Bayern gemacht hat, indem es zu einem Landesmuseum ausgebaut werden soll, sind wir hoffnungsfroh, dass mit einer Beteiligung des Freistaates dem Mainfränkischen Museum nun zum 100. Geburtstag eine Jahrhundertchance gegeben wird“, betonte Oberbürgermeister Georg Rosenthal. Ein bayerisches Landesmuseum mit tiefer fränkischer Prägung würde den Kreis wieder schließen zum „Fränkischen Luitpoldmuseum“. **DK**

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.
BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Bitte vormerken: 13. Juni 2013
Power für Bayerns Kommunen:
6. Energieforum
der Bayerischen GemeindeZeitung
im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.
Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom
Green City Energy
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr
ORTMAIER DRUCK GmbH
Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de
FLYERPARA.DE
www.flyerpara.de
Das Online-Druckportal aus dem Hause Ortmaier Druck

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de
Hailo

Sportgeräte

www.benz-sport.de
100% PHTHALATFREI
ORIGINAL BENZ® SPORT
Tel. 07195 / 69 05 - 0 I Fax 07195 / 69 05 - 77 I info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de
DFLW

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 81 71) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de